

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 29 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Verord-  
 nungs- und Bekanntmachungs-Anzeigen 20 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 21. Oktober 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Parlamentsorgen in Oestreich.

Wien, 19. Oktober. Das Abgeordnetenhaus hat erst zwei Sitzungen gehalten, aber sein trauriger Zustand ist dennoch schon deutlich sichtbar geworden. Seine Tagesordnung existiert wieder nur theoretisch; verhandelt werden, wie an dem Beginn jeder Parlaments-sesssion — Dringlichkeitsanträge. Diese „Dringlichkeitsanträge“ sind eine der merkwürdigsten Einrichtungen des österreichischen Parlamentarismus. Zur Stellung eines Initiativantrages ist in Oestreich die Unterschrift von zwanzig Abgeordneten notwendig, aber dieselben zwanzig Abgeordneten können auch verlangen, daß die geschäfts-ordnungsmäßige Behandlung des Antrages „abgekürzt“, daß er sofort verhandelt werde, wenn er auch nicht auf der Tages-ordnung steht, und daß von der Vorbereitung in einem Ausschusse — die im österreichischen Abgeordnetenhaus nicht eigens beschlossene werden muß, sondern die durch die Geschäftsordnung einen Zwang darstellt — abgesehen werde. Um zu der meritorischen Verhandlung zu gelangen, braucht es freilich eines Beschlusses, der nur mit Zweidrittelmehrheit zu fassen ist, aber die Verhandlung, wobei die Bestimmung der Geschäftsordnung, daß sich die Debatte auf „die Frage der Abkürzung“, auf die Dringlichkeit zu beschränken habe, natürlich ganz unbeachtet bleibt, können schon zwanzig Abgeordnete durch ihr einfaches Verlangen herbeiführen. So sind die Dringlichkeitsanträge, die ursprünglich ein Mittel waren, ein aktuelles Vorkommnis über die Tagesordnung hinaus zur Debatte zu stellen, ein Mittel der Obstruktion geworden, und zwar einer Obstruktion, die sich nicht erkennen lassen will, die also in der Maske sachlicher Dringlichkeiten auftritt. Vielfach wirkt auch das Bedürfnis der Parteien mit, sich bemerkbar zu machen — bei dem unläutereren Wettbewerb, als der sich die österreichische Politik immer mehr darstellt, ein Element der Unruhe und Störung, das sich am Beginn der Session stets sehr eindringlich bemerkbar macht. Trotzdem sind unter den hiebzehn Dringlichkeitsanträgen, die in den zwei ersten Sitzungstagen auf-gestellt worden sind, unzweifelhaft die Mehrzahl kommune Obstruktionsanträge — zu keinem andren Zweck gestellt, als um die Verhandlungen zu stören und zu hindern. Das österreichische Abgeordnetenhaus hat nämlich die Obstruktion immer im Leibe.

Es ist möglich, daß es Herrn v. Koerber, dem kaiserlichen Ministerpräsidenten, noch gelingen wird, die Dinge ins Gelecke zu bringen, aber wahrscheinlich ist es gerade nicht. Die Situation der Regierung ist eigentlich etwas komisch. Um die Bahn für den ungarischen Ausgleich frei zu machen, wollte die Regierung die inneren Wirren beseitigen: durch Befriedigung der Jungeschen. Deshalb wurden die parlamentarischen Konferenzen einberufen, in denen Herr v. Koerber seine Pläne zur Lösung der Sprachenfrage in Böhmen und Mähren entwickelte; aber wie es schon in Oestreich geht: das Mittel, wodurch die Be-rühigung herbeigeführt werden sollte, schlug zum Verderben aus. Die Geschen sind über den Vorschlag, der eine in Oestreich noch nie unternommene Festlegung der deutschen Vermittlungssprache ent-hält, in größte Wut geraten, und Herr v. Koerber entgeht der Obstruktion gegen den österreichisch-ungarischen Ausgleich nur deshalb, weil dieser unsterbliche Ausgleich eben nicht vorhanden ist. Die Regierung ist also sehr gründlich aus dem Regen in die Traufe ge-raten; statt einer Sorge hat sie nun zwei. Nun ist es nicht gerade wahrscheinlich, ob sich die Geschen zu der offenen Obstruktion, zu dem unverhüllten Kriege wider das Parlament entschließen aber auch der geheime Krieg, mit den Dringlichkeitsanträgen geföhrt, reicht aus, das Parlament in einen Zustand des Marasmus zu versetzen, aus dem es nicht mehr zu befreien sein wird. Offenbar gedenkt die Regierung einen Monat zuzuschauen und dann, ja was dann? Man erzählt zwar, Herr v. Koerber plane für diesen Fall die Auflösung des Hauses, das Mittel, das ihm schon einmal ge-holfen hat. Aber der Appell an die Wähler wäre diesmal doch nur ein Appell an die egoistischen Wähler, und die mühten ihn nach der Sachlage mit dem entgegengesetzten und schroffsten Nein beant-worten. Es ist wohl so, daß die nationale Frage bei der Ver-fassung, in der sich die österreichische Bourgeoisie befindet, bei dem Uebergewichte, das die nationalen Fragen in ihrer Ideologie be-sitzen, eigentlich unlösbar ist: aber dennoch bleibt es wahr, daß die Regierung sie lösen muß — widrigenfalls sie sich sonst als un-gesegnet und unzureichend erweist. Es könnte unter Umständen auch Abend werden für die Regierung.

Ueberhaupt können sich vor der Regierung Koerber Schwierigkeiten auf, gegen die das schönrednerische Talent des Ministerpräsidenten nicht auffommt. Da ist erstens die Frage der Wiener Wählerlisten, dieses komplizierten und systematischen Schwandels, den die Luegerei auf der Grundlage eines lächerlichen, ungenügenden Gesetzes auf-gebaut hat. Darüber sind im Abgeordnetenhaus zwei Dringlichkeits-anträge eingebracht worden, aber der Ministerpräsident hat es unter-lassen, Garde zu bekennen; er hat nicht die Courage, die nötig wäre, um mit dem mächtigen Wiener Bürgermeister anzubinden. Can hat hier, wie schon oft, den Eindruck, daß Herr Lueger, das Haupt der kerikalischen Kamarilla, von Gewalttätigkeiten gehalten wird, die mächtiger sind als die Regierung, daß der kerikale Krieger, der so starke Stützpunkte am Hofe hat, die christlich-socialen Landtags-mehrheit unerschrocken erhalten möchte. Eine andre Verlegenheit ist für die Regierung der Fall des Abgeordneten Lypu. Dieser Abgeordnete hat sich der Wojarenclique, die den Landtag der Bukowina beherrscht — eines Ablegers der politischen Stanzkyten — dadurch verhöht gemacht, daß er im Abgeordnetenhaus mit großer Wärme für die Geltung der deutschen Sprache eintrat. In einer Rede, die er in einer Lehrerversammlung hielt und worin er den Landtag ob seiner Unthätigkeit in der Frage der Landtags-Wahl-reform und der Erhöhung der Lehrergehälter scharf anfaßte, wurde ihm die Gelegenheit erspäht, ihm an den Leib zu rücken. Er ist

nämlich Landesgerichtsrat in Czernowitz, also ein Beamter, dessen Unabhängigkeit durch das Staatsgrundgesetz verbürgt ist. Trotzdem verhängte das Lemberger Oberlandesgericht, zu dessen Kompetenz die Justiz im Kronlande Bukowina gehört, über ihn die Disziplinar-unterforschung und suspendierte ihn vom Amte — weil er mit jener Rede zum Gasse „gegen die Klasse der Großgrund-besitzer“ aufgereizt und dadurch seine Standesehre entwürdigt haben soll! Das ist nun nicht bloß eine politische Nieder-trächtigkeit, sondern, da der gemahregelte Richter ein Mit-glied des Abgeordnetenhauses ist, auch ein Eingriff in die staatsgrundgesetzlich festgelegte Immunität als Abgeordneter. Das Abgeordnetenhaus hat die Angelegenheit nach einer erregten Debatte an den Verfassungsausschuß gewiesen, der darüber in acht Tagen berichten soll. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Regierung das Vorgehen des galizischen Gerichtes mißbilligt, aber es ist schwer zu sagen, was sie dagegen thun könnte, da der Verwaltung doch ein Eingreifen in die richterliche Sphäre versagt ist. In Oestreich wird eben jede Wohlthat Plage; die Unabhängigkeit der Richter ist, soweit Galizien in Frage kommt, die Unabhängigkeit vom Recht.

Auch sonst giebt es viele Sorgen. Der Vorschlag für 1903, den der Finanzminister in der ersten Sitzung eingebracht hat, hat die Klippe des Defizits nur mühsam um-schifft. Dem Budget ist das Gleichgewicht zwischen Ein-nahme und Ausgabe nur so erhalten geblieben, daß unter den Einnahmen drei Posten im Vertrage von Feinabe zwanzig Millionen Kronen figurieren, die keine normalen, sondern ganz zufällige Erträge sind. Dreizehn Millionen stammen aus dem „Gewinn“, den die Staatsverwaltung bei der Ausgabe von Lei-münzen der Kronenwährung macht — indem sie die Münzen unterwichtig ausprägt —, sechs Millionen sind der „Ueberschuß“ aus dem Jahre 1901, der auf die Weise zustande gekommen ist, daß sich der Staat den Kaufschilling, den ihm die Südbahn zu zahlen hat, für Jahre vorausbezahlen ließ, also eigentlich durch Verkäuflichkeit eines Restes, und eine halbe Million ist die erste Rate der Kriegs-schuldabgung, mit der U in a den österreichischen Finanzen auflieft. Die ökonomische Lage Oestreichs wird um so kritischer, als die Steuererträge dieses Jahres einen auffälligen Rückgang zeigen; haben doch die direkten Steuern um 28 Millionen weniger Ertrag ergeben, als in der gleichen Periode des vorigen Jahres. Und immerwährend werden neue Schulden ge-macht; es sollen im nächsten Jahre nicht weniger als 176 Millionen neue Rente ausgegeben werden! Der größte Teil (138 Millionen) fällt allerdings auf das Konto der großen Investitionen, der Kanäle und Eisenbahnen, deren Bau voriges Jahr beschlossen wurde, aber doch soll auch eine Anleihe von 15 Millionen gemacht werden, womit die in der letzten Delegationstagung bewilligten neuen Darlehen bezahlt werden sollen, und weitere 25 Millionen müssen ausgeborgt werden, um die fällige Rente ein-zulösen zu können — was man in besseren Jahren aus den laufenden Einnahmen befrüchten hat! Daß unter solchen Umständen die von der Regierung verlangte Erhöhung der Civilliste auf geringe Begeisterung rechnen kann, ist selbstverständlich. Des Gehalts des Kaisers von Oestreich beträgt derzeit 18,6 Millionen Kronen, zu denen beide Reichshälften in gleichen Teilen beitragen; es ist die einzige gemeinsame Ausgabe, bei der sich die Ungarn nobel zeigen — man versteht, warum — und über ihren sonstigen, dreißigprozentigen Beitrag hinausgehen. Die Civilliste soll nun auf 22,8 Millionen erhöht werden; jeden Staat trafe eine Mehrbelastung von zwei Millionen Kronen. Man kann wirklich neu-gierig sein, wie die Regierung ihr befremdendes und unsympathisches Verlangen begründen wird.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Oktober.

Vorbereitung zum Volksaufstand.

Die konservative Partei bereitet sich vor, das Unmögliche, gegen das sie sich in hundertfachen Beteuerungen feierlich verwarnte, möglich zu machen. Sie hatte hoch und heilig geschworen, nimmer-mehr von ihren Ueberzofforderungen herabzusteigen, nimmermehr gar sich zu der „gänzlich ungenügenden“ Regierungsvorlage zu befehren. Ihre Führer haben es als politischen Selbstmord ge-sehnet, wenn sie die Landwirtschaft durch ein weiteres Zurück-weichen in der Getreidezollfrage im Stiche lassen würden. Wir haben alle diese Beteuerungen und Beschwörungen, alles Drohen und alles verzweifelte Klagen niemals anders eingeschätzt, als es sich nun unzweifelhaft herausstellt, als Mittel der Erpressung noch höherer Zugeständnisse von der Regierung. Da nun die Regierung sich weigert, der Erpresserbande, der sie längst alle Vermunft preisgegeben und das Volkswohl geopfert, in noch vermehrtem Maße willig zu sein, lenkt das Agrarierum ein.

Am Dienstag werden die ersten Abstimmungen im Reichstage stattfinden. Wäre das Parlament nicht durch das unferliche Händlertum zur Schächerbunde herabgewürdigt, so mühten diese Abstimmungen der Beratung des Zolltarifs ein Ende bereiten. Die seitens der Regierung als unannehmbar erklärten Kompromi-anträge der Zollkommissionsmehrheit werden unter Ablehnung aller andren Anträge voraussichtlich eine Mehrheit finden, da die Konservativen bereit sind, noch Ablehnung des blinderischen 7,50 Mark-Zolles für den Kompromisantrag zu stimmen; die „Deutsche Tageszeitung“ teilt mit, daß auch die ihr zunächst stehenden Abgeordneten vorläufig für den Kompromi-antag stimmen werden. Wäre diese Abstimmung das ernsthafte und letzte Wort der Unkerneheit, so würde jede Fortsetzung der Beratung ausgeschlossen sein. Da man aber dennoch die Beratung fortsetzt, so ist damit klar erwiesen, daß man

zur den Umfall nicht so plötzlich machen will, dafür um so eifriger hinter der Schaubühne die Mühlenhammer betreiben will. Ob dabei schließlich etwas herauskommt, wer kann es wissen? Jedenfalls hofft man es noch und strebt danach mit heißem Bemühen.

Das Centrum soll, wie die „Köln. Ztg.“ behauptet, bereits geneigt sein, die Mindestsätze für Vieh und Fleisch zu opfern. Und die konservativen Verständigungsneigungen zeigen sich in einem Artikel der parteioffiziösen „Konf. Korresp.“ mit aller Deutlichkeit. Da heißt es:

„Niemand wird erwartet haben, daß die Erklärung (des Reichs-lanzlers) den bisher von den Mehrheitspersonen festgehaltenen Standpunkt ohne weiteres abändern könne. Die weiteren Verhandlungen sind dadurch wohl erschwert und die Oppositionsstellung der Linken ist dadurch gefestigt worden; aber wie die Konsumtion, so wird auch das Plenum sich nicht beirren lassen, nach bestem Ge-wissen und aus vollster Ueberzeugung auch weiterhin seine Be-schlüsse zu fassen.“

Die Linke erwartet, daß die Regierung im Falle eines solchen Ergebnisses den Schluß der Verhandlungen herbeiführen werde. Das ist aber nicht anzunehmen; es wäre auch ein großer Fehler, so zu verfahren. Zunächst wird der Bundesrat das Gesamtsergebnis der Reichstags-Beratungen in zweiter Lesung ab-warten und dazu erneut Stellung nehmen müssen. Erst auf Grund einer derartigen erneuten Stellung-nahme ist das erneute Eintreten in Ausgleichsverhandlungen zu erwarten.“

Weiter spricht die „Konf. Korresp.“ die Erwartung aus, daß die Regierung sich dazu entschließen wird, allen Obstruktionen überhört hat-kräftig und mit Entschiedenheit entgegenzutreten.“ Gemeint ist die „Obstruktion“ der Zollopposition, nicht die der Agrarier, die eifrig daran arbeitet, durch Ueberzoffanträge die Regierungsvorlage zu erschweren! Wenn aber die Regierungsvorlage so überaus un-genügend ist — die „Deutsche Tageszeitung“ sagt noch heut, daß sie „nichts, ja weniger als nichts“ bringe — so sollte man annehmen, daß die Agrarier der Linke sehr dankbar sein mühten für die Verhinderung der Vorlage. Fordern sie aber Unterdrückung der Zollopposition so befinden sie damit wiederum nur, wieviel ihnen in Wirklichkeit an der Zollrente gelegen ist. Was soll übrigens die Regierung gegen die „Obstruktion“ thatkräftig unternehmen? Die Regierung, die gegen die konservative Obstruktion in Preußen nichts ausgedrückt hat, obgleich eine Auflösung des Abgeordnetenhauses sie schnell zu ihrem Ziel geführt haben würde, soll diese Regierung für das Reich einen Wahlkampf herbeiführen, den gerade die Parteien „der Obstruktion“ erschrecken? Oder was sonst empfiehlt die „Konf. Korresp.“ der Regierung?

Die Beratung des Zolltarifs wird also fortgesetzt werden. Liberale Redner haben im Reichstage die Regierung beschworen, dem gramamen Spiele ein Ende zu bereiten. Hätte die Regierung noch einen Rest von Ansehen zu verlieren, so müht sie allerdings die Schächerpolitik der Mehrheitsparteien mit der Aufgabe der Vor-lage beamtorten. Dennoch können wir in den liberalen Wunsch durchaus nicht einstimmen. Nicht allein, weil uns die fortwährende Selbstentwürdigung ergöhen könnte, die Regierung und Zollparteien in der Fortsetzung des schädigen Spieles betreiben, sondern weil uns eine weitere sorg-fältige Beratung des Zolltarifs im Plenum des Reichs-tags äußerst wertvoll und notwendig erscheint. Mag schließlich aus der Vorlage werden was da wolle, in jedem Falle wird es überaus ausfallend für die weitesten Volksschreie sein, wenn alle Abschnitte des Tarifs gründlich besprochen und an jeder Position die Ge-mengegefährlichkeit der agrarisch-großkapitalistischen Zollpolitik gründlich erwiesen wird. Je sorgfältiger beraten wird, je länger diese Beratungen sich forsetzen, um so höher wird die Empörung des Volkes gegen die Zollschächerpolitik schlagen. Mag auch bereits die Ungerechtigkeit der Kornzollerhöhung, infolge der einigermaßen ausgiebigen Behandlung dieses gewiß weitestlichen Teiles der Vorlage, sich dem öffentlichen Bewußtsein eingepträgt haben, zahlreiche andre Abschnitte von gleicher Ungerechtigkeit sind noch bei weitem nicht hinreichend beraten worden und bei weitem nicht genügend in der Bevölkerung gewürdigt worden. Diese wichtige Aufgabe harret noch ihrer Lösung. Die Socialdemokratie wird sich ihr, so schwierig sie ist, im all-gemeinen Volksinteresse freudig unterziehen. Wir sind darum den Konservativen und dem Centrum erheblich verpflichtet, daß sie uns diese große Gelegenheit der Agitation und der Aufklärung bieten.

### Reichstag.

Auch der vierte Tag der Zolldebatte hat die Dinge im wesentlichen da gelassen, wo sie von Anfang an standen. Am unruhigsten geberdeten sich die Nationalliberalen. Sie verzeiheln an der Möglichkeit einer Verständigung zwischen den Mehrheitsparteien mit der Regierung. Für Redner Dr. Sattler war es, der den Grafen Bilow zur Auflösung des Reichstags scharf zu machen suchte. Aber die Unrichtigkeit dieses Rats begegnete erheblichen Zweifeln. Glauben die Nationalliberalen wirklich, bei Neuwahlen als einzige Kerntruppe der Regierung besonders gute Geschäfte zu machen? Auch Graf Bilow schwing sehr eindeutig zu dem gegen den Rat. Wie kann man ihm überhaupt zumuten, einen Entschluß zu fassen? Es wird ruhig fortgewürfelt werden, der Reichstag muß es anshalten.

Erster ist es dem Liberalismus, wenn er die Klüftung fordert. Herr Dr. Barth, der die mühterste Rede des Tages hielt, rechnete zuversichtlich mit der Zurückdrängung der Agrarier bei Wahlen mit der Parole: Für oder gegen den Brotwucher. Es war nicht uninteressant, daß die Hoff-



nungen dieses Politikers sich auf die Arbeiterklasse gründen, die nicht liberal, sondern socialdemokratisch ist. Mit feinen Worten sprach Dr. Barth vom Bürgertum und erkannte somit an, daß der deutsche Liberalismus nur noch im Nachtrabe der Socialdemokratie marschieren kann.

Graf Schönerer-Löwis sprach für den Teil der Konserverfabriken, der die Wangerheimsche Bündler-Politik nicht mitmacht. Sein Hauptgrund gegen den 7,50 Mark-Zoll ist die Angst vor der Suspendierung eines zu hochgespannten Volkes in Notjahren. Röstlich war seine Versicherung, daß die Kommissionsmehrheit gern bereit sei, der Regierung das Diktum einer Politik der Nahrungsmittel-Verteuerung abzunehmen.

Von den einzelstaatlichen Ministern, die nach Berlin bestellt sind, um ihre Sprüche anzufassen, kamen heute der württembergische Ministerpräsident v. Bischof und der bayerische Finanzminister v. Niedel an die Reihe. Weshalb Herr v. Bischof sprach, war nicht recht abzusehen. Er hatte bei der ersten Lesung eine ziemlich freihändlerisch gefärbte Rede gehalten, und Herr Dr. Barth mag wohl recht mit der Vermutung gehabt haben, daß er nur gerufen war, den unangenehmen Eindruck seiner ersten weniger agrarischen Rede auf die Rechte abzuschwächen. Auch sonst suchte er sich durch ein bißchen Potemkin gegen die Socialdemokratie zu rehabilitieren. Er warf uns die Absicht vor, Eisenbarthuren vorzunehmen und versicherte in dem einen Satze, daß den Tendenzen, die auf die Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit hinführen, Widerstand entgegenzusetzen werden müsse, während er fast unmittelbar darauf erklärte, daß die sociale Umgestaltung nicht künstlich zurückgehalten werden dürfe. Herr v. Niedel hatte ausschließlich gegen den hochbeinigen, über den Parteizaum sehenden bayerischen Centrumsagrarien Dr. Heim zu polemisieren. Herr Dr. Heim, der sich nur durch knochenhafte Redekunst in allem Persönlichen zweifelhaft auszeichnet, aber sofort langweilig wird, wenn er sachlich zu sein versucht, hatte die Absicht, seine Fraktion, der er durch Einbringung seiner Sonderanträge Schwierigkeiten bereitet, durch scharfe Angriffe auf den Hund der Landwirte zu verführen und seine Anträge nachträglich zu rechtfertigen. Herr v. Niedel mußte sich damit ab, Herrn Dr. Heim die Unmöglichkeit einer Erhöhung des Gerstenzolls auf 6 M. nachzuweisen.

Für die süddeutsche Volkspartei sprach Herr Hausmann-Ballingen. Seine witzigen Pointen, die er von Maurice Donnay, De Wet und Heinrich Heine bezog, wurden herzlich belacht. Als Anhänger des Brotvouchers meldete sich noch der effiziente Pfarrer Winterer zur Stelle. Der letzte Redner des Tages war wieder ein Socialdemokrat, Genosse Baubert. Man hat fast den Eindruck, als hiesse Graf Valleurem ein wenig dem Zufall nach, wenn er zwischen 5 und 6 Uhr einem Redner unserer Partei besonders gern das Wort erteilt. Erleichtert wurde dieser Zufall übrigens dadurch, daß der konservativste Mäher und der Antisemit Vindevald, die vorher als Redner aufgerufen wurden, sich klüglich aus dem Saal entfernt hatten. Genosse Baubert wurde seiner schweren Aufgabe durchaus gerecht. Er verstand es, in seiner einstündigen Rede den Junkern derbe Wahrheiten zu sagen.

Mittwoch geht es um 12 Uhr weiter. Auf die Kommission zur Vorbereitung der Kinderzuschussvorlage wird die Rücksicht, um die Singer hat, von der Mehrheit nicht genommen. Man will Zeit für die namentlichen Abstimmungen haben.

#### Russische Liebenswürdigkeit.

Aus Kiel, 20. Oktober, wird uns geschrieben:

Die Nachricht von der Hebung Wilhelm II. über den Haeseler im Osten hat sich die Norddeutsche Allgemeine Ztg. beeilt zu demontieren, offenbar weil das Wort mit den herzlichen Begrüßungen in Reval so gar nicht in Einklang zu bringen war. Während aber in Reval nach den Meldungen der französischen Blätter der Jar dem deutschen Liebeswerben trotz des Auslaufens der „Negulett“ sehr wohl gegenüber gestanden haben soll, spielt sich am andern Ende der Ostsee der entgegengesetzte Vorgang ab. Hier, im Kieler Reichs-Kriegshafen, weiß man sich vor den Zudringlichkeiten der Russen nicht zu schützen.

Wie unterm Kieler Parteiblatt, der „Schlesw.-Holst. Volksztg.“, aus Marinekreisen mitgeteilt wird, hat man im Kieler Hafen noch in keinem Jahre so viele russische Kriegsschiffe gesehen wie in diesem Sommer und Herbst. Alle Augenblicke kommen und gehen russische Panzer, russische Schulschiffe, russische Torpedozerstörer und russische Torpedoboote. Die Offiziere an Bord dieser Schiffe zeichnen sich durch eine auffällige Wisbegierde aus. Alles wird fotografiert, jeder Westrieh, jede Befestigung, jedes deutsche Kriegsschiff, jedes sichtbare Stück der kaiserlichen Werk. Keine Uebung der deutschen Marine kann stattfinden, ohne daß sich ein Boot der Russen beobachtend in aller nächster Nähe hält. Wenn eine wichtige Uebung bevorsteht, kann man sicher sein, daß, kurz bevor die Sperre eintritt, eines oder mehrere russische Schiffe durch das Gebiet der Sperre fahren, um zu erpähnen, was zu erpähnen ist.

Das alles geschieht so planmäßig, daß es der deutschen Marine-Behörde auffallen mußte. Um den russischen Kameraden einen Wink mit dem Jaumpfehl zu geben, schickte man Boote an die russischen Fahrzeuge heran und photographierte auch. Die Russen ließen sich das ruhig gefallen, außer einer neuen Torpedo-Armierung gab es bei ihnen nichts zu sehen, und diese gaben sie für ihre gründliche Auskundschaftung des Kieler Hafens und der deutschen Marine gern preis. In den leitenden Kreisen unserer Marine weiß man thatsächlich nicht, wie man sich ohne schroff zu werden, der Liebenswürdigkeiten der fremdnachbarlichen Besucher erwehren soll.

#### Buchenbergers Doppelseite.

Ein eigenartiges Zwischenspiel in der Zollpolitik stellte am Sonnabend die Rede des badischen Finanzministers Buchenberger dar. Es war ein böser Streich, den ihm Herr v. Bülow spielte, als er ihn zwang, sich so öffentlich für die Regierungsvorlage ins Zeug zu werfen. Wenn man nicht längst gewohnt wäre, daß die Ministerherrlichkeit in den deutschen Landen jede selbständige und selbstbewußte Individualität heute tötet, Herr Buchenberger hätte es durch seine Rede am Sonnabend demonstrativ erwiesen.

Herr Buchenberger hat nämlich so etwas wie eine wirkliche, das bürgerliche gewohnte Mittelmaß weit übersteigende wissenschaftliche, ernste Vergangenheit. Am Sonnabend hat er sich um allen wissenschaftlichen Kredit geteilt, den er sich durch sein großes Werk über die Agrarfrage — ungeachtet seiner agrarischen Schutzöllnerlei — erworben hat.

Diese unsre Meinung sei durch ein kleines Beispiel begründet, das wir herausgreifen, weil es unsre Behauptung verhältnismäßig kurz und durch — Herrn Buchenberger von ehedem beweist. Herr Buchenberger erklärte u. a. die Frage nach Einwirkung des Getreidezolls auf die innere Preisbildung des Getreides

und vor allem des Brotes für „eine der allerdümmsten und geheimnisvollsten Fragen der theoretischen Volkswirtschaftslehre“, über die noch „niemand zu einer schlüssigen Beweisführung gekommen sei“. Vielleicht nimmt nun Herr Buchenberger in einem freien Augenblick, den ihm seine Handlangerdienste noch lassen, zunächst sein eigenes zweibändiges Werk über „Agrarwesen und Agrarpolitik“ (Leipzig, 1892 bis 1893) hervor und liest dort den § 198 über „die Würdigung der landwirtschaftlichen Schutzölle; Beleuchtung der Einwendungen“ nach; dort wird er u. a. folgende für ihn sehr lehrreichen, aber verhältnismäßig wenig „dümmen und geheimnisvollen“ Sätze finden:

„Das von den Vertretern des Volkswirtschafts im Feld geführte Gegenargument, daß die behauptete Einwirkung der Getreidezölle auf die Brotpreise in Wirklichkeit nicht bestehe und das ein Parallellismus zwischen Getreide-, Weizen- und Brotpreis nicht nachweisbar sei; daß auf dem langen Wege, den das Getreide von dem Importeur und Großhändler durch die Mühlenfabrikation, das Bäckereigewerbe und den Zwischen- und Einzelhandel hindurch bis zum Konsumenten hin durchläufe, die Wirkung des Zolles sich verflüchtige, mindestens gegenüber den auf diesem Wege erfolgenden Zuschlägen des Zwischenhandels eine nennenswerte Rolle nicht spiele; daß überhaupt der Zoll gegenüber den sonstigen, den Preis beeinflussenden Produktionsfaktoren mehr oder weniger zurücktrete — kann vor der Oeffentlichkeit des wirklichen Lebens angestreift ebenso wenig bestehen, wie die entgegengesetzte Meinung, daß in allen Fällen und unter allen Umständen der Zoll in voller Höhe seine preissteigernde Wirkung für den Konsum geltend mache.“ (S. 599 a. a. O.)

Es kommt aber noch weit „schlüssiger“; zwei Seiten weiter (S. 601 a. a. O.) liest man:

„Jedenfalls ist die Behauptung, daß ein Getreidezoll niemals eine preisverteuernde Einwirkung für den Konsum habe, ebenso in das Gebiet der schon erwähnten Ueberreibungen zu verweisen, wie die entgegengesetzte These von der Belastung des Konsums in den zollgeschützten Ländern um den vollen Betrag des Zolles; und die Wahrscheinlichkeit einer preissteigernden Wirkung um so mehr als vorhanden anzunehmen, je höher der Zoll gegriffen ist, wofür das Jahr 1891 mit seinen exorbitanten Getreidepreisen einen schlagenden Beweis liefert.“

Für die spezielle Frage, die Herr Buchenberger immer in dem ersten Teile dieser langen Sätze erledigt und um die es sich hier für uns ihm gegenüber heute nur handelt, ist dies alles gewiß nicht „dümmen und geheimnisvoll“, sondern recht deutlich. Am unweifelhaft deutlichsten aber wird Herr Buchenberger 4 Jahre später, in seinen „Grundzügen der deutschen Agrarpolitik“ (Berlin 1897) über die Frage, die ihm heute eine der „dümmsten und geheimnisvollsten“ ist. Hier schreibt er nämlich: „... soviel ist richtig, daß die Korn- und Weizenpreise in den zollgeschützten Staaten um den Betrag des Zolls oder doch um Bruchteile des Zolls höher sich stellen, als in den nicht zollgeschützten.“ (S. 220 a. a. O.)

Mit diesen präcisen Sätzen vergleiche man, was Herr Buchenberger Sonnabend sagte und man wird das Wesen der Politik der „mittleren Linie“ darin erkennen, daß sie die Grenzen zwischen Wahrheit und Lüge, zwischen Sinn und Unsinn verwischt und alles in der Mitte schweben läßt.

#### Die Eröffnung der französischen Kammer.

Paris, 19. Oktober. (Fig. Ver.) Die Herbstsession wurde eröffnet im Zeichen des antikeritalen Kampfes. Drei lange Sitzungen wurden mit den Interpellationen über die Schließung der widrigelich fungierenden Kommenschulen ausgefüllt, obwohl die Interpellanten ihrer Niederlage von vornherein gewiß waren. Von ministerfreundlicher Seite gab man sich gar keine Mühe, die juristischen Spitzfindigkeiten der Merital-Monarchisten und ihrer melinistischen Bundesgenossen zu widerlegen. Das wurde ausschließlich dem Ministerpräsidenten überlassen. Kein Vertreter der vier Regierungsparteien-Gruppen griff in die eigentliche Debatte ein.

Von einigem symptomatischem Interesse am dreitägigen Scheingefecht ist nur das Auftreten des Abg. Jonnart, eines ehemaligen Ministers im Meritalfreundlichen Kabinett Casimir Périer und eines bisherigen halben oder Dreiviertel-Melinisten. Jonnart spitzte seinen Frontwechsel sogar im Sinne einer Umänderung selbst an den äußersten linken Flügel des Regierungskartells zu, was die ministeriellen Socialisten mit Freude erfüllte. Jaurès schreibt: „Herr Jonnart (und darin liegt das politische Interesse seiner Rede) hat dadurch die republikanische Mehrheit bestätigt. Von nun an ist es sicher, daß die gemäßigtesten Elemente der alten Mehrheit des Herrn Waldeck-Rousseau sich vom republikanischen Bloc (Kartell) nicht trennen werden.“ Leider! Diese „gemäßigtesten Elemente“ werden schon dafür sorgen, den Einfluß der minder gemäßigten Kartellgruppen lahmzulegen. Im übrigen zeigt Jonnart sonst stark überschäpfter Frontwechsel, daß die gewaltthätigen Kampfmethoden der Meritalen das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes erreicht haben, daß der Wind stärker denn je die Segel der Antikeritalen schwellt.

Die anfängliche Regierungsmehrheit von nahezu 100 Stimmen hat dem auch vollzählig, ja, mit einer Tendenz zum Wachsen, das Vertrauensvotum abgegeben. Und die Dringlichkeit für den nach Schluß der Interpellationsdebatte eingebrachten Regierungsvorschlags, der das Vereinsgesetz Waldeck-Rousseaus durch neue Strafbestimmungen verschärft, wurde ohne Debatte mit 102 Stimmen Mehrheit votiert.

Von größerem Interesse war das kurze Schlussschloß um die Zusätze zum Vertrauensvotum. Die revolutionär-socialistische Fraktion votierte zwar diesmal mit der Regierungsmehrheit, aber sie wahrte ihren eigenen Standpunkt durch Verantragung des folgenden Zusatzes zur Vertrauensformel: „Indem die Kammer in den Dekreten zwecks Anwendung des Vereinsgesetzes nichts weiter sieht als den Anfang von Maßnahmen, die zur vollständigen Verwirklichung des Staates sofort notwendig sind, ladet sie die Regierung ein, unverzüglich einen Gesetzentwurf über die Anhebung des Konfordsats, die Trennung der Kirchen vom Staat, die Abschaffung des Militärbudgets und die vollständige Verwaltung des Unterrichts und der öffentlichen Verwaltung einzubringen.“

Dieser antikeritale Zusatz paßte aber der antikeritalen Regierungsmehrheit ebenso wenig, wie ein anderer zu Gunsten der Kommenschulen eingebrachter Zusatz. Sie konnte ihn zwar direkt ablehnen, aber das wäre gar brenzlich: alle jene Forderungen stehen ja im radikalen „Programm“. Sie zog also das bewährte Mittel eines prophylaktischen Gegenzuges vor, der die Radikalen und ministeriellen Socialisten der direkten Ablehnung ihrer eigenen Programmforderungen überhob. Der von einem Radikalen beantragte rettende Gegenzusage lautete, wie immer: „... und jeden Zusatz ablehnend.“

Rochden nun Constant und Baillant den Antrag der revolutionären Socialisten kurz begründet hatten, sprachen von

ministeriell-socialistischer Seite Pressensé und Gérault-Richard. Pressensé, der immerhin eine mehr oder minder selbstständige Haltung gegenüber dem Ministerium beobachtet, verständigte zur Erklärung seines Votums im Namen eines Teiles der ministerfreundlichen Socialisten die baldige Einbringung eines Entwurfes über die Trennung der Kirchen vom Staat. Gérault-Richard aber bekräftigte namens der unentwegten Ministeriellen die vorbenannte Ablehnung jedes Zusatzes, um — nicht den Mandaten der Freunde der Republik Vorschub zu leisten!... Er und seine Freunde seien „sehr energische“ Anhänger der Trennung zwischen Kirche und Staat, aber diese Frage sei wichtig genug, um ganz spezielle Studien und Anstrengungen zu verdienen... — Kurz, in der Abstimmung über den erwähnten Gegenzusage stimmten die ministeriellen Socialisten mit zwei oder drei Ausnahmen dafür, auf diese Weise die direkte Abstimmung über den revolutionär-socialistischen Zusatz vereiteln helfend — zur besonderen Freude der Radikalen, denen Gérault-Richard die unerquickliche Arbeit der Motivierung ihres Seitenmanövers erspart hat.

Warum aber soll die Aufforderung an die Regierung, die Trennung zwischen Kirche und Staat in Angriff zu nehmen, für die „Republik“ gefährlich sein? Nun, weil die Regierung jene Aufforderung nicht annehmen könnte, weil sie an die Trennung nicht denkt. Daher ist auch der Hinweis auf den betreffenden Gesetzentwurf, der aus parlamentarischer Initiative eingebracht werden soll, eine bloße Andeutung. Gegen den Willen der Regierung wird der Entwurf nicht Geht. An den bloßen „ganz speziellen Studien“ mag es allerdings nicht fehlen. Der Vorgang zeigt wieder einmal, wie sehr die ministeriell-socialistische Fraktion ihre ganze Taktik auf die, wie Gérault-Richard noch sagte, „rückholtslose“ Unterdrückung des Ministeriums angelegt hat.

Paris, 20. Oktober. Deputiertenkammer. Dejeante (Soe.) fordert die Dringlichkeit für seinen Antrag betr. die Streichung des Kultusbudgets. Er hatte diesen Antrag schon im Juni vorigen Jahres eingebracht. Die Dringlichkeit wird mit 287 gegen 210 Stimmen abgelehnt. Ebenso wird die Dringlichkeit für den Antrag Roche mit 285 gegen 170 Stimmen abgelehnt.

#### Deutsches Reich.

##### Der Siegeszug der Socialdemokraten.

Aus Schwarzburg-Rudolstadt wird uns geschrieben: Unser Sieg bei den Landtagswahlen am letzten Donnerstag hat eine eigenartige Wirkung gehabt: er hat nämlich fast allen thüringischen gegnerischen Blättern die Sprache geraubt. Selbst die sonst so geschwätzige, ewig auf uns schimpfende „Dorfzeitung“, das führende agrarische Organ Thüringens, schwingt sich glücklich nach drei Tagen zur Meldung der nackten Thatsache auf, aber nichts mehr und nichts weniger. Selbst die amtliche „Schwarzburg-Rudolstädter Landeszeitung“, die sich das ganze Jahr über das denkbar mögliche an Dagegen und Verleumdung unserer führenden Genossen leistet, sie hat bis heute des Ausfalls auch noch mit keinem kritischen Worte Erwähnung gethan, sie hat einfach auch nur die Wahlergebnisse mitgeteilt.

Aber, offengestanden, auch uns kam dieser umschlagende Erfolg überraschend. 21 Jahre hatten wir stets nur einen Abgeordneten im Landtage und jetzt deren 7! Von den Schwierigkeiten einer Wahl in unsem Lande haben die meisten Genossen draußen im Reich sicher keine Ahnung. Vieles liegt die Dörfer oben auf den rauhen Höhen des Thüringer Waldes, weit auseinandergestreckt, in wohl malerischer, aber allen Regeln der Städte- und Straßenbaukunst widersprechender Art da. Da muß der Stimmzettel- und Flugblattverteiler oft klettern können wie ein Geisbübe. Stundenweit müssen die armen Waldbewohner oft laufen, ehe sie zu ihrem Tagewerk kommen, und die Teilnahme an einer Wahl bedeutet für die meisten dieser Leute die Einkünfte eines Tagelöhners!

Diesmal schien es, als ob eine besondere Begeisterung in die Leute gefahren sei, denn fast alle Mann rüdten an zum Wahltag, wo früher stets nur die pessimistischste Stimmung herrschte, denn man sagte: Es nützt uns ja doch nichts! Und wozu ein Erfolg speziell im Landratsamtsbezirk Königsee, in dem uns konsequent fast alle Versammlungen verboten werden! Sämtliche vier Wahlkreise dieses Bezirks sind uns in die Hände gefallen und so haben denn die Wähler in nicht mißzuverstehender Weise für das Erbuldete quittiert. Und während diesmal in den Arbeiterkreisen eine unglaubliche und ungelante Begeisterung herrschte, waren die bürgerlichen Parteien ohne jedes Feuer. So mußte es kommen, wie es gekommen ist. Es ist dies der erste Landtag, in dem kein Landrat sitzt. Viel hätte nicht gefehlt, so hätten wir sofort die aus-schlaggebende Anzahl, das heißt die Hälfte der sämtlichen 16 Mandate gehabt, wenn nämlich Genosse Rinke in Frankenhäusen-Land nicht mit — 1 Stimme durcheinfallen wäre.

Die Freude unter den Genossen über das Erreichte ist selbstverständlich groß und es ist gewiß, daß der Kreis bei der nächsten Reichstagswahl in unsre Hände fällt; 1893 sowohl wie 1898 fehlten daran jedesmal nur wenige Stimmen.

Er war nicht im „Zingeltangel“. Einen entsetzlichen Verdacht nimmt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ durch eine hochwichtige Erklärung von dem armen, unschuldig verdächtigten Bernhard Bülow. Man lese:

„Der Reichsbote“ verbreitet folgende gehässige Bemerkung gegen den Reichskanzler Grafen v. Bülow:

„Man sagt sich: wenn der Reichskanzler Graf Bülow, wie der „Berliner Lok.-Anz.“ berichtet, Zeit dazu hatte, einen ganzen Abend dem „Vinten Theater“, einer Art Zingeltangel, zu widmen, so hätte er auch ein Viertelstündchen übrig haben können, um, ganz abgesehen von seiner persönlichen Stellung zu den Boeren, wenigstens den Empfindungen des deutschen Volkes so weit Rechnung zu tragen, daß er, wie die französischen ersten Minister, diesen Männern einen Empfang gewährte.“

Die Angabe, daß der Reichskanzler einen ganzen Abend im „Vinten Theater“ verbracht habe, ist falsch. Graf Bülow hat dieses Theater überhaupt nie besucht. Er würde sich vielleicht ebenso gern die gelegentliche Erlösung eines Theaterbesuchs gönnen wie andre Leute, aber dazu fehlt ihm die Zeit.

Die Boerengenerale haben, entsprechend dem von ihnen betonten unpolitischen Charakter ihrer Reise, keinen Empfang bei dem Reichskanzler nachgesucht. Daß sich Graf Bülow, der gewiß die allgemeine Hochachtung für die Tapferkeit und das menschliche Mitgefühl mit dem Schicksal der Generale teilt, seinerseits ihnen hätte nähern sollen, war schon nach dem durch die Generale veranlaßten Scheitern einer Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser ausgeschlossen. Uebrigens haben auch die französischen Staatsmänner zu den kurzen von ihnen den Generalen bewilligten Empfängen, so viel wir wissen, nicht die Initiative ergriffen.

Nach dieser denkwürdigen Aufführung kennen wir unsern Reichskanzler wieder ein gutes Stück besser.

Erstens ist er niemals in dem gemalten Endell-Saal gewesen, in dem das Vinten Theater haust. Das wäre schade, wenn nicht das königliche Polizeipräsidium durch die Genur dafür sorgte, daß die Veranstaltungen an diesen Schauplätzen jedes politischen Handes entbehren und sich mit der Kultivierung des Parolosen und Späherischen begnügen müßten. Anderswärts könnte er an solchen Orten manches Nützliche für seine Ausbildung entnehmen.

Zweitens erfahren wir, daß Bülow keine Zeit hat. Das kommt zwar merkwürdig, erhöht aber den Mest. Vermutlich suchte



r Tag und Nacht die geheimnisvolle Mittellinie. Das ist allerdings zeitraubend.

Drittens: Auch Bülow hat menschliches Mitgefühl mit den Boeren. Das ist ein edler Zug. Und er hat die Generale nur deshalb nicht empfangen, weil — hier wird es dunkel: weil die Audienz geteilt ist. Warum vertritt die „R. A. Z.“ nicht den klaren zwingenden Grund: Weil S. M. der Kaiser durch Armeebefehl zu verbieten gerufen hat, daß die Vertreter der Regierung und die Militärpersonen an den Boerenempfangen sich beteiligen.

Wer redigiert die „Nordd. Allgem. Zeitung“? Vor einiger Zeit wurde mitgeteilt, daß Herr Hugo Jacoby, einst ein tüchtiger Redakteur der „Bismarck-Fronde“, durch das besondere Vertrauen des Grafen Bülow in die „Nordd. Allgem. Zeitung“ berufen sei. Jetzt wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen sich zerstreut haben.

Was ist da sonst entzweigegangen? Und wer wird Bülows Geist literarisch pflegen?

### Bernhard Blouin.

Sein oder Nichtsein ist nicht mehr die Frage,  
Die Mittellinie ist das schwache Seil,  
Darum ich, wie mein Ahnherr besserer Tage,  
Vorwärts tastend suche Glück und Heil.

Er schritt auf eines Drahtseils leichtem Bogen,  
Es rauschte unter ihm der Wasserfall —  
Was aber sind des Niagaras Bogen,  
Ich frage, gegen unsren Kanalanal?!

Giebt es zwei Pole, die sie nicht verbände,  
Die Mittellinie, deutsches Reichspatent!  
Und in den Hofstatuten beide Hände:  
So schreit ich, einer, der sein Handwerk kennt.

Und mögen unten die Parteien toben,  
Ich lächle schaukelnd voller Seelenruh'  
Und will mir meine Mittellinie loben:  
Sie führt mich sicher meinen Sternen zu. —

### Ausland.

#### Der Generalstreik der französischen Bergleute.

Nach den Veröffentlichungen des Generalsekretärs Cotte ist der Streik ein allgemeiner im Norden, Pas-de-Calais, im Loiregebiet, Haute Loire, Bouche du Rhone und Carmaux, dagegen wird die Arbeit fortgesetzt in Saône und Loire (Montceau-les-Mines), wo diesmal die Bergleute nicht streikten, und in einigen andren Plätzen, insgesamt arbeiten noch etwa 14 000 Mann.

Cotte hat sich öffentlich tadelnd ausgesprochen über das Vorgehen der Föderation von Pas-de-Calais und Nord-Departement, die sich gesondert an die Unternehmer ihres Bezirks gewandt haben. Die letzteren eilen sich übrigens nicht sehr, in die gewünschten Verhandlungen mit den Arbeitern einzutreten; sie haben dem Präsidenten, der von den Arbeitern als Vermittler angegangen war, geantwortet, daß sie zunächst mit ihren Aufsichtsräten Rücksprache nehmen müßten, denn darüber kann lange Zeit verstreichen.

Calais, 19. Oktober. Die dem Syndikat der Ausländer im hiesigen Hafen angehörenden Arbeiter verneinten mit 301 gegen 38 Stimmen die ihnen zur Abstimmung vorgelegte Frage, ob sie vom Auslande kommende Schiffe auszuladen sollten. Ueber die Haltung der dem Syndikat nicht angehörenden Ausländer ist nichts bekannt.

Saint Etienne, 19. Oktober. Das Syndikat der Metallarbeiter hat sich dahin ausgesprochen, daß der Grubenarbeiter-Ausstand nur eine diese Korporation angehende Frage sei, und es abgelehnt, an dem Generalausstand teilzunehmen und sich mit den Grubenarbeitern für solidarisch zu erklären.

Paris, 20. Oktober. Die Kohlenträger in Marseille haben an den Ministerpräsidenten Combes ein Schreiben gerichtet, um ihn davon in Kenntnis zu setzen, daß die Vereinigung der Hafen- und Flußarbeiter Frankreichs entsprechend der Aufforderung des Nationalkomitees der Grubenarbeiter, sich mit ihnen solidarisch zu erklären, beschlossen hat, in dem Gebiet der Vereinigung die Arbeit einzustellen.

Paris, 20. Oktober. Das Nationalkomitee der Grubenarbeiter Frankreichs hielt heute vormittag in der Arbeiterbörse eine Versammlung ab. Ueber die Beratungen beobachteten die Mitglieder Schweigen. Sieben Komiteemitglieder werden heute nachmittag an der Kammerfraktion teilnehmen.

In Belgien, namentlich in Charleroi, greift der Streik immer weiter um sich. Die Unternehmer behaupten, die Lohnserhöhungen nicht bezahlen zu können, da die bis zum März abgeschlossenen Lieferungsverträge solche zu ganz niedrigen Preisen seien. Die Wichtigkeit dieses Einwandes dahingestellt, ist es aber sicher, daß die nach dem Ausland (Frankreich) abgesetzte Kohle zu erhöhten Preisen abgeht, so daß den Unternehmern große Ertragsprostitute in den Schoß fallen, von denen die Arbeiter einen Teil für sich beanspruchen.

Der Generalrat der sozialistischen Partei hat die Forderung einer 15prozentigen Lohnserhöhung für berechtigt erklärt und die Bergleute dazu aufgefordert, an derselben festzuhalten.

### Oesterreich-Ungarn.

Oesterreich-rumänische Militärkonvention. Die „Neue freie Presse“ meldet: Vor 10 Jahren, unter dem rumänischen Ministerium Kalaraju, wurde zwischen Oesterreich und Rumänien eine Militärkonvention abgeschlossen, die heute noch besteht und deren letzte Fassung lautet, daß Rumänien im Falle eines oesterreich-russischen Krieges mit 2 1/2 Armee-corps am Pruth das Vordringen Russlands und mit 1 1/2 Corps Bulgarien im Schach zu halten hätte.

### Schweiz.

Kampf gegen den Jolkstarif. Aus Oken wird vom Sonntag gemeldet:

Eine von 300 Delegierten aus 187 Verbänden, die 180 000 Bürger vertreten, beschloß Versammlung beschloß einstimmig die Bildung einer Liga gegen den Jolkstarif und dessen Verwertung. Das Referendum wurde sofort eingeleitet.

### Frankreich.

Der Antrag auf Auflösung des Konfordsats, den der sozialistische Abg. Roche gestern in der Kammer einbrachte, hat folgenden Inhalt: 1. Sämtliche Kirchen, welche heute vom Staate anerkannt und subventioniert sind, werden vom Staate getrennt; 2. nach der Einführung dieses Gesetzes wird die Regierung das Konfordat sowie jeden andren Vertrag mit den verschiedenen Religionsgesellschaften auflösen; 3. das Militärbudget wird abgeschafft; 4. die Wollschaff beim Vatikan wird aufgehoben; 5. da die Ausübung der Aulke frei bleibt, ist es den Mitgliedern der verschiedenen Religionsgesellschaften gestattet, sich auf Grund des Gesetzes vom 1. Juli 1901 frei in Vereinen zu gruppieren, Eigentum zu besitzen und mit den Gemeinden und dem Staate wegen Mielung von Kirchen und Schulen in Unterhandlungen zu treten; 6. ein besonderes Gesetz wird den Modus für die Mündigung des Konfordsats feststellen sowie das Verhältnis der bisher vom Staate subventionierten Geistlichen regeln; 7. die durch Inkrafttreten dieses Gesetzes flüssig werdenden Geldmittel werden als Grundkapital zur Errichtung einer Alterskasse für Arbeiter verwendet.

Nach Ablehnung der Dringlichkeit für den Antrag Roche fand ein Antrag Rebellan auf Ernennung einer Kommission von 33 Mitgliedern, der alle auf die Trennung von Staat und Kirche, auf Mündigung des Konfordsats usw. bezüglichen Vorschläge überweisen werden sollen, die Zustimmung des Hauses.

### Italien.

Das Ehecheidungsgesetz wird seitens der Regierung unter dem Titel „Gesetz zur Regelung der Familie“ (Legge sull'ordinamento della famiglia) der Kammer unterbreitet werden. Dieses Gesetz, welches auch das Recht des Zuchens nach der Vaterschaft aufstellt, läßt die Ehecheidung nur in sehr wenigen Fällen zu; unter andren bei schwerer Körperverletzung, Verurteilung wegen Verbrechen. Die Regierung hofft dadurch die Opposition zu entzweifeln. Die Liberalen beabsichtigen nichtsdestoweniger, eine heftige Protestbewegung zu entfalten.

### England.

Unterhaus. Kolonialminister Chamberlain teilt mit, die Regierung habe die Höhe des Betrages noch nicht festgesetzt, der von Transvaal und der Orange-Freistaat zu den Kriegskosten zu leisten sei. Granborne erklärt bezüglich der Operationen in Somaliland, daß ein indisches Bataillon und ein Teil eines afrikanischen Eingeborenen-Bataillons als Verstärkungen für die Abteilung des Obersten Swahne zur Verfügung stehen würden. Weitere Verstärkungen würden, falls dies notwendig sei, entsandt werden. Ausgedehntere kriegerische Operationen und Verwendung größerer Truppenkörper, als man zuerst erwartete, würden erforderlich sein.

### Afrika.

Der „tolle Mullah“, der von den Engländern bereits wiederholt geschlagen, scheint diesmal den Engländern selbst eine empfindliche Schlappe beigebracht zu haben. Nach einer offiziellen Meldung aus Britisch-Ostafrika hat eine 2000 Mann starke, von 25 britischen Offizieren befehligte Kolonne des Obersten Swahne zwar den „tolle Mullah“ zurückgeschlagen, dabei aber selbst einen Verlust von 150 Mann, darunter 4 englische Offiziere, erlitten. Da die Eingeborenen-Truppen sehr erregt waren, zog sich Swahne nach Bobotte zurück, um Verstärkungen zu erwarten. Der Mullah führt von allen Seiten Verstärkungen herzu.

Also eine Siegesmeldung in dem famosen südafrikanischen Sikk! Nach andren Meldungen wurde Swahne zurückgeworfen und befindet sich jetzt, von den 15-20 000 Mann des tollen Mullah bedrängt, in sehr kritischer Situation. Die Londoner Blätter verlangen Vereinbarungen mit Abyssinien und Italien, wonach das erstere im Osten, das letztere im Westen an dem Feldzuge gegen den „Mad Mullah“ teilnehmen solle.

### Amerika.

Niederlage der venezolanischen Aufständischen. Eine Depesche des „Menterschen Bureaus“ aus La Victoria (Venezuela) bringt die Nachricht, daß 8000 Aufständische, die unter dem Befehl des Generals Mendoza standen, nach siebentägigem Kampfe in der Nähe von La Victoria vollständig geschlagen wurden. Die Aufständischen gaben vorgestern ihre Stellungen auf und ließen 1400 Tote und Verwundete auf dem Schlachtfelde zurück.

Damit scheint freilich einstweilen nur Präsident Castro etwas Luft erhalten zu haben, nicht aber auch der Bürgerkrieg zu seinen Gunsten beendigt zu sein.

## Partei-Nachrichten.

Zur Angelegenheit Wittich hatte auch Genosse Ernst Laar in Dresden, der die Broschüre der Frau Wittich bearbeitet hatte, in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ eine Erklärung abgegeben, worin er die Angaben der Broschüre verteidigte. In der letzten Nummer der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ stellt er nun folgendes richtig:

„In meiner Aufsicht vom 14. Oktober stellte ich das zwischen den Leipziger Genossen und Wittich getroffene Abkommen so dar, als ob Wittich zwar ein Einkommen von 1200—1500 M. jährlich garantiert worden, diese Garantie aber jederzeit durch Zurückweisung seiner Arbeiten durchbrochen werden könne. Zu dieser Aufschauung mußte ich gelangen auf Grund der mir vorgelegten Korrespondenz zwischen Wittich und den Leipziger Genossen. Heute teilt mir Frau Wittich mit, daß diese Darstellung nicht ganz zutreffend sei, denn es sei zwischen ihrem Gatten und den Leipziger Vertrauensleuten ein mündliches Abkommen dahin getroffen, daß bis zu 100 M. im Monat Manuscript angenommen und nach der Zeile honoriert werden sollte, auch wenn nicht alles davon aufgenommen würde, aber das darüber konnte zurückgewiesen werden. Von diesem mündlichen Abkommen hatte ich allerdings keine Ahnung, denn davon stand weder in der Korrespondenz, noch in den Briefen der Frau Wittich etwas, sonst würde ich mein Urteil wesentlich gemildert haben. Die Sache stellt sich also jetzt so dar, daß Wittich zwar für 100 Mark Manuscript monatlich liefern mußte, daß ihm aber kein Schaden daraus erwuchs, wenn etwas davon abgelehnt wurde. Innerhalb der 100 M. war er also von der Günst oder Ungünst einzelner Personen unabhängig. Dies zur Steuer der Wahrheit.“

Das Leipziger Agitationskomitee giebt in der Nr. 241 der „Leipziger Volkszeitung“ noch eine längere Erklärung ab. Darin heißt es:

„Im Monat März bewarb sich Wittich um irgend eine literarische Verwendung bei der „Leipziger Volkszeitung“. Die Parteileitung war der Ansicht, daß bei der früher oft betätigten und auch von ihm selbst genügend ausgesprochenen Abneigung Wittichs gegen Bureauarbeit es sich im Interesse der Zeitung nicht empfehle, mit ihm in ein festes Redaktionsverhältnis zu treten; wohl aber sollte Wittich für das Journalistenberufung werden, was ihm eine auskömmliche Tätigkeit in Aussicht stellte.“

Dann wird mitgeteilt, daß vom 1. April ab alle Artikel Wittichs aufgenommen worden seien und daß dann, da Wittich auf Fixierung seines Einkommens drängte, einige beauftragte Parteigenossen mit ihm verhandelt hätten. Es sei zuerst die Frage der Unterstützung angeregt worden, Wittich habe aber jede Unterstützung abgelehnt und nur Arbeit verlangt.

„Wittich war auch“, heißt es weiter, „für die Bedenken empfänglich, die die Geschäftsleitung gegen eine Fixierung seines Einkommens in seinem eignen Interesse erhob, indem sie darauf hinwies, daß bis jetzt bei der „Volkszeitung“ alle Mitarbeiterverhältnisse mit festem Einkommen nach kurzer Zeit zur Mündigung geführt hätten, indem die Mitarbeiterschaft nach der Fixierung stets langsam eingeklappt sei. Wittich erklärte sich daher mit dem Vermittlungs-vorschläge ausdrücklich einverstanden, daß ihm alle seine eingesandten Arbeiten, auch wenn sie nicht zur Aufnahme gelangen sollten, auf Grundlage der in der „Leipziger Volkszeitung“ üblichen Honorar-bezüge vergütet werden sollten und daß ihm in dieser Weise ein Einkommen von 1200 bis 1500 M. jährlich garantiert werden sollte.“

Dieses Nebereinkommen ist thätiglich in Kraft getreten, konnte aber von Wittich nicht mehr benutzt werden, da sich bald danach herausstellte, daß er nicht mehr in dem Maße arbeitsfähig war, als er selbst gelandt hatte. Wittich habe jedoch von den Leipziger Genossen keine Unterstützung gefordert; erst auf dem Umwege über den Parteivorstand hätten die Leipziger vom Staate der Sache Kenntnis erlangt und darauf seien ihm von Leipzig ebenso wie vom Parteivorstand je 250 M. zu seiner Wiederherstellung (die Wittich bekanntlich nicht mehr erlangte) bewilligt worden.

Parteiliteratur. Soeben ist in der Buchhandlung Vorwärts der Arbeiter-Konfalsender für 1903 erschienen. Der Inhalt ist reichhaltig und zweckentsprechend. Vor allem werden angeführt der nächstjährigen Reichstagswahlen die Reichstags-Wahlresultate mit allen Nachwahlen bis zum September 1902 und die Winte für die Reichstagswahlen mit Wahlgesetz und Wahlreglement intereffieren. Ferner enthält er: Was muß der Arbeiter von der Republik wissen; Sozialdemokratische Abgeordnete in den Landtagen (In diesem Punkte ist der Kalender erkenntlicherweise durch die Wirklichkeit schon wieder überholt); durch die Wahlen der letzten Tage haben wir nämlich in Udenburg jetzt statt einem sechs Abgeordnete und in Schwaburg-Rudolstadt statt einem sieben Abgeordnete erlangt;

Deutsche Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern und dem ost-üblichen Tagelohne.

Auch für die gewerkschaftlich thätigen Arbeiter enthält er wertvolles Agitationsmaterial; so u. a. deutsche Streikstatistik 1890 bis 1901; die Leistungen der deutschen Gewerkschaften; die Unfallstatistik von 1880—1900; die Mitgliederzahlen der deutschen freien Gewerkschaften; Ein Kapitel aus dem Gewerbegerichts-Gesetz. Dann die Adressen der zentralisierten Gewerkschaften, des Parteivorstandes, der Gewerbe-Zustellern, sowie der Centralen der ausländischen Gewerkschaften. Außerdem enthält der Kalender eine Abbildung des Berliner Gewerkschaftshauses und der in den Nachwahlen gewählten sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten. Der reiche Inhalt macht auch den diesjährigen Konfalsender zu einem nützlichen u. praktischem Nachschlagebuch für jeden Arbeiter. Der Preis ist 60 Pf.

## Aus Industrie und Handel.

Zur Verstaatlichung der Dortmund-Grönaner Eisenbahn und der von einem Teil der Börse gegen den Minister Rudde gerichteten Angriffe bringt die „Allg. Ztg.“ folgende offizielle, wahrscheinlich aus dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten stammende Notiz:

Anlässlich der Bekanntgabe des Verstaatlichungs-Angebotes für die Dortmund-Grönaner Bahn ist es von verschiedenen Seiten benachteiligt worden, daß Verkehrsminister Rudde noch Ende voriger Woche in einer Besprechung mit der Dortmunder Abordnung über den Umbau des dortigen Bahnhofes erklärte, die Staatsregierung habe sich bisher noch nicht mit dem Plane einer Verstaatlichung des Bahnunternehmens beschäftigt. Nach unsren Informationen lag es ursprünglich nicht in der Absicht der Regierung, schon jetzt an den Erwerb der Bahn heranzutreten und damit die Verstaatlichungs-Aktion zum Abschluß zu bringen, da ein finanzielles Interesse für den Staat hierbei absolut nicht in Frage kommt. Nach dem Verlaufe der mit der erwähnten Abordnung gepflogenen Verhandlungen drängte sich indessen die Erwägung auf, daß die dringende erwünschte Umgestaltung der Dortmunder Bahnhofsanlagen am besten durchzuführen sei im Wege einer Verstaatlichung der Eisenbahngesellschaft. Erst einige Tage nach jener Zusammenkunft gewann der Plan greifbare Gestalt, und Minister Rudde förderte die Angelegenheit unter Ueberwindung innerlich der Staatsregierung geltend gemachter Bedenken so energisch, daß bereits am Freitagabend das Anerbieten durch den „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden konnte.“

Aus dem Ruhrkohlenrevier. Zur Beschäftigung der Schindlats-jeden hört die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, daß sich die Abfahrtsverhältnisse infolge des Bergarbeiter-Ausstandes in Frankreich jetzt so weit gebessert haben, daß die genannten Zechen ihre Förderung bisher im laufenden Monat statt um vorgelegene 24 Prozent nur um durchschnittlich etwa 15 Prozent haben einzuschränken brauchen. Gegen den Vormonat, der noch eine thätigliche Minderförderung gegenüber der Beteiligung von über 20 Prozent aufwies, bedeutet dies eine erhebliche Besserung.

Ob dieser Abgang sich in ähnlicher Weise weiter steigern wird, erscheint fraglich; wie nämlich aus Köln gemeldet wird, forderte in der gestrigen Essener Versammlung des alten Bergarbeiter-Verbandes der Reichstags-Abgeordnete Sachse die deutschen Bergarbeiter auf, keine Ueberflachten zu verfahren, um die französischen Bergleute zu unterstützen.

Die Beendigung des amerikanischen Kohlenarbeiter-Streiks hat den Kohlenexport von England nach den nordamerikanischen Häfen, der so schon Profite abzuwerfen versprach, wieder auf seinen früheren Stand reduziert. Es erscheint sogar als sehr wahrscheinlich, daß noch verschiedene Prozesse sich aus den bisherigen Lieferungsabstößen entwickeln werden, da die amerikanischen Importeure es ablehnen, die gelauteten Mengen ganz abzunehmen und die Dampfer-Charter rückgängig zu machen suchen, während die englischen Groß-Kohlenhändler auf volle Abnahme der ihnen bestellten Quanten bestehen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Der Streik der Kohlleger und Helfer

hat einen erwarteten Umfang angenommen; es sind dabei sämtliche 186 Betriebe mit ca. 2700 Arbeitern mehr oder minder in Mitleidenschaft gezogen worden. Von diesen haben bis jetzt 63 mit 540 Arbeitern bewilligt. In den alten Bedingungen arbeiten nur noch etwa 100 Mann, doch dürfte sich auch die Mehrzahl dieser den Streikenden noch anschließen. Von den auswärts auf Montage thätigen Kohllegeren ist bereits der größte Teil zurückgekehrt, um mit ihren übrigen Kollegen gemeinsame Sache zu machen. Auch die Kupferhämmer der Heizungsfirmen haben sich mit den Kohllegeren solidarisch erklärt, sie legten am gestrigen Montag ebenfalls die Arbeit nieder. Besonders wirkungsvoll ist die moralische Unterstützung, welche den Streikenden durch die Solidarität der Bauhandwerker, wie Maurer, Zimmerer, Bauknechte, Sanitärer usw. erwächst, indem diese jeden auf Bauten thätigen Kohlleger nach der von der Verbandsleitung ausgehenden Legitimationskarte fragen. Wer ohne solche Karte arbeitet, wird als Arbeitswilliger betrachtet. Infolge dieser scharfen Kontrolle haben sich selbst Meister an die Verbandsleitung um Ueberlassung einer Legitimationskarte gewandt, in der nähere Meinung, daß ihnen solche gegen gute Bezahlung ausgestellt würde; natürlich wurden sie mit ihrem Ansuchen abgewiesen. Offenbar sind die Arbeitgeber auf die jetzt betätigte Gümmigkeit der Kohlleger nicht gefaßt gewesen; sie konnten es kaum begreifen, daß selbst Leute, die 20 bis 30 Jahre in ein und demselben Betriebe gearbeitet haben, sich an dem Streik beteiligten. Noch vor zwei Jahren hatten die Unternehmer ein leichtes Spiel mit den Kohllegeren. Freilich, bei der damaligen Lohnbewegung waren auch noch nicht einmal 200 der letzteren organisiert, während jetzt ca. 2000 der Organisation angehören. — In der Streikversammlung am Sonntag kam u. a. zur Sprache, der Jubelhaber einer bedeutenden Firma habe geduldet, der Streik sei das beste Mittel, um alte, schon minder leistungsfähige Arbeiter los zu werden, denn wenn diese zu andren Zeiten entlassen würden, so mache das nach außen hin immer einen etwas unangenehmen Eindruck. Um nun Unternehmern ähnlicher Gesinnung in dieser Beziehung einen kleinen Dämpfer aufzusetzen, gab die Lohnkommission die Erklärung ab: Der Streik werde nicht eher beendet, als bis auch der letzte der alten Arbeiter wieder eingestellt ist. — Eine Resolution wurde angenommen, in welcher der Lohnkommission die volle Zufriedenheit der Streikenden ausgedrückt wird und letztere sich verpflichten, bis zur befriedigenden Erledigung der Differenzen im Kampfe auszuharren.

Bis Montagabend hatten bereits 75 Firmen, die etwa 600 Arbeiter beschäftigen, die Forderungen bewilligt.

Mit dem Streik der Kohlleger und Helfer beschäftigte sich gestern Abend im Coburg Saal eine mächtig besetzte Versammlung der Gas- und Wasserleitungs-Industriellen von Berlin und Umgegend. Der Geist der Versammlung charakterisierte sich schon dadurch, daß sowohl dem Vorman des Geschäftsausschusses, Altkellner Schäfer, wie auch den Vertretern der Presse der Zutritt verschweigert wurde. Die Herren waren der Meinung, dem Metallarbeiter-Verbande werde der Streik von reichlich 2000 Kohllegeren in einigen Wochen zu hohen Geldkosten verursachen, auch würden die wenig disciplinierten Kohlleger sich schon nach 14 Tagen nicht mehr mit der nun langen Streikunterstützung begnügen; sondern die Reihen der Streikenden verlassen. Mit den Abtrünnigen und den von auswärts herangezogenen Arbeitswilligen hoffen sie dann die dringenden Arbeiten bewältigen zu können. Via dahin lasse sich ein Aufjubel



der Arbeiter, wenn auch unter gewissen Schwierigkeiten, wohl herstellbar. Mehr Besorgnis wie vor den Arbeitgebern schienen die Herren Unternehmer vor der Solidarität der übrigen organisierten Bauhandwerker zu haben, wenigstens erzählt einer von ihnen schon einen ganzen Schauerroman von Chikanerungen arbeitswilliger Holzleger und von allerlei Schädigungen, denen die Unternehmer auf den verschiedenen Baustellen ausgesetzt seien. Beschlossen wurde:

Die Vorstände der gesamten in Betracht kommenden Unternehmerrunden, wie der Berliner und Charlottenburger Zimmerei, der „Freien Vereinigung“, der Centralheizerungs-Industriellen etc. bilden in corpore das Streikkomitee, welches sich selbständig kooperieren kann.

Eventuelle Verhandlungen führt dieses Komitee nur mit der Lokalkommission der Holzleger unter ausdrücklicher Zustimmung von einigen wenigen Beamten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Letzterer Passus wurde damit motiviert, daß man nur mit Fachleuten unterhandeln wolle, nicht aber mit Schlichtern und Schiedsmännern, die als Verbandsdelegierte angestellt seien und von fachlichen Dingen nichts verstehen. In übrigen erklärten die Herren: Mit den Verhandlungen eilt es nicht so sehr, wir haben Zeit.

**Küftung, Schuhmacher!** Die Lohnunterschiede in der Schuhfabrik von Klaus, Sebastianstraße 76, sind erledigt. Die Arbeiter haben wieder den alten Lohn bewilligt erhalten bis auf zwei Artikel, deren Preisgebehalt und Vorkauf. Bei diesen beiden Artikeln erfolgte eine Einigung auf die Hälfte der Differenz.

Ordnungsverwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher.

**Die Arbeiter und Rohrnachher** haben jetzt folgendes mit den Unternehmern vereinbart: Der Minimallohn beträgt 45 Pf., der Maximallohn 50 Pf. bei zehnstündiger täglicher Arbeitszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, mit der Maßgabe, daß 1/2 Stunden wirklich gearbeitet, jedoch 11 Stunden und unter gewissen Umständen auch 12 Stunden bezahlt werden. Ist Accordarbeit nicht zu vermeiden, so ist dabei dem Arbeiter der Tagelohn zu garantieren, Ueberstunden werden in der Zeit von 6 bis 8 Uhr abends zu den gewöhnlichen Stundenlöhnen vergütet, bei Nachtstunden von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens ein Zuschlag von 15 Pf. die Stunde. Bei Sonntagsarbeit wird die Zeit von 7 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags als 10 Stunden bezahlt; für weitere Sonntagsstunden gelten die gewöhnlichen Stundenlöhne. Betreffs der Landzulage schweben noch die Verhandlungen, jedoch wird eine Generalversammlung in den nächsten Tagen dazu Stellung nehmen.

#### Aus der Gemeindefabrik-Bewegung.

**Die Wasserwerks-Arbeiter in Friedrichshagen** haben in einer Versammlung am Sonntag beschlossen, die von einer Kommission durchgeführten Wünsche und Forderungen bezüglich ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Betriebsleitung sofort zu unterbreiten.

**Die Gasanstalts-Arbeiter Schmargendorf** führen lebhaft Klage über die Art, wie der Betriebsleiter und der Platzmeister mit den Arbeitern umzugehen bestreben. Sowohl die persönliche Behandlung einzelner Leute als auch die Art und Weise, wie die Mitglieder des Arbeiterausschusses geholt werden, wird abfällig kritisiert. Die Organisation der betreffenden Arbeiter hat beschlossen, die Angelegenheit später weiter zu verfolgen. Zunächst sollen alle Wünsche bezüglich des Arbeitsverhältnisses dem Arbeiterausschuss gemeldet werden, damit derselbe die Einberufung einer Sitzung in die Wege leiten kann. Sollte dem dann nicht Folge gegeben werden, so würde man an die Gasdeputation mit einem Protest herantreten.

#### Deutsches Reich.

##### Der Weberschrei in Meerane.

Die Situation ist unverändert. Die Ausständigen sind in der zurechtstufenden Stimmung. Die Sympathie, welche den Streikenden aus den weitesten Kreisen des Bürgertums entgegengebracht wird, beweist sich auch durch Geldunterstützungen, die aus diesen Kreisen in die Streikliste fließen. Ein Einwohner von Meerane, der ungenannt bleiben will, hat 8000 M. gespendet. Einige Geschäftleute haben Summen von 200, 100, 50 M. gezahlt, und einer hat sich bereit erklärt, jede Woche 50 Mark für den Streikfonds zu leisten. — Die Streikposten halten auf den Straßen sorgsam Wacht. Auch die Polizei entfaltet, wie immer bei Streiks, eine vermehrte Tätigkeit. Sie patrouilliert von früh bis spät die Straßen ab, in denen Streikposten stehen, ohne daß sie irgendwelche Gelegenheit hätte, einzugreifen. — Die Fabrikfabriken stehen zwar, die Dampfmaschinen werden auch in Gang gesetzt, sie werden jedoch nur einzelne Stücke, während die meisten, viele Hunderte, stillstehen.

Die Sachansicht der Streikenden wird durch folgenden Zwischenfall bewiesen: Ein Meeraner Fabrikant wollte in Myslau Streikarbeit unterbringen. Die Streikleitung despektierte nach Myslau, und die dortigen Vertrauensmänner der Weber erwarteten die Fabrikanten am Bahnhof und beobachteten sie auf ihren Wegen in der Stadt, und der Erfolg dieser Wachsamkeit war der, daß die Fabrikanten ihren Zweck nicht erreichten. Sie bestanden das Abbringen selbst durch eine Anzeige, die sie gegen ihre Beobachter bei der Polizei einreichten mit der Begründung, sie seien durch die Beobachtung verhindert worden, ihre Geschäfte zu erledigen. — Hoffentlich gelingt es den Streikenden in jedem Falle, derartige Geschäfte, die die Vereitelung des Streiks bezwecken, zu verhindern.

**Die Einigung des Buchdrucker-Verbandes mit der Buchdrucker-Gewerkschaft** dürfte nunmehr zur Tatsache werden. Das Verbandsorgan, der „Correspondent“, schreibt: „Die bereits seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen zwecks Aufnahme der Gewerkschaftsmitglieder in den Verband sind am 14. Oktober in Leipzig zum Abschluß gebracht worden. Die getroffenen Vereinbarungen werden den Gewerkschaften zur endgültigen Zustimmung unterbreitet und dürfte wohl ein zustimmendes Resultat zu erwarten sein.“

Die Gewerkschaften von Offenbach a. M. haben im dortigen Gewerkschaftshaus, Liststr. 9, eine Centralherberge eingerichtet, die am vergangenen Sonntag eröffnet wurde.

#### Russland.

**Die Arbeiter in Romm (Frankreich)** haben, wie kürzlich mitgeteilt wurde, den Streik in Aussicht gestellt, falls eine von den Fabrikanten beschlossene Maßregelung von 2 Proz. der Arbeiter nicht rückgängig gemacht werde. Die Abstimmung der Weberorganisation hat jetzt — wie „W. Z. W.“ berichtet — 463 Stimmen für und 4000 gegen den Ausstand ergeben.

## Sociales.

**Betreffend Erweiterung der Leistungen der Landes-Versicherung-Anstalt für das Königreich Sachsen** gemäß Paragraph 45 des Invaliden-Versicherungsgesetzes hat die sächsische Regierung beim Bundesrat einen Antrag gestellt. Der Bundesrat hat den Antrag dem zuständigen Ausschusse überwiesen. Ueber den Inhalt des Antrages verlautet nichts.

Der Paragraph 45 des Invaliden-Versicherungsgesetzes bestimmt, daß die Uebernahme des Sondervermögens einer Versicherungsanstalt, die über den zur Deckung der Verpflichtungen erforderlichen Bedarf hinausgehen, zu ändern als den im Gesetz vorgesehenen Leistungen im wirtschaftlichen Interesse der Versicherten und ihrer Angehörigen verwandt werden dürfen, wenn Vorstand und Ausschuss übereinstimmende Beschlüsse fassen. Diese Beschlüsse bedürfen jedoch der Genehmigung des Bundesrats und dieser Genehmigung ist die sächsische Versicherungsanstalt, die über ein Vermögen von 95 Mill. Mark verfügt, für einen solchen Beschluß veranlagt worden. Darauf dürfte sich der Antrag der sächsischen Regierung beziehen.

#### Güterabfertigung und Arbeitszeit der Transportarbeiter.

Auf verschiedenen Versammlungen haben die Handels- und Transportarbeiter einen früheren Güterannahme- und Abgabeschluß voranwortl. Redakteur: Carl Veld. Berlin. Informativ verantwortlich: Th. Gloke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft

auf den Bahnhöfen gefordert, da ein solcher die erste Vorbedingung für eine Verkürzung der Arbeitszeit der besagten Arbeiter ist. Solange Herr von Thielen am Ruder war, konnte trotz vieler Eingaben nur ganz vereinzelt, versuchsweise in dieser Frage etwas erreicht werden. Nach Dubbes Eintritt ins Ministerium war bald ein lebhafteres Tempo in der Sache zu verzeichnen. Daraufhin erfolgten auf der einzelnen Bahnhöfen eingeführten früheren Schlußzeit der Güterannahme beständige Angriffe, nicht nur der interessierten Speditoren, sondern auch der Handelskammer von Halle, Breslau, Thorn und Schweidnitz, sowie des Verbandes mittel- und deutscher Handelskammern, die Eisenbahnverwaltungen und das Eisenbahnministerium. Das offizielle Organ deutscher Eisenbahnverwaltungen bleibt aber hierauf die Antwort nicht schuldig und bringt in seiner letzten Nummer über die neue Maßregel folgende interessante Ausführungen: „Wir können auf Grund sorgfältiger, am zuständigen Stelle eingezogener Erkundigungen bestätigen, daß die gemachten Erfahrungen (mit dem früheren Bahnschluß) durchaus gute sind. Der frühere Schluß der Güterannahme setzt die Dienstleistungen in den Stand, die eigentlichen Abfertigungsarbeiten so zeitig zu beginnen und zu vollenden, daß die Bereitstellung der Güter zu den für ihre Beförderung bestimmten Abends- und Nachtzügen sicher und pünktlich erfolgen kann, und der gesamte Abfertigungsdienst hat dadurch an der gerade für den Handelsstand in so hohem Grade wünschenswerten Regelmäßigkeit wesentlich gewonnen.“ Minister V. D. selbst ließ die Breslauer Handelskammer mit ihrer Beschwerde gegen den 6 Uhr Bahnschluß abblenden und erklärte kürzlich einem Vertreter der Presse, daß die Ausdehnung der Ladefristen die Speditoren zu späteren Auflieferungen veranlasse, die Güter sich dann in den Güterhallen häuften und eine langsamere Beförderung herbeigeführt werde.“ Ganz dieselben Gründe haben die organisierten Handels- und Transportarbeiter bei ihren Eingaben um Einföhrung des 6 Uhr Bahnschlusses schon vor Jahren angeführt und sie haben wie wir sehen als Männer der Praxis gegenüber Thielen's Bureaukraten recht behalten. Nachdem nun einmal die Erkenntnis — daß der 6 Uhr Bahnschluß nicht nur den Arbeitern sondern auch dem Handel und Verkehr selbst Vorteile bringt — im Eisenbahnministerium Platz gegriffen hat, dürfte dessen allgemeine Einföhrung wohl in nicht mehr weiter Ferne liegen. Die Organisation der Transportarbeiter, die durch Fähigkeit und Ausdauer diesen Erfolg erzielt hat, wird dort, wo es noch notwendig sein sollte, ein bißchen nachhelfen.

**Die Bekämpfung des Alkoholismus durch die städtischen Gemeinwesen**, lautet das Thema einer vom Verein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin einberufenen Versammlung, welche am 8. Oktober im „Englischen Hof“ stattfand und zu der Stadtverordneten Genosse Dr. Wehl das Referat übernommen hatte. Anknüpfend an die Behandlung der alkoholischen Getränke auf dem Varietät, geht der Referent auf die einzelnen Gebiete, auf denen die Stadt die Alkoholgegnung unternehmen könnte, ein. Zunächst könnte durch eine genaue Statistik, der in den städtischen Krankenhäusern aufgenommenen Kranken (Zustand, Belastung usw.) ein einwandfreies Material gewonnen werden. Den Hauptwert legt Redner darauf, daß in den Schulen und Fortbildungsschulen ein obligatorischer Unterricht über Gesundheitspflege eingeführt wird, um den Glauben an die hohe Heilkraft der arznei- und alkoholhaltigen Medikamente zu erschüttern; denn in den meisten Fällen sei nicht der Arzt an der Verschreibung der „härrenden“ Weine usw. schuld, sondern die Kranken selbst. Sodann möchte durch Einföhrung alkoholischer Getränke in den städtischen Kantinen die Stadt den anderen Unternehmern auch hier den richtigen Weg zeigen. Zum Schluß kommt Redner noch auf die Unterbringung der gemeinnützigen Gesellschaften durch die Stadt zu sprechen und empfiehlt der Genossenschaft Abstinenter, sich auch durch städtische finanzielle Unterstützung im Kampfe gegen den Alkoholismus stärken zu lassen.

#### Armenunterstützung und Invalidenrente.

Von der Landesversicherungs-Anstalt Sachsen-Anhalt (Sitz Merseburg) bezieht der Schlosser D. in Magdeburg eine Invalidenrente. Als seine Angehörigen erkrankten, unterstützte anlässlich der besonderen Notlage die Magdeburgische Armenverwaltung die Familie im Wege der Armenpflege. Der Armenverband Magdeburg verlangte demnach von der Landes-Versicherungsanstalt Ueberweisung der letzten Ueberweisung ab und meinte, Paragraph 49 könne nicht walden-Versicherungsgesetzes. Darin heißt es: „Wen von einer Gemeinde oder einem Armenverband an hilfsbedürftige Personen Unterstühtungen für einen Zeitraum geleistet werden, für welchen diesen Personen ein Anspruch auf Invaliden- oder Altersrente zusteht oder zustand, so ist ihnen hierfür durch Ueberweisung von Rentenbeträgen Ersatz zu gewähren.“ Und im Absatz 3 wird bestimmt, daß bei nur vorübergehenden Unterstühtungen als Ersatz höchstens 3 Monatsrenten, und zwar nicht mehr als der Hälfte, in Anspruch genommen werden können. Die Versicherungsanstalt lehnte jede Ueberweisung ab und meinte, Paragraph 45 könne nicht in Betracht kommen, wenn es sich, wie hier, um Unterstühtung von Angehörigen des Rentenempfängers handele. Der Bezirksausschuss erklärte jedoch auch für solche Fälle die Anwendbarkeit des Paragraph 49 Absatz 2 und 3 an und beurteilte die Versicherungs-Anstalt Sachsen-Anhalt gemäß Absatz 3 zur Ueberweisung von Rentenbeträgen in Höhe von 24,15 M. Das Ober-Verwaltungsgericht stellte sich jedoch auf den Standpunkt der Versicherungs-Anstalt, hob das Urteil auf und wies Magdeburg ab.

## Versammlungen.

**Der Arbeitsnachweis für die Berliner Holzindustrie** bildete den Gegenstand für die Verhandlungen einer außerordentlichen Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes die am Sonntag in der Brauerei Friedrichshagen stattfand. Es galt, Stellung zu nehmen zu dem neuen Vertragsentwurf für den paritätischen Arbeitsnachweis. Der Antrag zu dieser Versammlung war ungemein stark. Nachdem etwa 4000 Personen den großen Saal und die Galerien dicht besetzt hatten, erfolgte polizeiliche Absperrung und mehrere Hundert konnten keinen Einlaß mehr finden.

Ueber die Verhandlungen mit den Vertretern der Meister-Vereinigungen bezüglich des paritätischen Arbeitsnachweises berichtet der Vorsitzende Th. Gloke. Er verwies unter anderem darauf, daß der neue Vertragsentwurf — es ist dies der fünfte — verschiedene, nicht unmerkliche Veränderungen enthält. Im Gegensatz zu dem früheren Entwurf soll die Leitung des Nachweises einer Kommission mit einem unparteiischen Vorsitzenden übertragen werden. Außerdem haben die Unternehmer ihre Forderung auf Beibehaltung der Entlassungsscheine fallen gelassen und der Arbeitsnachweis soll auch nicht in den bezüglichen Geschäftsräumen in der Alexanderstraße verbleiben. Ferner ist festgelegt, daß bei ausgedehnten Differenzen auch keine Neueinstellung von Arbeitskräften erfolgen darf, bevor nicht der Versuch einer Einigung, der innerhalb zweier Tage stattzufinden hat, als endgültig geschicket bezeichnet wird. Auch bezüglich der „Kontraktbrüchigen“ sind etwas mildere Bestimmungen festgelegt worden.

Der neue Vertragsentwurf lautet nunmehr folgendermaßen:

§ 1. Der bestehende Arbeitsnachweis der Tischlermeister und Holzindustriellen zu Berlin soll auf eine paritätische Grundlage gestellt werden, so daß fortan Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Maße an der Leitung und Verwaltung desselben beteiligt werden.

§ 2. Die Leitung des Arbeitsnachweises wird einer Kommission übertragen, welche gebildet wird durch je 4 bis 6 Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und einen unparteiischen Vorsitzenden, über dessen Personen sich die Parteien verständigen. Für die Anzahl einer gleichen Anzahl von Beamten ist von beiden Parteien Sorge zu tragen.

§ 3. Das Geschäftslokal des Arbeitsnachweises soll in andere, weder im Hause Alexanderstraße 31 noch im Gewerkschaftshaus oder in der Gormannstraße belegene Räume verlegt werden und zwar so

balb als möglich. Für Beschaffung eines geeigneten Domizils ist unverzüglich Sorge zu tragen.

§ 4. Jene welche Gebühren werden von den Vermittelten nicht erhoben. Bestimmungen über die Verteilung der Kosten unter den beteiligten Organisationen bleiben besonderen Vereinbarungen vorbehalten.

§ 5. Entstehen in einem Betriebe Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, welche zu einer Arbeitsniederlegung Veranlassung geben könnten, so soll der Arbeitsnachweis unverzüglich hiervon benachrichtigt werden. Derselbe hat innerhalb zweier Tage durch ein für alle mal hierzu beauftragte Beamte alle geeignet erscheinenden Maßnahmen zu treffen, um eine Einigung der streitenden Parteien herbeizuföhren. Die Einigungsverhandlungen sollen in der Regel im Geschäftslokale des Arbeitsnachweises stattfinden. Bevor der Versuch einer Einigung von den Beauftragten des Arbeitsnachweises nicht entgültig als geschicket bezeichnet ist, darf weder eine Arbeitsniederlegung noch eine Neueinstellung stattfinden.

§ 6. Die Arbeitsvermittlung findet ohne jede Einschränkung auch für diejenigen Betriebe statt, in denen Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen.

§ 7. Alle aus Anlaß der Tätigkeit des Arbeitsnachweises der Tischlermeister und Holzindustriellen zu Berlin entstandenen Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind von heute ab als erledigt zu betrachten.

Die verhängten Sperren sind sofort aufzuheben.

§ 8. Neben dem paritätischen Arbeitsnachweis dürfen andere Arbeitsnachweise für Branchen der Holzindustrie weder eingerichtet noch unterhalten oder unterstützt werden.

§ 9. Dieser Vertrag dauert ein Jahr und ist nach Ablauf dieser Frist stets ohne weiteres als um ein Jahr verlängert zu betrachten, wenn er nicht drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

In die Haus- bzw. Geschäftsordnung sollen bezügl. der Streitposten und der Kontraktbrüchigen folgende Bestimmungen aufgenommen werden:

„Das Streitpostenstreben sowie der unnütze Auserkalt in und vor dem Arbeitsnachweis ist beiderseitig verboten.“

„Wenn Accordarbeiter ohne gesetzlichen Grund die ihnen übertragene Arbeit unvollendet verlassen haben und im Arbeitsnachweise um Vermittelung einer neuen Arbeitsstelle nachsuchen, so soll die im § 5 bezeichnete Kommission den Versuch machen, eine Einigung herbeizuföhren. Ueber die Weitervermittlung entscheidet der Vorstand, dem das Recht zusteht, den betr. Arbeiter bis zu 14 Tagen von der Vermittelung auszuschließen.“

In der sehr lebhaften Diskussion erklärte man sich allgemein mit der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises ebenso wie bereits in früheren Versammlungen durchaus einverstanden. Die Mehrzahl der Redner wandte sich jedoch gegen die verschiedenen Bestimmungen des Vertrages, namentlich aber gegen den § 6 und gegen die beiden oben angeführten Bestimmungen über die Haus- bzw. Geschäftsordnung. Von anderen Rednern, die für eine Einigung plaidierten, wurde darauf hingewiesen, daß zu erwarten sei, nachdem der Kampf neun Monate gedauert und die Organisation der Arbeiter ihre Stärke bewiesen habe, daß die Vertragsbestimmungen in lokaler Weise auch von den Unternehmer-Vereinigungen interpretiert werden und daß der Vertrag, wenn hierbei die Interessen der Arbeiter nicht gewahrt bleiben, schon nach einem Jahre wieder aufgehoben werden kann. — Nach mehrstündiger Debatte wurden verschiedene Zusatzanträge beschlossen. Die zum § 6 lauten: „Jedoch muß den Arbeitnehmenden bei der Vermittelung solcher Stellen, wo gestreift wird, dieses mitgeteilt werden.“ — „Derjenige, der die Annahme der Arbeit verweigert, muß eine andere Abreise erhalten und in die Liste wieder an erster Stelle eingetragen werden.“

Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung über die gesonten Vertragsbestimmungen wurde den §§ 1 bis 5, 7, 8 und 9 gegen eine erhebliche Minorität abgestimmt, hingegen der § 6 in seiner jetzigen Fassung sowie die beiden Bestimmungen der Haus- bzw. Geschäftsordnung mit großer Majorität abgelehnt. — In der nächsten Woche soll eine Centrums-Vertrauensmänner-Versammlung stattfinden, in der, falls die Meistervereinigungen, welche in dieser Woche eine Versammlung abhalten, den Änderungsanträgen nicht zustimmen, die weiteren Maßnahmen beschlossen werden sollen. Bis dahin soll auch in allen Werkstätten eine nachmalige Aussprache über die in Betracht kommenden Gesichtspunkte durch die Werkstätten-Vertrauensmänner beantragt werden.

Die Sperte über die Firma Kimmel u. Friedrichsen ist aufgehoben. Die Firma hat sich verpflichtet, sämtliche Streikende wieder einzustellen und von dem Unternehmer-Arbeitsnachweis, so lange die Differenzen dauern, keine Arbeitskräfte zu beziehen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Deputiertenkammer.

Paris, 20. Oktober. (W. Z. W.) Deböze richtet an den Marineminister eine Anfrage über die von mehreren Zeitungen aufgestellte Behauptung, daß die Pläne der französischen Unterseeboote Raoul Pictet, der ein Haus in London und Berlin habe, zugänglich gemacht worden seien. Marineminister Pelletan erwidert: Pictet habe ihm die Pläne eines neuen Unterseebootes vorgelegt und daraufhin habe er — der Minister — Pictet Gelegenheit gegeben, seine Pläne im einzelnen anzugeben. Pictet seien aber weder die Pläne der französischen Unterseeboote noch sonstige Geheimnisse der französischen Marine bekannt gegeben worden, denn das wäre ja Verrat gewesen. Verhoulst beantragt Umwandlung der Anfrage in eine Interpellation. Der Marineminister erklärt sich mit der sofortigen Beratung dieser Interpellation einverstanden und die sofortige Beratung wird mit 343 gegen 234 Stimmen beschlossen. Verhoulst wirft Pelletan vor, eine große Unflughet begangen zu haben, als er Pictet, der nichts Neues gebracht habe und der im Solde der englischen Admiralität stehe, sein Vertrauen schenkte. Der Marineminister verlangt hierauf Annahme der einfachen Tagesordnung und das Haus nimmt mit 330 gegen 211 Stimmen die einfache Tagesordnung an. Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

#### Grubenarbeiter-Ausstände.

Brüssel, 20. Okt. (W. Z. W.) Die gestern abend von dem nationalem Komitee der Bergarbeiter in Charleroi gefaßten Beschlüsse lauten: Die geforderte Erhöhung der Löhne um 15 Proz. ist aufrecht zu halten. An die Arbeitgeber soll ein letztes und am letzten Schreiben gerichtet werden, in welchem diese beizugehen werden, dem gerechten Verlangen der Bergarbeiter stattzugeben. Zum Zweck der Herbeiföhierung einer allgemeinen internationalen Bergarbeiterbewegung ist binnen kurzem eine Vereinigung der Vertreter der Bergarbeiter Frankreichs, Englands, Belgiens, Deutschlands, Oesterreich-Ungarns zu berufen. Um die Abhaltung dieser Vereinigung zu beschleunigen, soll noch in dieser Woche eine Abordnung der belgischen Bergarbeiter nach Deutschland und England gehen. Bei dem Ministerium für Industrie und öffentliche Arbeiten sollen durch Abgeordnete der Bergarbeiter Schritte gethan werden zu dem Zweck, den Minister zu bitten, bei den Kohlengrubenbesitzern Schritte zu thun, damit die von den Arbeitern angeforderten Lohnforderungen befriedigt werden. In den Gouvernements der Provinzen Hennegau und Lüttich sollten sich zu demselben Zweck besondere Abordnungen hegeben. An die Presse und die öffentliche Meinung wird ein Aufruf erlassen werden, um ihre Hilfe zu Gunsten der Forderungen der Bergarbeiter anzurufen und um zu erklären, daß im Falle des Eintretens von schlimmen Folgen jede Verantwortung seitens der Bergarbeiter abgelehnt wird.

Aus Amerika liegt folgende Meldung vor:

Wiskonsin, 20. Oktober. (W. Z. W.) Die Konvention der Grubenarbeiter zur Beratung des Koalitions-Vorschlages, betreffend die Verteilung des Ausstandes, ist heute eröffnet worden; 650 Delegierte sind anwesend. Ritchie trat entschieden für Annahme des Vorschlages ein, der den Arbeitern größere Berechtigungen sichere als durch Fortsetzung des Ausstandes erreicht werden könne. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.



Reichstag.

198. Sitzung. Montag, den 20. Oktober 1902, mittags 1 Uhr.

Am Bundesrath: Graf Posadowsky.

Die zweite Beratung des Zolltarif-Gesetzes wird bei den Minimal- und Maximalzöllen für Roggen und Weizen fortgesetzt.

Abg. Graf Schwerin-Löwitz (L.):

Zunächst muß ich die Behauptung des Abg. Stadthagen zurückweisen, Graf Kanitz hätte zugegeben, daß durch die Zollerrhöhung die Bevölkerung pro Kopf mit 4 W. belastet werde. Das ist unrichtig. Im übrigen halte ich es für absolut fruchtlos, auf die Ausführungen der Sozialdemokraten einzugehen. Wenn die eine Seite die Grundpfeiler des Staates, die Landwirtschaft schützen möchte, geht die andre darauf aus, die ganze Wirtschaftsordnung über den Haufen zu werfen. Da ist eine Verständigung schlechterdings unmöglich. (Sehr richtig! rechts.) Ich gehe ohne weiteres zu, daß, wenn ich heute Sozialdemokrat wäre, ich ebenfals gegen jede Verbesserung des Zolltarifs sein würde. Wenn Graf Kanitz auf den auffallenden Unterschied zwischen der deutschen und französischen Sozialdemokratie hingewiesen hat, so scheint mir die einfache Erklärung hierfür darin zu liegen, daß in Frankreich die Demokratie heute herrscht. Wenn, was Gott verhüten wolle, in Deutschland die Sozialdemokratie jemals zur Herrschaft kommen könnte, so würde sie genau so sozialdemokratisch sein wie jetzt die französische. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe mich zum Wort gemeldet, um darzulegen, aus welchen Gründen ein Teil meiner politischen Freunde nicht in der Lage ist, den Anträgen des Herrn v. Wangenheim zuzustimmen. Ein 7,50 Mark-Zoll birgt die Gefahr in sich, daß in Zeiten einer schlechten Ernte eine Suspension des Zolls würde eintreten müssen. Das wollen wir vermeiden. Ich würde es als eine gewisse Royalität gegenüber andern Parteien betrachten, wenn wir uns nicht auf den Boden der Kommissionsbeschlüsse stellen wollten. In gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen müssen die theoretischen Erwägungen hinter den praktischen zurücktreten. Die Landwirte sind praktische Leute und wollen sich mit dem begnügen, was praktisch erreichbar ist. Auch der Regierung könnte es doch nur angenehm sein, wenn durch die Ablehnung ihrer Forderungen und die Annahme der Kommissionsbeschlüsse von ihr das Odium einer Politik der Nahrungsmittel-Verschärfung weggenommen würde. (Lachen links.) Aber in diesem entscheidenden Moment, wo die Regierung in der Lage ist, für den Schutz der nationalen Arbeit eine Majorität im Reichstag zu gewinnen, ist die Regierung selbst daran, diese Einigung wieder zu verhindern und das so nützlich vermittelte Werk nicht zu stände kommen zu lassen. Wir lehnen die Verantwortung ab, wenn die Tarifreform scheitern sollte. Die Regierung dürfte ja auch bei einer Ablehnung der jetzigen Vorlage von dem Werke der Zolltarifreform nicht ablassen. Was wäre denn aus dem Deutschen Reich geworden, wenn Bismarck in den 60er Jahren sich durch die ablehnende Haltung des Parlaments hätte abhalten lassen, die Vereinbarorganisation durchzuführen? Der Reichskanzler übergab seiner Zeit den Text dem Reichstage mit den Worten: „Ich habe das meinige gethan, Herr Reichstag, thun Sie das Ihrige!“ Wir haben uns an die Arbeit gemacht und geben nun den verbesserten Tarif dem Reichskanzler mit einer kleinen Variante zurück: „Wir haben das unsrige gethan, Herr Reichstag, thun Sie das Ihrige!“ Wir sehen der Dinge mit Ruhe entgegen. (Beifall rechts.)

Württembergischer Ministerpräsident Dr. von Pfäffel:

Herr Gothein hat neulich behauptet, ich hätte in der ersten Lesung gesagt, die kleinen und kleinen Bauern haben keinen Vorteil von der Erhöhung der Getreidezölle. Ich habe im Gegenteil darauf hingewiesen, daß die kleinen süddeutschen Bauern, wenn sie auch wenig Getreide verkaufen, doch an einer Erhöhung der Zölle desto weniger interessiert sind, weil dadurch die fortschreitende Entwertung ihres Grundbesitzes verhindert wird und sie daher bewahrt werden, in die Reihen der Tagelöhner oder Industrie-Arbeiter gedrängt zu werden. In dieser Hinsicht befaßt mich die Thatsache, daß bei uns in Süddeutschland die Gesamtheit der kleinen und kleinen Landwirte mit ganz verschiedenen Ausnahmen ohne Rücksicht auf die politische Parteistellung und trotz aller Versuche, sie eines andern zu belehren mit aller Entschiedenheit an dem Verlangen einer Erhöhung der Getreidezölle als der Grundbedingung zur Abwendung ihres wirtschaftlichen Verfalls festhält. Daß dies lediglich eine Illusion sein soll, glaube ich nicht, denn im allgemeinen wird man doch annehmen müssen, daß jeder ernst verständige Mensch der beste Interpret seiner wirtschaftlichen Interessen ist. Wenn man auch vielleicht sagen könnte, der Arzt betreibe die Interessen seiner Patienten besser als diese selbst, so scheint mir doch die Sozialdemokratie nicht als Arzt für die nothleidende Landwirtschaft berufen zu sein, falls man nicht etwa die Aux a la Dr. Eisenbarth als das Ziel der Weisen betrachten will.

Nicht eine Erhöhung der landlichen Grundstückswerte wird die Konsequenz der Zölle sein, sondern es wird lediglich eine weitere Entwertung der Grundstücke stattfinden. Wie die Verhältnisse in 20, 30 Jahren liegen werden, läßt sich ja heute nicht übersehen, man braucht auch dafür nicht Vorhersage zu treffen. Wir scheint es leicht möglich, daß im Laufe der Jahre die Ueberbevölkerung mit nordamerikanischen und argentinischen Getreide ebenso verschwinden wird, wie die ungarische Weizenexport. Wir hoffen daher, daß durch die Erhöhung der Getreidezölle der gesamten Landwirtschaft fühlbare Hilfe gewahrt wird.

Ja, wenn nur die Dosis nicht so homöopathisch wäre, sagt man. Ist denn das, was der Entwurf bietet, wirklich so wenig? Die Erhöhung beträgt beim Roggen 43 Proz. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), beim Weizen 57 Proz. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), beim Hafer 71 Proz. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Das ist doch eine ganz beträchtliche Erhöhung. (Sehr richtig! links.)

Herr v. Wangenheim meinte, die Regierung hätte vor der lauten Agitation der Sozialdemokratie kapituliert. Das ist keineswegs der Fall. Wir hatten nichts von der schönen Formel der Ueberleitung der Produktionsmittel in den Allgemeinbesitz. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Entweder wir werden diesen Tendenzen den entsprechenden Widerstand entgegenzusetzen. Wir können aber andererseits im Zeitalter des Verkehrs und der Maschinen auch keine einseitige konservative Politik in dem Sinne treiben, daß wir die ganze Veränderung der Zusammenfassung unseres Volkstheiles und die ganze wirtschaftliche und soziale Umgestaltung ignorieren und künstlich zurückzuführen könnten. Ebenso wie die Interessen der Landwirtschaft, müssen wir auch diejenigen der konsumierenden Bevölkerung wahren. Die letztere kommt besonders bei der Feststellung der Brotgetreidezölle in Betracht. Auch mit Rücksicht auf das Zustandekommen von Handelsverträgen haben die Regierungen von einer weiteren Erhöhung dieser Zölle Abstand nehmen müssen. Eine weitere Erhöhung der Minimalzölle müßte unsere ganze wirtschaftliche Lebenshaltung tief verdrängen. In diesem Punkte sollte doch die Autorität des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes größer sein als die des Grafen Kanitz. Die gegogene Mittellinie ist das Ergebnis einer Kombination zwischen den Interessen der Landwirtschaft und denen der konsumierenden Bevölkerung, sowie der Rücksicht auf die Vertragsstaaten. Auch der bisherige Gang der Verhandlungen hat mich nicht davon überzeugt, daß die Regierungen entweder zu weit oder nicht weit genug gegangen sind. Die verbündeten Regierungen und speziell die württembergische Regierung haben in vielen Punkten den Abänderungsbeschlüssen der Kommission Rechnung getragen unter Preisgabe ihrer eigenen Ueberzeugung. Es kann also nicht davon die Rede sein, daß wir dem Reichstage zumuteten, den vorgelegten Entwurf mit Haut

und Haaren zu schluden. Die Regierung hält aber nach wie vor an den Mindestzöllen des Entwurfs mit Entschiedenheit fest. Die Verteidigung jeder Mittellinie ist eine unandbare Aufgabe. Extreme Standpunkte nehmen sich ja nach außen viel charakteristischer, principientreuer aus. Aber es ist immer noch besser, daß die Regierung diese Mittellinie zu verteidigen hat, als daß man ihr die Wahrung einseitiger extremer Interessen mit Recht vorwerfen könnte. Aus diesen Erwägungen heraus ist auch die württembergische Regierung mit den Forderungen des Reichskanzlers einverstanden. (Schwacher Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Sattler (natl.):

Die Zeit des Redens ist vorbei. Es sieht mit der Abstimmung über die wichtigsten Getreidezölle bereits die Entscheidung über den ganzen Zolltarif bevor. Aus den Ausführungen des Grafen Schwerin-Löwitz habe ich mit Interesse ersehen, daß doch nicht die ganze konservative Partei sich dem Einfluß der Wangenheim'schen Richtung ergeben hat, die alle Augenblicke Kräfteproben innerhalb der Partei veranstaltet. Graf Schwerin-Löwitz, der ein hervorragender Vertretermann landwirtschaftlicher Kreise ist, hat die Differenz zwischen der Regierungsvorlage und den Kommissionsbeschlüssen als ziemlich geringfügig bezeichnet. Er hat aber aus dieser Ansicht nicht die nötige Konsequenz gezogen. Wenn die Differenz so gering, die Gefahr des Scheiterns aber so groß ist, so müßte man konsequenterweise auf diese Differenz verzichten und sich mit dem Erreichbaren begnügen. Abg. Herold polemisierte sehr bereit gegen die agitatorischen Forderungen der Bündler, die unerreichbar seien. Aber die vom Centrum befürworteten Kommissionsbeschlüsse sind auch agitatorischer Natur — auch sie sind nicht erreichbar. (Lebhafte Oh!-Aufe im Centrum.)

Die parlamentarische Lage ist die folgende. Es war von vornherein klar, daß die Sozialdemokratie und der Bund der Landwirte den vorgelegten Tarif mit allen Mitteln bekämpfen würden. Die Bundesgenossenschaft die hier zwischen diesen beiden extremen Parteien besteht, zeigt sich ja auch darin, daß nach den Anträgen v. Wangenheim 116 namentliche Abstimmungen im Reichstage möglich sein werden. (Hört! hört!) Gegenüber dieser extremen Gegnerchaft hätte sich eine fest geschlossene Mehrheit für die Vorschläge der Regierung bilden müssen. Das ist nicht geschehen. Es ist aber geradezu eine Verteidigung der Regierung, anzunehmen, daß sie trotz ihrer wiederholten bestimmten Erklärungen noch über die Sätze der Regierungsvorlage hinausgehen werde. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die Parteien, die für den Kommissionsbeschluss eintreten, wollen entweder nicht hören, oder sie setzen sich dem Verdacht aus, daß sie ihrerseits die Worte gebrauchen nicht zum Ausdruck dessen, was sie sagen wollen, sondern vielmehr zur Verhüllung ihrer Gedanken. (Oh! im Centrum.) Aber nach den Ausführungen des Abg. Herold halte ich es doch für ausgeschlossen, daß die Mehrheitsparteien schließlich noch unter die Kommissionsbeschlüsse hinuntergehen werden. Sie, die Sie den Reichskanzler durch Minimalzölle zwingen wollen, bei den Verhandlungen mit dem Auslande von vornherein zu sagen: „Das ist mein letztes Wort!“, können ihm doch unmöglich vorwerfen, wenn er durch Festhalten an der Regierungsvorlage gegenüber den Volksgenossen von vornherein mit offenen Karten spielt. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Unter diesen Umständen scheint es mir das Nichtigste, abzustimmen, und wenn sich herausstellt, daß die Mehrheit des Reichstages über die Forderung der Regierung hinausgeht, dann ist der ganze Zolltarif gefallen und wir können uns die weitere Beratung ersparen. (Sehr richtig! links.) Ich begreife nicht, wie Herr Herold noch jetzt eine Verhandlung bis zur dritten Lesung für möglich hält. Die Sozialdemokratie hat die Möglichkeit, etwa 1000 Anträge auf namentliche Abstimmung zu stellen. Herr Wangenheim hat ihr die Möglichkeit zu noch weiteren 100 solcher Abstimmungen gegeben. Wie die Obstruktion in der Praxis ausgedeutet wird, haben wir ja gesehen. Angefangen wurde mit A — Antrag, heute kommt B — Bandert, dann Herr Stadthagen, so wird es im Alphabet weiter gehen, morgen kommt C — Calwer, übermorgen D — Dieb — und dazwischen immer eine dreispännige Rede von Herrn Stadthagen. (Große Heiterkeit.) Daß es bei einer so umfangreichen Vorlage und bei solchen an quantitativer Leistungsfähigkeit der Rede unübertroffenen Möglichkeiten der Linken unmöglich sein wird, eine solche Opposition zu besiegen, ist klar. Es wäre ja möglich Widerstand bei den Sozialdemokraten, aber dazu gehört eine große und geschlossene Mehrheit, die erfüllt ist von dem Werte des Zieles das sie verfolgt und überzeugt ist, daß das auch schließlich Gesetz wird, was sie erklämpft. Unter den gegenwärtigen Umständen ist es aber unmöglich, eine solche Opposition zu besiegen. Es ist ganz klar, daß es zu einer dritten Lesung überhaupt nicht kommt. Daher möchte ich meinerseits an den Reichskanzler die Bitte richten, aus dieser Thatsache Konsequenzen zu ziehen. Die Konsequenzen bestehen naturgemäß darin, daß die verbündeten Regierungen nach erfolgter erster Abstimmung ihrerseits auf die Beratung einer solchen Vorlage verzichten und zu einer Auflösung des Reichstages schreiten. (Lebhafte Zustimmung links) event. auch, wenn eine Auflösung jetzt kurz vor Weihnachten nicht thunlich ist, den Reichstag zu schließen oder die Vorlage zurückzuziehen. Sie dürfen den Reichstag nicht in die Verlegenheit bringen, noch fünf Monate so fortzuwarten. Eine solche Verhandlung hält der Reichstag für die Dauer nicht aus. (Sehr richtig! links.) Er bietet dabei einen ganz blamablen Anblick nach außen. Wir stützen uns bei unserer Forderung einmal auf die Aufrechterhaltung der Autorität des deutschen Reichstages und weiter auf die Autorität des Herrn Reichskanzlers und der verbündeten Regierungen selbst. Weitere Verhandlungen können nur stattfinden unter der nach meiner Meinung geradezu bedingenden Annahme, daß die verbündeten Regierungen bei der dritten Lesung doch wieder von dem abgehen, was sie hier klipp und klar erklärt haben. (Sehr richtig! links.) Meine Freunde und ich würden ja ein Scheitern der so sorgfältig vorbereiteten Vorlage auf das tiefste bedauern. Daß es so weit kommen konnte, liegt vor allem daran, daß man den blühenden Erklärungen des Herrn Reichskanzlers nicht mehr den nötigen Glauben entgegenbringt. (Sehr richtig! links.) Der Reichskanzler besitzt den Saal. Die verbündeten Regierungen haben aber ein erhebliches Interesse daran, diesen Glauben an ihre Erklärungen wieder herzustellen und das beste Mittel dazu liegt darin, daß sie im gegenwärtigen Moment die Konsequenzen in dem von mir erwähnten Sinne ziehen. Die Schuld, daß es so gekommen ist, liegt an der falschen Taktik der Mehrheitsparteien, die nicht den richtigen Moment erfaßt haben, um zu erreichen, was zu erreichen war, und vor allem an der Taktik der falschen Freunde der Landwirtschaft, die glauben, daß ihr mehr mit übertriebenen Resolutionen gedient ist, als damit, daß man nimmt, was zu bekommen ist. Wir sind uns der Bedeutung der bevorstehenden Abstimmung voll bewußt. (Zurufe rechts und im Centrum: Wir alle!) Nun, dann erwarte ich auch, daß Sie die Konsequenzen daraus ziehen. (Wahr! links und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Heim (L.):

Ich will nicht wie der Herr Vorredner gute Lehren erteilen nach rechts und links, er ist ja hier als Apostel der Wahrheit aufgetreten. Herr Dr. Sattler hat von der Regierung verlangt, sie möge dafür sorgen, daß der Reichstag aufgelöst wird. Herr Sattler redet aber nur so tapfer, weil er hofft, daß es nicht dazu kommt. (Sehr richtig! im Centrum, Lachen und Zurufe bei den Nationalliberalen.) Wir persönlich für die Gegenwart, in der ich zu Hause bin, wäre nichts lieber als eine Auflösung, in Frankfurt wird kein Liberaler gewählt (Wahr! im Centrum, Zurufe links). Sie Herr Reich werden gewiß nicht gewählt. (Große Heiterkeit.) — Herr Sattler sprach von der Taktik der Sozialdemokratie. Meinem Sie etwas, daß wenn die Mehrheit sich auf den Boden der Regierungsvorlage stellt, die Sozialdemokratie diese Taktik der namentlichen Abstimmungen nicht befolgen werde? Diese Frage werden Sie nicht mit Ja be-

antworten können. Im Gegenteil, die Sozialdemokratie hat völlig klar sich dahin ausgesprochen, daß auch die Regierungsvorlage ihr genügt, um diese Taktik zu befolgen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Rede des Herrn Sattler hat mich erinnert an die Versammlung bayerischer Bauernkrieger, in der man einen Zoll von 8 Mark verlangte. (Zurufe links: Es hätten auch 10 sein können! Heiterkeit.) Ganz recht, es hätten auch 10 sein können. (Zweite Heiterkeit.) In dieser Versammlung erklärte der nationalliberale Bürgermeister von Straubing, daß auch die Liberalen völlig auf dem Boden dieser Forderung ständen. (Hört! hört! rechts.) Es ist in dieser Hinsicht eine eigentümliche Sache mit dem Liberalismus: in der Masse sind sie ungemein tapfer und böse, aber der Einzelne ist ganz zahm. (Große Heiterkeit.) Ob die Schachmacherspolitik des Dr. Sattler Erfolg haben wird, möchte ich bezweifeln. Man merkt die Absicht und wird verstimmt. Die ganze Rede des Herrn Sattler war ein Blumenstrauch, den er der äußersten Linken flocht (Oh! bei den Nationalliberalen, Heiterkeit.); es war eine Bitte um Wohlwollen für die etwa bevorstehenden Reichstagswahlen, es war das Korsett der Linken, an das Herr Sattler dachte. (Große Heiterkeit und Wiederdruck links.) Ich befürchte nun, daß Herr Sattler damit keine Gegenseite findet. Er befragt die Politik, zu sagen: die Regierung will nicht anders, also folgen wir ihr. Das ist ein gefährlicher Präcedenzfall. Es könnte dieser Standpunkt den Nationalliberalen einmal vorgehalten werden bei einem andern Gesetz, bei dem es sich nicht um materielle Dinge handelt. Graf Schwerin-Löwitz redete der Regierung wieder gut zu. Er redete ihr zu, wie man bei uns zu Hause sagt, wie einer kranken Kuh. (Heiterkeit.) Wenn es der Regierung wirklich ernst ist mit ihrer Ablehnung aller Abänderungsanträge und wenn auch die Mehrheit des Reichstages auf ihrem Standpunkt beharrt, dann muß doch die Regierung sich sagen, daß es unnötige Arbeit ist. Der Reichskanzler hat nach meiner Auffassung ziemlich bestimmt erklärt, unter keiner Bedingung könne von weiteren Mindestzöllen die Rede sein. Gerade das hat mich veranlaßt, meinen Antrag auf Verzollung der vier Getreide-Arten mit 8 M. zu stellen. Die Absätze des Reichskanzlers, weitere Mindestzölle in das Gesetz aufzunehmen, ist speziell für uns in Süddeutschland, die wir nicht nur den Interessen der Großgrundbesitzer, sondern auch der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe dienen wollen, sehr bedauerlich. Wenn die Regierung für die vier Getreide-Arten den Standpunkt der Bindung einnimmt, so verliere ich nicht, warum derselbe Standpunkt nicht auch für den weit wichtigeren Zweig der landwirtschaftlichen Produktion, die Viehzölle, gelten soll. Die Bindung der Viehzölle ist für die kleinen Besitzer von äußerster Wichtigkeit. Die kleinste Viehklasse hat proportional den dreifachen Viehbestand an Rindern und den zehnfachen Viehbestand an Schweinen im Vergleich mit der höchsten Viehklasse. Der Widerstand gegen die Erhöhung des Viehzolls ist besonders von unserm bayerischen Finanzminister ausgeht. Darüber werden wir uns noch unterhalten. Zwei Drittel der deutschen Gerstenerzeugung liegen in den Händen der kleinen und mittleren Bauern des Südens und des Westens. Auf sie wird bedauerlicherweise nicht die notwendige Rücksicht genommen. Mein Kollege Herold hat seiner Zeit berechnet, daß ein Zoll von 7,99 M. für Weizen und von 6,50 M. für Roggen notwendig wäre, um den früheren Preisstand zu erreichen. Nun mag ja gegen eine solche Berechnung, weil sie zu mechanisch ist, manches eingewandt werden können. Die gleichmäßige Verzollung der vier Getreide-Arten ermöglicht uns, das Brotgetreide nicht zu hoch zu belasten und so den Konsumenten zu schonen, andererseits kann nur so das berechtigte Interesse der Produzenten gewahrt werden. Ich weiß nicht, ob der Herr Reichskanzler schon sein letztes Wort gesagt hat. In seiner Rede steht vielleicht etwas darin, was wir nicht einsehen können, weil wir nicht richtig zu lesen verstehen. Wenn aber wirklich das Wort des Reichskanzlers wahr ist, daß die Viehzölle nicht Gegenstand der Bindung sein dürfen, dann finde ich das sehr bedauerlich, denn dann werden sie das Kompensationsobjekt sein, und die Handelsverträge werden auf Kosten der kleinen Bauern geschlossen werden. (Sehr richtig! rechts.) Redner polemisiert gegen den bayerischen Finanzminister und sucht nachzuweisen, daß die bayerischen Gerstenerpreise wesentlich zurückgegangen sind. Die Großbrennereien erzählen in ihren Prospekten, daß ihre Chancen gut seien, weil das Material billig sei. Weßhalb bleiben denn die Bierpreise hoch? Da könnten die Sozialdemokraten doch einmal einsehen und für billiges Bier agitieren. Das paßt ihnen aber nicht in den Kram. Meinen Antrag konnte ich meiner Fraktion nicht unterbreiten, weil mir damals die Rede des Herrn Reichskanzlers nicht bekannt war. Herr v. Wangenheim drängt mich gegen meinen Fraktionskollegen Herold nicht in Schutz zu nehmen. Den Antrag des Bundes der Landwirte, den Zoll für alle die vier Getreide-Arten auf 7,50 M. zu bemessen, mache ich nicht mit. Die Annahme dieses Antrages kann Herr v. Wangenheim in seinem ganzen Menschenleben nie geglaubt haben. Es liegen vielmehr Anzeichen vor, daß der Bund der Landwirte sich bemüht, die Wahlen so zu gestalten, daß die Forderungen der Regierung angenommen werden. Das zeigt seine Taktik bei der Wahl in Nordheim. Hier drängen sie die armen Abgeordneten, für 7,50 M. zu stimmen, und drängen geben Sie einem Mann die Stimme, der auf dem Standpunkt der Regierungsvorlage steht. Die Freundschaft des Bundes der Landwirte ist sehr gefährlich. In Bayern werden Sie kein Geschäft machen, obwohl dort Ihre größten Herden wohnen. Ihr einziges Verdienst ist, daß Sie in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit dafür sorgen, daß sich einige kleine Leute ihr Brot erreden. In Ihren Versammlungen treten Sie gegen die Weltpolitik ein; hier im Reichstag stimmen Sie für die Flottenvorlage. Wie man so mit seiner Ueberzeugung spielen kann, ist mir unverständlich. Ich sehe nicht auf dem Standpunkte, daß irgend etwas angenommen werden muß, sondern halte es für außerordentlich gefährlich, daß ein Zolltarif mit ungenügenden Sätzen zu stände kommt. Die Entwicklung der späteren Zukunft hat Herr v. Pfäffel viel zu optimistisch dargestellt. Hat er noch nichts von der afrikanischen Gefahr gehört, von der anatolischen Ruhr? Weß er nicht, daß in Amerika noch große Flächen der Weidung harren? — Wenn der Tarif nicht zu stände kommt, wird die Regierung nicht auf ihre Rechnung kommen bei Neuregelung der Verhältnisse auf Grund des jetzigen Tarifs. Sie wird es schwer bereuen, der Landwirtschaft nicht mehr entgegengekommen zu sein. Auch für die Industrie werden sich unhaltbare Zustände ergeben. Der Agitation der Linken möge die Reichsregierung nicht zu viel Beachtung schenken, sondern sie möge sich klar sein, daß ein genügender Schutz der Landwirtschaft das Wichtigste für die Entwicklung Deutschlands ist. Bisher hat die Regierung bei ihrem Vorgehen leider weit mehr Beifall bei den Herren der Linken gefunden. (Sehr wahr! im Centrum.)

Abg. Winterer (H.):

Wir sind für langfristige Handelsverträge, für eine tiefere Erhöhung bestimmter industrieller Zölle und für eine entsprechende Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle. Wir tragen damit den Verhältnissen unseres Landes Rechnung, das zur Hälfte industriell, zur Hälfte agrarisch ist. Wir leben an der französischen Grenze; in Frankreich, wo der Getreidezoll 7 Fr. oder 6,60 M. beträgt, ist aber das Brot nicht teurer als bei uns in Elbfahrbödingen. Die Zölle können also nicht ohne weiteres im Brotpreise zum Ausdruck

Abg. Kaufmann-Waltingen (deutsche Volkspartei):

Die Rede des Abg. Dr. Heim hätte ich ungern vernimmt. Abg. Dr. Heim, einer der hervorragendsten süddeutschen Agrarierführer, hat heute dem Dr. Hahn zugerufen, wenn er nach Bayern käme, würde man ihn schleunigst an die Spitze befördern. Das ist die Eingeleit innerhalb der Agrarier! So weit sind die Herren gekommen, daß sie drohen, sich gegenseitig an die Luft zu legen! (Sehr gut! links.) Genauso wenig wie die Politik des



Dr. Hofmann kann man die des Dr. Heim noch ernst nehmen. Auf die interessanten Bemerkungen des Dr. Heim über die Agitation des Bundes der Landwirte gegen das Flottengesetz außerhalb dieses Hauses wird man später zurückkommen müssen. Dr. Heim hat auch dem württembergischen Ministerpräsidenten wenig freundliche Worte gesagt. Die Agrarier hätten ihm doch lieber ihren Dank dafür auszusprechen sollen, daß er sich bereit hat, den unangenehmen Eindruck, den seine etwas weniger agrarische Rede aus der ersten Lesung auf sie gemacht hat, heute wieder zu verwischen. (Sehr richtig! links.) Es ist ein Zeichen des Schwächebewußtseins eines einzelstaatlichen Ministers, wenn er hier mühsam agrarische Ansichten entwickelt, während er doch weit eher von Zweifeln an der Richtigkeit dieser Politik speziell für Württemberg angefaßt ist. Das letzte Mal führte Herr v. Bischoff aus, daß Württemberg ein wesentliches Opfer bringe dem Reichsanlage. Besseres wäre es besser, wenn hier und da ein einzelstaatlicher Minister, auch abweichend von der Reichsregierung, liberale Grundzüge zum Ausdruck brächte. (Lebhafte Beifall links.) Die Politik des Herrn v. Bischoff schaut nur auf die Zukunft des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes in den nächsten 20 Jahren. Wir aber denken an den Staat, der über die Landwirtschaft hereinbrechen müßte infolge der enormen Steigerung der Bodenpreise durch die Erhöhung der Getreidezölle. (Sehr gut! links.) Die Herren Minister sitzen alle in einer Art Liebesdankel zwischen Industriellen und Agrariern. (Große Heiterkeit und sehr gut! links.) Charakteristisch ist aber, daß nur diejenigen Minister der Einzelstaaten telegraphisch herbeigerufen sind, die mehr auf die agrarische Seite neigen. (Sehr richtig! links.) Wir vermischen z. B. die Vertreter der Hansesstädte und den Vertreter von Oldenburg, der vielleicht eine etwas andere Rede halten würde. Die Regierung wollte sich auf den agrarischen Stuhl setzen, nun aber sind die Herren von der Rechten und dem Centrum bestrebt, diesen Stuhl wegzuziehen und der Regierung die nicht eben beneidenswerte Stellung zwischen zwei Stühlen anzuweisen. (Heiterkeit.) Die ganze Vorlage ist doch ein Kind der agrarischen Strömung. Aber der Vater erdrückt sein Kind aus Liebe selbst. Graf Kautz erinnerte an den Pferdemarkt, ich möchte eher an ein Zwangsverfahren zur Feststellung des Mindestgebots denken; es ist eine Art Jollaution und die Berliner werden bald fragen: im Parlament ist Jollaution (Heiterkeit). Die Regierung würde sich des letzten Restes von Autorität berauben, wenn sie bei der dritten Lesung noch umfiele. (Sehr richtig! links.) Die württembergischen Bauern haben erklärt, sie würden ins sozialdemokratische Lager übergehen, wenn der Zolltarif auf Grund der Regierungsvorlage zu Stande käme. (Hört! hört! links.) Also ein untaugliches Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie als das System der agrarischen Mindestzölle konnte von der Regierung beim größten Fleiß und Eifer nicht gefunden werden. Die Agrarier oder Verbündeten auf ihren Forderungen, sie wissen, die Regierung wird sich nach wie vor der Kanalvorlage auf ihre Richtung halten, sie erwarten, daß sie nach dem Scheitern des Tarifs mit wohlwillingendem Toleranz in die Worte ausdrückt: Ich große nicht, wenn der Tarif auch drückt! (Große Heiterkeit und sehr gut! links.) Durch das Prinzip der Mindestzölle hat die Regierung die Brücke mit der Linken abgebrochen. Das können wir nicht mitmachen. Lieber die Fragen des Tarifs hätten wir uns möglicherweise verständigen können, aber wir können nicht dulden, daß der Tarif auf einem falschen Prinzip aufgebaut wird. (Sehr wahr! links.) Vor neun Jahren hat die Regierung in ihrer Gesamtheit die Handelspolitik der rettenden That getrieben, wir wollen nicht gleich ihr unfern handelspolitischen Rod alle neun Jahre wechseln. Unter konstitutionellen Umständen wäre es nicht möglich, daß eine Regierung Gesetzesvorlagen macht, die keine einzige Partei hinter sich haben, und erst in der zweiten Lesung die Unterstützung einer einzigen Partei finden. (Sehr richtig! links.) So lange diese Zustände bestehen bleiben, so lange es den Konservativen möglich ist, weiter ihr Frontireumtum zu treiben, wird die Regierung fortgesetzt Kadenschläge erhalten und es wird ihr nicht möglich sein, eine kräftige Politik zu treiben. (Bravo! links.)

**Bayrischer Finanzminister v. Nibel:**

Ich möchte den Abg. Heim nochmals darauf aufmerksam machen, was ich ihm ja schon im bayrischen Landtage gesagt habe, daß die Vorlage der verbündeten Regierungen nicht von einem einzelnen Mitglied ausgeht. Wenn ich Herrn Heim eine Freude damit mache, will ich aber gern eingestehen, daß ich für meine Person eine Erhöhung des Getreidezolles für sehr bedenklich halte. (Heiterkeit.) Es ist so viel gesprochen für die Landwirtschaft, daß es viele Leute gibt, die behaupten, daß schon zu viel getan sei. (Sehr richtig! links.) Die Regierungen haben sich eben alle erste Mühe gegeben, eine Lösung zu finden, welche den verschiedenartigen Interessen gerecht wird. Die Lösung besteht darin, daß die Agrarzölle nicht in einer Höhe getroffen wurden, die geeignet ist, einen fühlbaren Druck auf die Lebenshaltung der Bevölkerung auszuüben, um die Industrie zu erschweren oder gar zu unterbinden. Es ist den verbündeten Regierungen deshalb unmöglich, den Antrag Heim zu befürworten. (Der Redner spricht mit so leiser Stimme, daß seine Ausführungen im Zusammenhang nur schwer verständlich sind.) Daß mit der künftigen Verteuerung der Gerste auf Kosten der Brauerei-Industrie ein bayrischer Minister nicht einverstanden sein kann, werden Sie begreifen. (Lachen bei den Agrariern aller Schattierungen.) Die Erhöhung des Gerstenzolles und ihr Nutzen für die Landwirtschaft würde durch eine Erhöhung des Bierpreises um drei Pfennig wieder weit gemacht werden. (Lachen.) Das kommt für die Arbeiterbevölkerung, für die das Bier ein wichtiges Lebensmittel bedeutet, sehr erheblich in Betracht. Eine bedeutende Erhöhung des Gerstenzolles müßte geradezu zum Ruin der Kleinbrauer, dieser sichersten Abnehmer für die kleinen Landwirte, führen. Ich habe übrigens auch die Großbrauer, soweit es in meinen Kräften stand, bei den Verhandlungen ganz gehörig gezwid. (Große Heiterkeit.) Ein höherer Gerstenzoll, als ihn die Regierung will, müßte den Abschluß von Handelsverträgen ganz erheblich erschweren. (Oh! rechts.) Wer keine Handelsverträge will, auf den wirkt freilich dies Argument nicht. Wir aber wollen Handelsverträge.

Man spricht so viel davon, daß die Regierung kein Entgegenkommen zeige. Es handelt sich hier aber nicht um persönliche Neigungen oder Abneigungen, nicht um Gefälligkeiten oder Verweigerung von Gefälligkeiten, sondern um Entschlüsse, die auf Grund der ersten Erwägungen und der tatsächlichen Verhältnisse gefaßt sind. Auch abgesehen davon sind doch die Agrarzölle sehr erheblich hinausgesetzt. (Sehr richtig! links.) Allerdings wird neuerdings jedes Entgegenkommen der Regierung demis beantwortet, daß man das Doppelte verlangt. (Heiterkeit links und Unruhe rechts.) Aber die verbündeten Regierungen können sich nicht entschließen, auf solche Handelsgepflogenheit einzugehen. Ich glaube, daß es dazu kommen wird, daß man auf beiden Seiten der streitenden Parteien ein gut Teil nachgibt. (Bravo!)

**Abg. Dr. Barth (fr. Bg., mit lebhafter Unruhe rechts empfangen):**

Der bayrische Finanzminister hat zugestanden, daß der Tarif der Regierung schon etwas zu viel „agrarisch“ gefärbt sei. Im Privatleben ist er mit uns vielleicht der Meinung, daß den agrarischen Sonderbestrebungen außerordentlich weit entgegengekommen ist. Das gesamte Ergebnis dieser viertägigen Debatten ist eine Bankrott-Erklärung der agrarisch-protectionistischen Interessen - Politik, wie sie vorher noch nicht dagewesen ist. (Lebhafte Zustimmung links, Lärm rechts.) Die Agrarier behaupten immer, sie hätten die Mehrheit im Reichstage. Die Mehrheit haben aber nur die protectionistischen Begierden, erreichen kann diese angebliche Mehrheit nichts. Es ist doch geradezu lässlich, daß die Mehrheitsparteien sich um ein 50 Pfennig-Stück nicht einigen können, auf einen Tarif, dessen Nichtzustandekommen sie selbst als nationales Unglück bezeichnen. Ein nationales Unglück um 50 Pf.! (Große Heiterkeit, sehr gut! links.) Sie sprechen immer von Obstruktion auf der Linken. In Wahrheit ist in die Verhandlungsorgane der Mehrheitsparteien ein 50 Pfennigstück hineingerutscht und hat hier die Obstruktion bewirkt. (Große Heiterkeit.) Sie heißen sich fest auf die Mindestzölle, während Sie doch ganz genau wissen, daß die Regierung

sobald sie sich davon überzeugt, daß es im Interesse des Landes notwendig ist, unter die Mindestzölle heruntersinken wird. (Hört! Hört! rechts.) Hat sich die französische Regierung etwa geniert nach dem Zollkrieg mit Italien und der Schweiz unter die Minimalzölle herabzugehen. Meinen Sie etwa die deutschen Unterhändler würden, wenn es sich darum handelte, Handelsverträge abzuschließen oder nicht, den Mut nicht besitzen, auch mit geringeren Zöllen als die Reichstagsbeschlüsse, die die Verträge abzustimmen? Es ist die höchste Zeit, daß der Reichstag mit dieser Majorität verschwindet und die Wählerschaft in die Lage kommt, ihrerseits ein Urteil über diese Dinge abzugeben. (Sehr richtig! links.) Die Regierung ist gebunden, der Reichsanlage kann nicht mehr zurück, er würde sonst jede Spur des politischen Credits verlieren. Wir begrüßen diese Lage ja mit einer gewissen Befriedigung, weil wir daraus die Hoffnung, ja die Zuversicht entnehmen, daß die Vorlage scheitert. Wenn die Abstimmung morgen ein negatives Resultat ergibt, so ist es für ein selbstbewußtes Parlament eine Unmöglichkeit, die Verhandlungen noch weiter fortzusetzen. (Abg. Dr. Krennd: So stimmen Sie doch ab!) Nein, abgesetzt wird nicht, einlassen werden wir uns durch solche Versprechungen, es würde ja doch nichts aus dem Tarif, nicht lassen. Wir werden Punkt für Punkt die ganze Vorlage durchberaten, mit allem Ernst, allem Nachdruck und aller Gründlichkeit, die eine solche wichtige Vorlage verdient. (Bravo! links.) So fest ist unser Vertrauen auf die Einsichtlosigkeit der streitenden Parteien denn doch nicht, daß wir auf eine solche Beratung unerseits verzichten könnten. (Sehr richtig! links.)

Das Todesurteil über den Tarif hätte schon längst unterschrieben werden müssen. Auch jetzt ist es noch das Beste, die Handelsverträge einfach zu verlängern, nicht von Jahr zu Jahr, das ist ungenügend, die Industrie hat das größte Interesse daran, daß endlich dieser Zustand des Mangels und Mangens aufhört. Aber eine Verlängerung der bestehenden Verträge auf eine Reihe von Jahren würde von der großen Mehrheit der Bevölkerung mit Beifall aufgenommen werden. Wer zweifelt daran, daß wenn es möglich wäre, diese Fragen wie in der Schweiz, einem Referendum zu überweisen, speziell die Erhöhung der Getreidezölle mit erdrückender Mehrheit vom Volke abgelehnt werden würde. (Lebhafte Zustimmung links.)

Wichtiger aber als alle Handelsverträge ist die Frage der Belastung der unteren Klassen durch die Getreidezölle. Lieber den jetzigen Zoll von 3,50 Mark würde ich auch nicht um den zehnten Teil eines Pfennigs hinausgehen. Diese 3,50 Mark schon bilden eine ganz außerordentliche Belastung. Niemand würde es wagen, eine solche Last, in direkte Steuern umgewandelt, den Arbeitern zuzumuten. (Sehr richtig! links.) Wenn Sie glauben, so hohe Zölle verantworten zu können, so haben Sie eben keinen rechten Begriff von dem Empfinden der Arbeiterklasse, die begriffen hat, was für eine Belastung der Polltarif bedeutet. In anderen Ländern, wo die Massen der Bevölkerung in politischer Dummheit dahingleben, mögen Sie eine solche indirekte Belastung riskieren, in Deutschland sind wir darüber hinaus. (Sehr richtig! links.) Bei uns gibt es keinen halbwegs geschnittenen Arbeiter, der nicht begriffen hätte, welche große Belastung für ihn die Erhöhung der Lebensmittelzölle bedeutet. (Sehr wahr! links.) Sie (nach rechts) werden uns einwenden, warum trete ich dann nicht für völlige Beseitigung der jetzt bestehenden Lebensmittelzölle ein. Die Sozialdemokratie hat das ja in der Kommission gethan. Die Tendenz dieser Anträge halte ich auch für vollkommen richtig, aber ich kann dafür nicht stimmen, wesentlich aus dem Grunde, weil man nicht mit einem Strich alles Bestehende hinwegnehmen kann. Aber gerade deshalb verweigere ich auch, auch nur einen Pfennig über die jetzt bestehende Grenze hinausgehen. Der Landwirtschaft wird mit höheren Zöllen gar nicht gedient. Es handelt sich hier um keinen Interessentstreit zwischen Stadt und Land, sondern es handelt sich hier bei dem Zollschutz um Stärkung des in Grund und Boden einerseits und in den Industrien andererseits investierten Kapitals. (Sehr richtig! links.) und die Zölle bedeuten deshalb eine Schädigung der nationalen Arbeit zu Gunsten kapitalistischer Interessen. Selbst wenn wir Arbeiter einen so hohen Lohn hätten, daß ihnen die Verteuerung der Lebensmittel nichts ausmachen bräunte, so würden sie vor einer solchen Politik zu warnen sein. Es darf nicht sein, daß unsere Arbeiter einen Teil ihres Arbeitsertrages rein kapitalistischen Interessen opfern. Das ist keine staatsverhaltende Politik! (Sehr richtig! links.) und wenn das Centrum glaubt, den Protzwucher mit der Waisenfürsorge in eine harmonische Verrechnung (Heiterkeit) bringen zu können, so unterschätzt es, wie weit der Erziehungsprozess unserer deutschen Arbeiterschaft bereits gediehen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der deutsche Arbeiter weiß, daß er ein schlechtes Geschäft macht, wenn ihm 10 R. Zoll abgenommen werden und ihm dafür verschrieben wird, daß seine Familie dereinst, wenn der Ernährer gestorben ist, einmal eine Mark wiederbekommen soll. Die verbündeten Regierungen dürfen am wenigsten eine Politik betreiben, die den primitivsten Forderungen der Gerechtigkeit direkt ins Gesicht schlägt. (Sehr gut! links.) Deshalb freuen wir uns, daß dieses Werk in diesem Reichstag keine Aussicht auf Verwirklichung hat. (Unruhe rechts.) Und wenn Sie nicht noch den Spott und Hohn der Mit- und Nachwelt auf sich laden wollen, so entschließen Sie sich, den Verhandlungen hier ein Ende zu machen und lassen Sie das Volk entscheiden, wie es auf diesem Gebiet regiert werden will. (Lebhafte Beifall links, Lärm rechts.)

Präsident Graf Vosslermann ruft als nächsten Redner den Abg. Niffer (l.) auf. Da dieser nicht anwesend ist, erteilt der Präsident dem Abg. Bindewald (unif.) das Wort. Auch dieser Abgeordnete ist im Saale nicht anwesend, und es erhält unter großer Unruhe der Rechten und des Centrum das Wort

**Abg. Vandert (Sec.):**

Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die sich der Interessen derjenigen, die hauptsächlich gerührt werden sollen, der Arbeiter, annimmt. Darin ändert auch nichts die Stellung derjenigen Parteien, die wie mein Vorredner, eine gewisse Freude darüber empfinden, wenn dieser Polltarif nicht zu Stande kommt. Abg. Dr. Heim hat uns heute wieder einmal eine Revision seiner Ueberzeugung vorgelegt. Ich hatte den Eindruck, daß auch seine heutigen Ausführungen ebensowenig zuverlässig waren wie die Reden anderer Herren, die erklären, von ihren Forderungen um kein Jota abgehen zu wollen. Dr. Heim sprach seine Verwunderung aus darüber, daß wir Sozialdemokraten wegen der Bierpreise nicht ebenso viel Lärm machten wie z. B. über die Fleischnot. Er scheint nicht zu wissen, daß die Bierpreise keineswegs direkt vom Steigen und Fallen des Gerstenpreises abhängig sind. Die Bierpreise sind, ob auch die Gerste teurer oder billiger geworden ist, immer auf einer gewissen Höhe verblieben.

Dr. Sattler leistete sich den Scherz, daß wir uns nach dem Alphabet meldeten. Rehnitzsch könnten wir auch von den Angehörigen anderer Parteien sagen, bloß mit dem Unterschied, daß die Zwischenpausen in dekorativer Ausstattung von einem der süddeutschen Bundesrats-Bevollmächtigten angefüllt werden. (Heiterkeit.) Der Vorwurf, wir hielten unsere Reden zum Fenster hinaus, ist nicht neu. Ein großer Teil meiner Parteigenossen wird durch die Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes in vielen kleinen Staaten geradezu dazu gedrängt. Auch in Preußen hat man ja auf diesem Gebiet in den letzten Jahren außerordentliches geleistet. Wir haben allen Anlaß, Reden zum Fenster hinaus zu halten, um den Hunderttausenden, die noch im Gefolge der agrarischen Partei marschieren, die Augen über die drohende Gefahr zu öffnen. Es beginnt bereits zu regen. Davon legt folgender Anruf an die Centrumswähler eines der schwärzesten Wahlkreise, des Wahlkreises München-Gladbach, Zeugnis ab, in dem zu einer Versammlung der Wähler eingeladen wird. Es wird darin ausgeführt, daß beachtenswert ist, was Brot und Fleisch durch Zölle zu verlieren; eine einkaufreiche Schicht von Großgrundbesitzern sei bemüht, dem Volke die unentbehrlichsten Lebensmittel durch Hungerpreise zu verlieren, während sie selber einen reichen Gewinn in die Tasche fieden. Bei diesem Rausche der Großgrundbesitzer wolle auch die Großindustrie nicht zu kurz kommen. Wollen man richtig zusehen, daß im Reichstag dieser Raubzug auf die Taschen

des Volkes zu Ende geführt werde? Die Centrumspartei habe bisher ruhig die Hände in die Tasche gefaßt, ja, diese Politik größtenteils begünstigt. Das sei früher nicht so gewesen; selber habe das Centrum die Zölle und Steuern auf die notwendigen Lebensmittel beschränkt. Man müsse im Centrum wieder den obersten Grundfah des Christentums, den Schutz der wirtschaftlich Schwachen, zur Geltung bringen. — Solche Worte kennzeichnen, daß auch die Arbeiter, die Handwerker, der Mittelstand unter den Centrumswählern allmählich zur Erkenntnis über die Taktik des Centrum kommt.

Schon jetzt ist die Belastung des Volkes durch Zölle außerordentlich hoch. Im schönen Thüringen stehen auf den Höhen noch die Wahrzeichen der Raubritterzeit, der Zeit, wo nicht nur die Krämmer, sondern auch die Bauern ausgeplündert wurden. Aber das waren Kleinigkeiten gegenüber der Gegenwart. Redner weist aus dem Bestenpreis für Roggen und Weizen nach, wie hoch sich die Belastung augenblicklich stellt und wie sie sich stellen würde, wenn der Posadowitz-Tarif (Heiterkeit) oder die Kommissionsfrage oder die Wandler-Forderungen Gesetz würden. Ein Hauptunterschied gegen früher ist, daß jetzt die Klausur durch Gesetz patentiert werden (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), daß man still halten muß, während früher die vornehmen Strauchdiebe nicht gerade mit Glashandschuhen angegriffen wurden. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere an den Protest des Städtetages. Die Rede des Stuttgarter Oberbürgermeisters Gauß dort klang anders als die heutige Rede des Stuttgarter Ministers und fast sehr vorteilhaft von ihr ab. Herr Gauß sagte: „Wird diese Vorlage Gesetz, so sehen wir vor einem nationalen Unglück. Die war ein solcher Entwurf überhaupt nur möglich? Es ist der Hah gegen die Städte, die Träger der Kultur, der darin zum Ausdruck kommt. Deshalb ist es ein selbstmörderisches Vorgehen, die Städte zu schädigen.“ Von Kultur ist dort, wo der Junker herrscht, allerdings nichts zu finden. Die Verhandlungen über die Lehrerschänderei in Traleken sind in dieser Beziehung besonders lehrreich. Und es handelt sich da wirklich nicht um einen Ausnahmefall. Eigentlich müßte es annehmen, als Graf Kautz uns mit ernststem Gesicht von der Welt erzählte, daß in Thüringen ein ziemlich beträchtlicher Stamm klandestiner Arbeiter auf den großen Gütern vorhanden sei. Vor mir liegt eine Broschüre: „Die Zukunft der deutschen Landwirtschaft“, die von agrarischer Seite ausgeht. Darin werden Forderungen gestellt, damit die Landwirtschaft höhere Accordlöhne zahlen, für bessere Wohnungen für die Landarbeiter sorgen und allmählich dazu gelangen könne, die klandestinen einheimischen Arbeiter auch im Winter zu beschäftigen. Die Herren, die die Verhältnisse in Ost- und Westpreußen aus dem ff kennen, bestätigen also indirekt alle unsere Angaben über die Lage der Landarbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hat je die Landwirtschaft ihren Arbeitern bei erhöhten Getreidezöllen Zulagen gemacht? Besteht nicht für die Landarbeiter noch die Gefinde-Ordnung? Jetzt will man sogar Gesetze gegen den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter machen, um diese vollkommen feilsch zu können. Unter diesen Umständen haben Sie keine Veranlassung, dem Volke Sand in die Augen zu streuen, indem Sie ihm sagen, erst müßten wir mehr verdienen, dann werden wir unsere Arbeiter auch besser bezahlen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Den kleinen Bauern rechnen Sie zwar vor, was sie durch die Getreidezölle mehr bekommen, aber Sie vergessen ganz, ihnen zu sagen, was ihnen auf der anderen Seite entzogen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Futtermittel werden ihnen verteuert, ferner wird die Konsumkraft der Bevölkerung für die Produkte der Viehzüchter, wie Fleisch und Butter, durch die Brotverteuerung erheblich herabgemindert. Das hat die Handelskammer für Oldenburg statistisch nachgewiesen und ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen Staaten. Dieselben Agrarier, die ihren Arbeitern die Freizügigkeit beschränken, ihnen ihre Koalitionsfreiheit rauben, geben vor, mit diesem Zolltarif auch den landwirtschaftlichen Arbeitern helfen zu wollen. Die Arbeiter wissen, was sie von solchen Versicherungen zu halten haben. Charakteristisch für die Bestimmungen der Agrarier ist ja jener bekannte Artikel des Organs des konservativen Landesvereins in Königreich Sachsen, des „Vaterland“, worin im Fall, daß die agrarischen Forderungen nicht bewilligt würden, mit dem Krachen der Throne gedroht und gesagt wird, dann würden die Landwirte zu den Sozialdemokraten übergehen. Nur, das industrielle Proletariat bedankt sich dafür, mit den konservativ-bauernbändlerischen Nordbreunern — als welche sie sich in diesem Artikel selbst charakterisieren — in einen Topf geworfen zu werden. Wir wollen nicht zerstören, sondern bessere, idealere Zustände herbeiführen. Bessere Zustände aber können sich nur entwickeln, wenn dieser Tarif abgelehnt wird. Durch die Verteuerung der Lebensmittel wird die Widerstandsfähigkeit des Volkes gegen Krankheiten geschwächt. Die Proletarierkrankheit, die Schwindsucht, nimmt in Deutschland immer mehr zu. In anderen Ländern, wo die Ernährung eine bessere ist, ist der Prozentsatz der Schwindsüchtigen weit geringer als in Deutschland.

Wenn Sie vernünftigen Gründen zugänglich wären, müßten Sie die Wahlen in Oldenburg und Hildesheim als ein Meinetel betrachten. Die Sozialdemokraten haben bei beiden Wahlen große Erfolge erzielt. Auf Ihre (nach rechts) Politik pocht der Spruch aus dem 35. Kapitel von Jesus Christus: „Der Knecht hat nichts, denn ein wenig Brot, wer ihn darum bringt, der ist ein Mörder.“ Diese Nordpolitik bekämpfen wir bis aufs Messer. Wir sagen: Nieber mit diesem Zolltarif, das Volk mag bei den kommenden Wahlen darüber entscheiden. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Darauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.**

Dem Vorschlag des Vicepräsidenten Wising, die morgige Sitzung um 12 Uhr beginnen zu lassen, widerspricht Abg. Singer mit dem Hinweis, daß dann die morgen tagende Kommission für die Vorlage betreffend den Schutz der gewerblichen Kinderarbeit nur zwei Stunden lang beraten könnte.

Der Antrag Singer, erst um 1 Uhr zu beginnen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt. Es bleibt bei 12 Uhr.

Nächste Sitzung Dienstag. (Fortsetzung der heutigen Verhandlung.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

**Aus der Frauenbewegung.**

**Genossinnen!**

Es liegt im Interesse der Aufgaben, welche Euch die Konferenz in München zugewiesen hat, und die Euch aus der Situation in nächster Zeit erwachsen, daß Eure planmäßige Vertägung keine Unterbrechung erfährt. Die Unterzeichnete fordert Euch deshalb auf, recht bald die Wahl Eurer Vertrauenspersonen vorzunehmen. In Orten und Bezirken, wo das System der weiblichen Vertrauenspersonen nicht besteht, wo sich aber das Bedürfnis nach einer regeren und einflussreicheren Vertägung der agitatorischen und organisatorischen Arbeit unter dem weiblichen Proletariat fühlbar macht, sollten die Genossinnen sich mit den Führern der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in Verbindung setzen, um sich gemeinsam mit ihnen über die eventuelle Aufstellung einer eignen Vertrauensperson oder einer andern Form der organisierten Vertägung schlüssig zu machen. Die Adressen der Vertrauenspersonen sind möglichst bald der Unterzeichneten bekannt zu geben.

Mit Parteigrüß  
Ottilie Waader,  
Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands,  
Berlin SW, Volkshausstr. 25, Hof III.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Dienstag, den 21. Oktober.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Opernhaus.** Die Entführung aus dem Serail — Die Noie von Schirás.

**Schauspielhaus.** Im bunten Rod. Deutsches. Lebendige Stunden. Berliner. Alt-Heidelberg. Welken. Der Freischütz. Festung. Das Theaterdorf. Rencé. Poete. Messens. Seine Kammerzofe. Thalia. Charleys Tante. Vorher: Cassis Pascha.

Anfang 8 Uhr:  
**Schiller.** O. (Wallner-Theater). Der Biberpelz.  
**Schiller.** N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Esther. Hierauf: Zwei Eisen im Feuer.  
**Genrol.** Das süße Mädchen. Carl Welk. Eine Paria.  
**Süssen.** Faust.  
**Cassio.** Ihre Familie.  
**Kleines.** Kaufsch.  
**Wilhelm.** Der Wälförerling.  
**Miner Theater.** Tochter zu verheiraten. Der Hund. Bunter Teil. Tiny Senders.

**Metropol.** Berlin bleibt Berlin.  
**Trionon.** Die Liebeshaukel. (La Bascule.)  
**Apollo.** Lyfistrata. Spezialitäten-Vorstellung.  
**Wintergarten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Passage-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Palast.** Berliner in Steglitz.  
**Stiehl.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49. (Zum Theateraal.) Tausend Jahre deutscher Kultur.

Anfang 8 Uhr: Dr. Nass: Die Gashülle des Erdballs.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstrasse 72-73.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

Zum **Charleys Tante.**  
456. Male: in 3 Akten von Dr. Thoma. Guido Thielscher als Charleys Tante. Vorher: Cassis Pascha. Ausstattungs-Vorstellung mit Gesang und Tanz in 1 Akt.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

**Central-Theater**  
Dienstag, 21. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:  
**Das süsse Mädchen.**  
Operette in 3 Akten von Reinhardt.  
Mittwoch: Der Himmelskronen.  
Donnerstag: Die Gelsa. Freitag: Voccaccio. Sonnabend: Die Fiedermaus. Sonntag: Die Himmelskronen. In Vorbereitung: Madame Cherra.

**Luisen-Theater.**  
Reichenbergerstr. 34.  
Zum 1. Male:  
**Faust.**  
Tragödie von W. v. Goethe.  
Anf. 8 Uhr. Vorher: 10-2 Uhr. Kaffe, Anwalden- und Künstlerbau.  
Morgen: Der Sonnenaufgang.  
Donnerstag: Faust. Freitag: Der Sonnenaufgang. Sonnabend: Berlin, wie es weint und lacht.

**Carl Weiss-Theater.**  
Grolle Frankfurterstrasse 132.  
**Eine Paria.**  
Lebensbild in 5 Akten v. E. Nitterfeldt.  
Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: Eine Paria.  
Sonnabend, zum 1. Male: Das Röm. Sonnabendabend: Robinson Crusoe. Sonntag: Die Grolle.

**Wilhelm-Theater.**  
Friedrichstrasse 236.  
**Der Walzerkönig.**  
Hoffe in 3 Akten von Mannsd. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.  
Morgen: Der Walzerkönig.

**Buntes Theater**  
(Ueberbrett.)  
Anfang 8 Uhr. Köpferstrasse 68.  
Tochter zu verheiraten.  
Der Hund. — Bunter Teil.  
Leitung: O. Straus.  
Wiederauftritt von **TINY SENDERS.**  
Bozema Brásky. Marcell Salzer. Bokken-Lasson.

**Wintergarten**  
Griffin und Dubois. Excentrics. Duncan's dress. schott. Schiffschande. Robinson-Baker-Trio. Hochspringer. Elise de Vere. Soubrette. LosFloridos. Spanische Tänzerinnen. Die 2 Freyden. Professor u. Schüler. Die Tourbillon-Truppe. Radfahrer. Sisters Carey's dressierte Papagalen.

**Carl Maxstadt.** Humorist.  
**Liane de Vries.** Pariser Soubrette.  
**Kara.** Meister-Jongleur.  
**Angèle Van Zoo.** Sängerin v. kgl. Theat. Brüssel.  
**Cleo de Mérode.** Tänzerin von der Gr. Oper i. Paris. „Biograph“.

## Urania.

Taubenstrasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
**Tausend Jahre deutscher Kultur.**

Im Hörsaal um 8 Uhr:  
**Dr. Nass: Die Gashülle des Erdballs.**

**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/52.

**Passage-Theater.**  
Anfang Sonntags 3 Uhr, wochentags 8 Uhr.  
**Mellinis dunkles Geheimnis.**  
Neu! Lu Dalys Englische Boxerinnen und Ringerrinnen zum erstenmal auf dem Kontinent.  
**Georgette Langée.** Excentric-Tänzerin.  
14 erstklassige Nummern.

**CASTANS Panoptikum**  
Friedrichstrasse 165.  
Hochaktuelle Neuheit!!  
ein „Boeren-Museum“  
(Waffen, Kriegsboute, Briefe, Dokumente, Handarbeiten gefangener Boeren etc. etc.) Grösste Sehenswürdigkeit der Jetztzeit!!

**Trionon-Theater.**  
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr. Zum 25. Male:  
**Die Liebeshaukel.**  
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.  
Anfang 8 Uhr.

**Kleines Theater**  
(Schall und Rauch)  
Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.

**Rausch.**  
Tragikomödie in 4 Akten von August Strindberg.

**Palast-Theater**  
Direction: Richard Winkler.  
**Sensations-Erfolg!**  
9 Uhr: **Berliner in Steglitz.**  
Gr. Lust-Vorstellung mit Ges. u. Tanz.  
Im bunten Teil: Willi u. Rosita Sande, Eppelst. Sisters Laurence, Dressur-M. Mr. Atlas, die schwanende Beiflugel. Brother Gande, Straß-M. Benedetti, Universal-Artist. Hoo und Mac, Transformationsk. Fritz Brand, Gummist. Elise Gebhardt, Beitrags-Soubrette. — Entree 30 Pf.  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

**Metropol-Theater.**  
Berlin bleibt Berlin.  
Grosse Ausstattungs-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Erik Meyer-Helmund.  
Emil Thomas u. G. Josef Josephi. Henry Bender. Flora Siding. Hans Reichsberg. Wini Grabitz. — Johanna Junker-Schatz. —  
Rauchen gestattet.  
Anfang 8 Uhr.

**Apollo-Theater.**  
Um 8 Uhr:  
**Die glänzenden Spezialitäten.**  
Zum 204. Male.

**Lysistrata**  
Operette von Paul Lincke.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

**Stadt-Theater.**  
Alt-Moabit 47-49.  
Dienstag, den 21. Oktober 1902:  
**Der Hypochonder.**  
Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.  
Anfang 8 Uhr.

**Casino-Theater**  
Lehring-Strasse 37.  
Ganz neue Spezialitäten:  
**Die Grolle** — Neumann etc.  
Dazu des großen Massen-Erfolges wegen noch einige Tage:  
**Ihre Familie.**  
Anfang: Wochent. 8, Sonnt. 7 1/2 Uhr.  
Sonntagabend 4 Uhr: „Die Verkäuferin.“ — Samliche Spezialitäten.

**W. Noack's Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 16.  
**Der Mann im Monde.**  
Gr. Voffe mit Gesang v. E. Jacobson.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Mittwoch: Debonq.

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Dienstagabend 8 Uhr:  
Zum erstenmal: **Der Biberpelz.**  
Eine Liebeskomödie von Gerhart Hauptmann.  
Mittwochabend 8 Uhr:  
**Der Biberpelz.**  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Doktor Klaus.**

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageslosse 11-12 Uhr.  
(Kriegel, Pietro, Prillon, Kay-Sieck, Strone, Abone, Waldmann, Kallmeyer etc.)

**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4a, Station der Hochbahn.  
Donnerstag, Sonntag und Montag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger**  
Nach jeder Vorstellung **Tanzkränzchen.**  
Entree: Sonntags 50 Pf., Sperrst. 75 Pf., ab 9 Uhr 30 Pf., Wochentags 30 Pf., Sperrst. 50 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

**Deutsche Konzerthallen.**  
An der Spanbauertbrücke 5.  
Grösstes Vergnügungsdokal Berlins.  
Internationale Konzerte von 5 Künstler-Sapellen.  
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Täglich Matinee von 12-2 Uhr.

**Cirkus Busch.**  
Dienstag, den 21. Oktober 1902, abends 7 1/2 Uhr:  
**Grosse Vorstellung**  
Die Hadji Mohamed-Truppe.  
7 phänomenale arab. Springer.

**Cirkus Schumann**  
Karlstrasse. Cirkus Ranz-Gebäude.  
Dienstag, 21. Okt., abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Extra-Vorstellung.**  
Einzig in Ihrer Art sind die **Amerikaner Radford u. Winchester.**  
Nur noch einige Tage: **Gerettete von 25 Martinique.**  
Die Monstre-Dressuren des Direktors Alb. Schumann. Die dreifache Fahrschule, der 16er Zug, die Bierbrauerpferde.  
**Mohamed!!**  
Arabischer Schimmelhengst, ger. v. d. jugendlichen Schulmeisterin Fr. Dora Schumann. La Tarantella, get. v. 1000 Aamen.

**Etablissement Bughagen**  
am Moritzplatz.  
Heute Dienstag:  
**Militär-Konzert**  
Elisabeth G.-Gr.-Reg. No. 3 (Herr Brinkmann).  
Im Kaiser-Saal:  
**Bücker-Sänger.**

**Buss' Salon.**  
Gr. Frankfurterstr. 85.  
Einige gute Sonnabende im November (22. u. 29.) und Dezember sind noch frei, auch zu Weihnachtsbescherungen.  
Fr. Ww. Theel.

**Blusen**  
in Velour, Wolle und Seide  
in grosser Auswahl zu sehr billigen Preisen.  
Kostümstücke  
tadellosster Sitz neuester Schnitt.  
**Max Arnsdorff.**  
Oranienstr. 176. 1. Etage.

**Bruch-Pollmann**  
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehältern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.  
Eigene Werkstätte: 1. Etage, Oranienstr. 176.  
Berlin C., 102302.  
30. Finck-Strasse 30.

**Ost-Kasino,**  
Frankfurter-Allee 106.  
Säle für Vereine, Maskenbälle etc. bis 200 Personen fassend. Neu eingerichtete Redewäume am Saal angeschlossen. Durch Puffel Sonnabend, den 25. d. M., frei geworden sowie einige Sonnabende und Sonntage.

**Restaurat Carl Grosser.**  
An der Stadtbahn 39, 1. (jetzt Diefenstraße). [52402]  
Dicht am Alexanderplatz.  
**Zwei Vereinszimmer** für 30 und 80 Personen mit Piano zu vergeben, passend für Gesangsvereine etc. Telefon: Amt III Nr. 1813.  
**5 1/2 Pfund Brot 50 Pf. Backware**  
6 Stück für 10 Pf.  
**Albrechts Bäckereien:**  
Bronsestr. 9, Krantze 19, Feldeneinstr. 28, Kaufstr. 2, Markthalle Südstr., Stand 222/23, Markthalle Andreasstr., Stand 16/18.

## Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.  
H. 39, Willdenow-Strasse 30. — Fernsprecher: Amt II, Nr. 2639.

Gewinn- und Verlust-Conto am 30. Juni 1902.

Debet.		Credit.	
An Handlungskonten	3 431,57	An Waren-Konto	47 101,68
An Inventar-Konto	291,—	An Lieferanten-Gewinn-Glo.	291,—
An Abschreibung H.-Inventar	1 082,66	An Stammteil-Konto	453,15
An Drucksachen-Konto	1 097,05	An Robien-Konto	470,45
An Emballagen-Konto	1 718,88	An Postagen-Konto	1 353,93
An Rinsen-Konto	417,41	An Diskont-Konto	1 336,93
An Kasse-Konto	7 338,96	An Frauen-Genossenschafts-Konten	174,95
An Gehälter-Konto	21 258,74		
An Lohn-Konto	2 927,50		
An Arbeitervergütung-Konto	667,80		
An Steuern-Konto	435,40		
An Aufwands-Konto	810,95		
An Debitoren-Konto	97,—		
An Reingewinn	9 898,17		
Summa	51 182,09	Summa	51 182,09

Aktiva. Bilanz-Conto am 30. Juni 1902. Passiva.

Aktiva.		Passiva.	
An Waren-Konto	30 342,17	An Geschäftsanteil-Konto	23 120,58
An Kasse-Konto	6 689,95	An Referendats-Konto	2 587,71
An Inventar-Konto	15 600,—	An Lieferanten-Konto	12 245,01
An Debitoren-Konto	4 657,04	An Darlehen-Konto	9 374,38
An Stammteil-Konto	453,15	An Rationen-Konto	2 014,95
An bei der Großhandels-Gesellschaft	1 097,50	An Dispositionsfonds-Kto.	188,91
An Postagen-Konto	569,46	An Spar-Konto	102,—
An Emballagen-Konto	369,35	An Dividenden-Konto	43,78
An Gasanfalls-Konto	250,—	An Reingewinn	9 898,17
Summa	59 575,47	Summa	59 575,47

**Mitglieder-Bewegung.**  
Mitglieder-Bestand am 1. Juli 1901 1218  
Neu eingetretene bis 30. Juni 1902 1080 2298  
Ausgetreten, freiwillig durch Uebertragung 82  
durch Tod 13 99  
Mitglieder-Bestand am 30. Juni 1902 2199  
Die Mitglieds-Anteile und Guthaben der Mitglieder betragen am 30. Juni 1901 10 633,42 M.  
Einzahlungen vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1902 12 487,16 M.  
Gesamtbeitrag der Geschäftsanteile und Guthaben der Mitglieder am 30. Juni 1902 23 120,58 M.  
Die Kasse der Mitglieder betrug am 30. Juni 1901 36 540,— M.  
Dieselbe erhöhte sich im Jahre 1901/02 um 32 400,— M.  
Gesamtbeitrag der Kasse der Mitglieder am 30. Juni 1902 68 940,— M.  
Berlin, den 30. Juni 1902.

**Der Vorstand.**  
Grashold. Tutzauer. H. Rietz. W. Blumenthal. Neitzke.  
Die Richtigkeit der vorstehenden Bilanz und deren Uebereinstimmung mit den geführten Büchern bescheinigen  
Berlin, den 19. September 1902.

Für den Aufsichtsrat:  
F. Walther. F. Lietzke. L. Meyer.

Unsere Verkaufsstellen befinden sich:

1. Zwinenbühlstr. 44
2. Chorinerstr. 46
3. Buttmanstr. 19
4. Willdenowstr. 30
5. Garenstr. 3
6. Diefenstr. 31
7. Gbelingstr. 14
8. Krabstr. 5
9. Gracelstr. 40
10. Srenbergstr. 36
11. Tempelhof: Tempelhofstr. 76
12. Spandauerstr. 27
13. Gothenstr. 1
14. Friedenstr. 12
15. Langhausstr. 60

Zur gef. Beachtung! Laut Beschlüsse der General-Versammlungen befinden sich jetzt die Verkaufsstellen der Konsum-Vereine Süd, Schöneberg und Weissensee in dem Besitz der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend. Wir erziehen daher diejenigen Mitglieder der genannten Vereine, welche eine Beitritts-Erklärung der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend bis jetzt noch nicht unterzeichnet, dies unverzüglich in einer der oben bezeichneten Verkaufsstellen zu thun, da sonst angenommen werden muß, daß sie nicht Mitglieder der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend werden wollen; es ist diesen daher gesetzlich nicht mehr gestattet, ihre Einträge in den Verkaufsstellen dessen zu können. Für die Umschreibung wird ein Eintrittsgeld nicht erhoben. 127/12  
Alle Ansprüche und Rechte der nicht übergetretenen Mitglieder finden mit der Beendigung der Liquidation der Vereine, die nach einem Jahre erfolgt, ihre gesetzliche Erledigung.  
Die Verwaltungen der Konsum-Vereine Süd, Schöneberg und Weissensee. Die Verwaltung der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

**Bett- u. Leihwäsche** direkt aus erster Hand.  
in Wasche-Fabrik  
nur eine Tr. durch d. Wäsche.  
nur eine Tr. durch d. Wäsche.

**Z. Alexander**  
1 Tr. Gr. Frankfurterstr. 102 1 Tr.  
**Kein Laden!**  
Durch Erparnis der Spesen [53712]  
**enorm billige Preise**  
für die besten Qualitäten.

**Gänsefedern 60 Pf.**  
je Pfund (gröbere zum Weichen).  
Schlafschiffen, wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Taunen M. 1,50.  
Bester Scherwollw. M. 2,50.  
Bester Scherwollw. M. 2,50.  
3,00. beste Scherwollw. M. 3,50.  
russische Taunen M. 3,50. weiche böhm. Taunen M. 3,00. für ruffene Aebem M. 1,20. 2,00. 2,50. Prima geriffene M. 3,00. 3,50. Verhind gegen Nagelstich.  
Gustav Lustig, Prinzenstr. 46a. Jede Bettfedernfabrik u. eictr. Betriebe. Diee Ueberzeugungsschreib.

**Möbel**  
erhöhter Qualität.  
Cassa und coulante Raten-Zahlung.  
Vereinigter Berliner Möbelfabrik Alexan. Mosevius & Zimmermann, Ladstr. 42. Hof, Fabrikgebäude, kein Laden.

**Dänischen Anker-Kautabak**  
Keine Marke 5 und 10 Pf. Zehlfen.  
Nur echt, wenn sich im Tabak der Ritzengestalt mit Anker befindet.  
Generalverreter: C. Rücker, Berlin, Gruner Weg 8, Amt 7, 8861.

**Eine Stunde Zeit**  
brauchen Sie vielleicht mehr, wenn Sie einzeln wohnen und Ihren Ring oder Ihren Paletot in der Centralen für Herren- und Knaben-Bekleidung kaufen. Sie haben dafür die Sicherheit, beste Qualitäten, guten Sitz und solide Verarbeitung zu erhalten. Sie haben übergünstige Preise. Ohne Vorzahlung, Handeln und Warten. Sie haben billige Preise. Wollst, Feingarn und Charlottenburg kauft:  
Turmstrasse 85.  
Schöneberg und Goldammer Viertel kauft:  
Winterfeldstrasse 7.  
Die Leser der anderen Stadteile werden ersucht, nach:  
Turmstrasse 85  
zu kommen.  
Das Fahrgeld wird vergütet und für beste Bedienung garantirt der Inhaber:  
**Herrmann Schlesinger**  
Lieferant für Konsum-, Beamten- und Spar-Vereine.



### III. Wahlkreis.

Dienstag, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Volgts Salon, Ritterstraße 75:

#### General-Versammlung des Wahlvereins.

Tages-Ordnung: Bericht und Abrechnung vom dritten Quartal. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Rosenow**: Heimatspolitik, Brotwucher und Arbeiterfrage. Diskussion. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Mitglieder werden in folgenden Bahnhöfen aufgenommen: Gottfried Schulz, Admiralstr. 40a (Cigarrenhandlung); Bild. Börner, Ritterstr. 15 (Cigarrenhandlung); Martin Wehse, Adalbertstr. 24, Eingang Engel-Ufer (Cigarrenhandlung); Emil Götte, Brandenburgstr. 18; Adolf Ritz, Simonstr. 23; Ernst Vier, Alte Jakobstr. 119; Franz Krüger, Naumburgerstr. 54 (Restaurateur).

#### Socialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (S6.)

Dienstag, den 21. d. M., abends 8 1/2 Uhr: **General-Versammlung.** im Saale des Herrn Walter, Wrangelstr. 10 (Urania). Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Rechnung derselben. 2. Vortrag des Genossen Dr. Friedberg über: Die deutsche Krankenversicherung und das Proletariat. 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten. 244/18 Mitgliedsbuch legitimiert! Der Vorstand. Zahlreiches Besuch erwartet

#### Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Schmidt's Gesellschaftshaus, Garrentstraße Nr. 13: **Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Th. Schwartz** über: Die Lage der Seeleute unter der alten im Gegensatz zu der neuen Seemanns-Ordnung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. Für die Damen werden die Galerien reserviert. Zahlreiches Besuch erwartet Der Vorstand. 240/10

#### Reinickendorf. Socialdemokratischer Wahlverein.

Mittwoch, den 22. Oktober, abends 8 Uhr: **General-Versammlung** im Lokale von **Gerbsch** (am Bahnhof Schönholz). Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Körsten** über: „Gewerbegerichte“. 2. Bericht und Rechnung des Vertrauensmannes und der Lokalkommission. 3. Antrag auf Erhöhung des Beitrages. 4. Abrechnung vom Sommerfest. 5. Verschiedenes. Zahlreiches Besuch erwartet Der Vorstand.

#### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 22. Oktober 1902, abends 8 1/2 Uhr: **Außerordentliche Versammlung** in den **Andreas-Festsälen**, Andreasstr. 21. Tages-Ordnung: 1. Der Streit bei der Firma **Jache**, Fruchtstr. 8, und das Verhalten des „Christlichen Holzarbeiter-Verbandes“. 2. Diskussion. NB. Der Vorstand des Christlichen Holzarbeiter-Verbandes ist brieflich zu dieser Versammlung eingeladen. Die Ortsverwaltung. 00/7

#### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353. Mittwoch, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: **Konferenz der Vertrauensleute des Südens** im Gewerkschaftshause (Saal 1). Zahlreiches Besuch erwartet [164/5] Die Ortsverwaltung. **Achtung!** **Portefeuiller.** **Achtung!** **Verband der Portefeuiller und Ledergalanterie-Arbeiter u. Arbeiterinnen.** **Zahlstelle Berlin.** Mittwoch, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, in **Granmanns Festsälen**, Naumburgerstr. 27: **General-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Bericht der Ortsverwaltung und des Kassierers. 2. Erziehung des 2. Bevollmächtigten. 3. Einführung einer Erziehungsteuer von 2 Pf. pro Port für das Einfließen bei den Heimarbeitern. 4. Wie stellen sich die Kollegen zur Erziehung von Heimarbeit-Betriebswerkstätten? Referent: Kollege **Seinbille**. 5. Bericht der Agitations- und Arbeitsnachweiskommission. 6. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 100/11 Mitgliedsbuch legitimiert. Der außerordentlichen Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, insbesondere der Heimarbeiter, pünktlich und bestimmt zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

#### Centralverband der Glaser u. verw. Berufsg. Deutschlands.

**Zahlstelle Berlin.** Mittwoch, den 22. Oktober, abends 8 Uhr: **Mitglieder-Versammlung** in den **Arminhallen**, Kommandantenstr. 20. Tages-Ordnung: 1. Das Resultat unserer Lohnbewegung. 2. Kassibericht. 3. Bericht der Redaktoren. 4. Verschiedenes. 73/10 Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand. NB. Zurückgabe der Listen zur Statistik.

#### Central-Krankenkasse der Tabakarbeiter

Berlin II. Mittwoch, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei **Nümann**, Brunnenstraße 183: **Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: Beiträge zu der am 6. November zu **Raunheim** stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung. Entscheidung zwischen **Dehann**, Berlin und **Kerber**, Frankfurt a. M. Verschiedenes. 187/6 Mitglieder, seid alle am Platz! Die Ortsverwaltung. Verantwortlicher Redakteur **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glöck** in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. — Fernsprecher Amt VII, 353.

Mittwoch, den 22. Oktober 1902, abends 8 1/2 Uhr,

### Allgem. Versammlung der Rohrleger u. Helfer

Berlins und Umgegend

im Lokal von **Keller**, Koppen-Strasse 29.

Tages-Ordnung:

Die Antwort der Berliner Rohrleger und Helfer auf den Beschluß der Meister-Versammlung. Referent: **Karl Wiesenthal**.

Sämtliche Unternehmer unseres Berufes sind hiermit zu dieser Versammlung eingeladen. Wir garantieren volle Redefreiheit.

Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet

Die Ortsverwaltung.

### Centralverband der Maurer etc.

Zweigverein Berlin.

Dienstag, den 21. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

#### Generalversammlung

aller zum Lohngebiet Berlin gehörigen Verbands-Zahlstellen der Maurer sowie der Sektionen der Puffer, Malspinner und Cementierer.

Tages-Ordnung:

1. Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Hoch**. 2. Abrechnung des Zweigvereins-Kassierers vom III. Quartal 1902. 148/9 Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Zweigvereins-Vorstand.

Recht Deinen alten Freunden auch Die sonntige Kneipezeit, Sind wir an Deinem Namenstag Mit Freunden doch dabei. Das Glück es schenke nach mir vor Dir seine volle Gabe. Laut rufen wir beim Geistesfest: **Hoch unser Robert Kunst!** Die bekannte Temperenz-Blase U. U. — U. U. — U. U. — U. U. U. G. — U. G. — U. G. — U. G. U. U. — U. U. — U. U.

#### Orts-Krankenkasse

für das

#### Barbieregewerbe.

Dienstag, den 22. Oktober, abends 9 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Bauer**, Rosenhaldenstr. 67:

#### Außerordentliche

#### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abänderung der §§ 13, 17, 19, 23.

2. Verschiedenes.

Der Vorstand. 275/16

G. K.: **Kitschmann**, Vorsitzender.

#### Orts-Krankenkasse

d. Stadt **Schöneberg.**

#### Bekanntmachung.

Infolge Ablaufs der Wahlperiode hat für die Jahre 1903/1904 die Neuwahl der Vertreter der Generalversammlung zu erfolgen. Insofern Bestätigung der Anzahl der Vertreter ist der am 16. Oktober 1902 vorhandene Mitgliederstand zu Grunde zu legen; derselbe beträgt 12 353, wovon sich 257 freiwillige Mitglieder befinden. Hiernach sind gemäß § 48 des Statuts vom 22. August 1901 zu wählen:

Seitens der Arbeitnehmer: 62 Vertreter, 31 Stellvertreter,

seitens der Arbeitgeber: 31 Vertreter, 16 Stellvertreter.

Die Wahlen finden statt: im **Kaisersaal**, Hauptstraße 8, und zwar:

für die Arbeitnehmer am **Mittwoch**, den 29. Oktober 1902, von 5-7 Uhr abends,

für die Arbeitgeber am **Donnerstag**, den 30. Oktober 1902, von 4-6 Uhr abends.

Die Wahlen sind geheim und werden durch Stimmzettel vorgenommen.

Die Mitglieder werden ersucht, ihre Mitgliedskarten zwecks Legitimation mitzubringen.

Auf dem Stimmzettel sind die Vertreter bzw. Stellvertreter als solche deutlich zu bezeichnen. 275/17

Im übrigen wird auf die Bestimmungen der §§ 48, 49 des erwähnten Statuts hingewiesen.

Schöneberg, den 16. Oktober 1902

Der Vorstand.

**H. Keller**, **Chr. Franke**, **Schönberger**, **Schiffahrer**.

### Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt

Paul Singer & Co.

BERLIN SW. 68, Lindenstrasse 69

empfehlen ihre mit den besten und modernsten Maschinen ausgestattete

### Buchdruckerei und Buchbinderei

den politischen u. gewerkschaftlichen Organisationen, den Kranken- und Unterstützungs-Kassen, den Konsumvereinen, Genossenschaften, den Gesangvereinen, Turnvereinen, Vergnügungs-Vereinen u. s. w. u. s. w.

ZUR

### Anfertigung von Druckarbeiten aller Art:

Aufträge, Flugblätter, Handzettel, Jahresberichte, Mitgliederkarten, Eintrittskarten, Festprogramme, Statuten, Abrechnungen, Formulare jeder Art. **Geschmackvolle Ausführung — pünktliche Lieferung — angemessene Preise.**

### Kaufmännische und gewerbliche Druckaufträge:

Zirkulare, Geschäftskarten, Kataloge, Memoranda, Preiskourants, Rechnungen u. s. w.

werden gleichfalls in sauberster Ausführung zu kulantesten Preisen in jeder Ausstattung geliefert. Besonders empfehlen wir uns zur

### Herstellung von Massen-Auflagen!

### Fachverein der Tischler Berlins

und Umgegend.

Mittwoch, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, bei **3013**, Köpnickstraße Nr. 137/38,

#### General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vorstandsbericht. 2. Bericht des Kassierers. 3. Festlegung der Beiträge. 188/5 Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreiches Besuch erwartet Der Vorstand.

### Achtung! Achtung!

#### Ballschmieders Kastanienwäldchen,

Sadstraße 16.

Sonnabend, den 25. Oktober 1902:

### Zehntes Stiftungsfest des Gesangvereins „Nordwacht“

(M. d. K. S. B.). Dirigent: **H. Blobel**, bestehend in **Konzert, Gesang** mit Begleitung des Harmoniums und humoristischen Aufführungen.

Nach dem Konzert: **Tanz-Kränzchen**. Anfang 8 Uhr. Bilet 30 Pf. Programme und Liedertexte an der Kasse.

In diesem untern zehnten Stiftungsfest sind unsere früheren Sangesbrüder auf das freundlichste eingeladen. Das Komitee.

### H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.

Berlin SO. 16.

#### Tabakfabrik. 4890

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in **Cigarren, Cigaretten,** Rauch-, Kau- und Schnupftabaken.

## TYPOGRAPHIA

Gesangverein Berliner Buchdrucker u. Schriftsetzer. (M. d. A. S. B.)

Chormeister: **Alexander Weinbaum**.

Sonntag, den 26. Oktober, abends 6 1/2 Uhr

### Konzert

unter gütiger Mitwirkung der **Artistin Jenny Alexander** und des **Violin-Virtuosen Alfred Wittenberg** [69/4]

in **Lois Kellers Festsälen**, Koppenstrasse 29.

Eintritt 50 Pf. Nach dem Konzert: **Tanz**.

Billets a 40 Pf. sind vorher zu haben im **Sitzsaal** des „Vorwärts“, Lindenstr. 69, im Bureau des Vereins **Berl. Buchdrucker** und **Schriftsetzer**, Ritterstr. 88, in der **Papierhandl.** von **Bruno Wolters**, Neue Königstr. 72, bei **Herrn Neutermann**, Moabit, Turmstr. 14, park, bei den aktiven Mitgliedern und Freitags in den **Arminhallen**.



**Achtung! Genossen!** Diese Hefen ist die beste der Zeit. Dieselbe darf in keiner Familie fehlen. Die Hefen ist in zehn Minuten zu erlernen und kann von Groß und Klein gespielt werden. Preislisten gratis zu haben und auf Verlangen zugesandt. Auch auf Abholung Besuche bei **August Kessler**, Silbermacher, Berlin SO., **Paulstr. 52**. 299/6

### Neue Zeit

Jahre 1890 bis 1900 (20 Bände), sehr gut erh. zu verkaufen. Offerten unter **K. 6** an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 2025b

### Honig! Unverfälscht.

Deutscher Bienenzucht, best. Qualität, best. die 10 Pfundboje zu 6,50 Mk., 5 Pf. 4 Mk. franko. **Garant. Rücknahme.** **E. Reil, Nordloh, Bahndhof, Auguststr. 1, Cöpenh.**







Verkehrung am Mittwoch, den 22. Oktober, nachmittags von 4 bis 7 Uhr, in der alten Schule stattfindet. Außerdem machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß jedes Mitglied des Wahlvereins laut Beschluß verpflichtet ist, zur Wahl zu gehen. Der Vorstand.

**Schöneberg.** Heute Dienstag, abends 8 Uhr, bei Döhr, Reiningersstraße 8: Generalversammlung des Wahlvereins. Auf der Tagesordnung stehen Berichte und Neuwahlen der Vereinsfunktionäre. Der außerordentlich wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.

In **Wilmsdorf** werden heute und morgen die bürgerlichen Parteien um das noch unbesetzte Mandat eines Hausbesizers der dritten Abteilung ringen. Die Sozialdemokratie wird diesen Wahlkampf, da zur Zeit kein geeigneter Kandidat zur Verfügung steht, nicht mitmachen und empfiehlt der Arbeiterschaft, strenge Wahlenthaltung zu üben.

## Lokales.

### Das Berliner Volksschulwesen

Wird von der städtischen Schuldeputation in ihrem soeben erschienenen Bericht für 1901/02 mit ungewöhnlicher Ausführlichkeit behandelt. Die früheren Berichte beschränkten sich im wesentlichen auf eine trockene Aneinanderreihung statistischer Material und vereinzelte Zusätze; der Bericht für das Jahr 1901/02 dagegen, der erste unter dem neuen Leiter unseres Volksschulwesens, bringt eine Fülle von Erläuterungen und Begründungen. Bei der Lesart mancher dieser Begründungen glaubt man allerdings so etwas wie eine Verteidigungsschrift vor sich zu haben. Offenbar hat Herr Stadtschulrat Gerstenberg gegenüber den zahlreichen Angriffen auf das Volksschulwesen Berlins einmal zeigen wollen, daß die Berliner Volksschule so gut sei, wie sie nach Lage der Sache sein könne.

Zu den Frequenzverhältnissen bemerkt der Bericht, im letzten Jahre sei trotz der nur geringen Zunahme der Kinderzahl doch auf eine erhebliche Vermehrung der Klassen hingewirkt worden. Dadurch sei die durchschnittliche Besetzung der Klassen weiter verringert und die Zahl der „fliegenden“ Klassen vermindert worden. Die Durchschnittsbesetzung sei im letzten Jahre zwar wieder nur um etwa ein Kind pro Klasse (von rund 50 auf rund 49 Kinder) heruntergegangen, aber bei der hohen Gesamtzahl von 4342 Klassen sei schon das ein Erfolg. Die fliegenden Klassen betrachte die Schulverwaltung als einen Notbehelf, zu dem sie ungerne greife, der sich aber kaum ganz vermeiden lassen. Die Frequenz der Gemeindeschulen hänge von den nicht vorauszuweisenden Schwankungen der Bevölkerungszahl der einzelnen Stadtteile ab. Das sind Ausführungen, die schon Herrn Gerstenbergs Vorgänger, Stadtschulrat Vertram, zu machen pflegte. Hätte man nur nicht so lange an dem Grundsatz festgehalten, die Schulhäuser bis auf den letzten Raum und die Klassenzimmer bis auf den letzten Platz zu besetzen. Dadurch hat man sich selber auf Jahre und Jahrzehnte hinaus der Möglichkeit beraubt, auch einen wertvollen hohen Zuwachs immer noch ohne Mühe unterbringen zu können. Soll hier in absehbarer Zeit gründliche Verringerung geschaffen werden, dann wird die durchschnittliche Klassenfrequenz eben doch um mehr als ein Kind pro Jahr verringert werden müssen.

Daß die Unterrichtserfolge der Gemeindeschulen keine günstigen sind (nur 51 Proz. der Kinder gingen von der ersten oder der Oberklasse ab), das erklärt der Bericht nicht aus der hohen Frequenz und andern Mängeln der Berliner Gemeindeschule, sondern aus dem häufigen Schulwechsel infolge Verzuges und aus dem Zugang von anhergehenden, namentlich aus polnisch sprechenden Kindern. Die zwangweise Umschulung, die zu Beginn jedes neuen Halbjahres wegen Platzmangels über zahlreiche Kinder verhängt wird, übergeht der Bericht mit vorläufigem Stillschweigen. Genauert werden dafür noch ein paar andre Ursachen, die „mehr oder weniger den Kindern die Erreichung des Lehrzieles erschweren“: verschiedene Begabung der Kinder, Heranziehung zu gewerblicher Beschäftigung, ungenügende sanitäre Verhältnisse und „vielleicht eine nicht ganz den Verhältnissen entsprechende Verteilung des Unterrichtsstoffes“. Dieses „vielleicht“ ist förmlich! Hinsichtlich der beiden letztgenannten Ursachen sei Wandel geschaffen worden durch Anstellung von Schulärzten und Einführung eines neuen Lehrplans. Verschwiegen wird, daß mit den Schulärzten immer noch erst probiert wird.

Diese Proben mögen für heute genügen, um zu zeigen, wie sehr der Gemeindeschulverwaltung daran liegt, daß ihre Bemühungen um den Fortschritt der Berliner Gemeindeschule in möglichst vorteilhaftem Lichte erscheinen.

**Der Oberbürgermeister beim Verkehrsminister.** Die vom Oberbürgermeister erbetene Audienz hat der Minister der öffentlichen Arbeiten mit anerkannter Bereitwilligkeit und Promptigkeit gewährt. Schon am Sonnabend nachmittags ging im Rathaus die Nachricht ein, daß Minister Budge bereit sei, den Oberbürgermeister am Montagvormittag zu empfangen. Dieser begab sich daraufhin gestern in Begleitung des stellvertretenden Vorsitzenden der städtischen Verkehrsdeputation, Stadtrat Bohm, nach dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Dem Vernehmen nach empfing Minister Budge die Herren sehr freundlich und ließ sich von denselben die Wünsche der Stadtgemeinde bezüglich des von ihr auszubauenden Straßenbahnnetzes vortragen. Nach den Mitteilungen einer Korrespondenz soll der Minister sich zu den städtischen Plänen diesmal wohlwollend geäußert und über viele Einzelheiten mit dem Stadtoberhaupt gesprochen haben. Daß der Minister nicht schlecht auf die Stadt zu sprechen sei, schließt die Korrespondenz aus dem Umstande, daß der Minister auf die Anregung einer Unternehmung der „Linden“ am Opernplatz — zur Verbindung der städtischen Pankow- und Treptow-Linie näher getreten ist und sie nicht a limbo von der Hand gewiesen hat.

Man wird ohne sonderlichen Optimismus abzuwarten haben, was die Zukunft bringt. Daß die schwierige und viele Millionen kostende Unternehmung als Zeichen besonderen Wohlwollens anzusehen ist, will uns nicht einleuchten. Aber selbst wenn der Verkehrsminister der Stadt entgegenkäme — was hilft es? In Preußen spielt der Minister in derartigen Fragen, wie aus der Geschichte der Lindenüberquerung sattem bekannt ist, doch nur eine sehr nebensächliche und einflusslose Rolle.

Die städtische Parteideputation hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit einer Angelegenheit des Central-Theaters zu beschäftigen. Das Polizeipräsidium hatte sich damit einverstanden erklärt, daß dies Theater nach dem Waldedpark hin einen Notausgang erhält, der von der Stunde der Kassenöffnung an bis zum Schluß der Vorstellung jedermann zugänglich ist. Die Parteideputation will jedoch, daß dieser Ausgang nur in Augenblicken der Gefahr benutzt werde. Die Frage, ob ein Arbeiterausfluß für die städtischen Arbeiter einzurichten ist, soll die Parteideputation in ihrer nächsten Sitzung beschäftigen.

Zum Fall Stegmann. Gegen den in der städtischen Epileptiker-Anstalt Wühlgarten beschäftigten Wärter Trepsinsky, der von Pfleglingen der Anstalt bedrängt wird, den Tod des verstorbenen Pfleglings Walter Trepsinsky durch Mißhandlung herbeigeführt zu haben, ist jetzt von der Staatsanwaltschaft eine Klage wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang erhoben worden. Trepsinsky befindet sich nach wie vor auf freiem Fuß und trägt ein recht zuverlässiges Wesen zur Schau. Er scheint darauf zu bauen, daß ihm sein Vorgesetzter auch jetzt noch das Zeugnis ausstellen wird, er sei „sein bester Wärter“.

**Ein Kind erschossen.** Ein entsetzlicher Vorfall hat sich Montagabend in der siebenten Stunde im Hause Reinholdersstraße 180 zugetragen. Dort befindet sich das Grünkrampfgeschäft von Seifert. Ein kleines Mädchen betrat den Laden und entwandte, als es sich unbeobachtet glaubte, eine Pistole. Der Inhaber des Geschäfts hatte diesen Vorgang jedoch gesehen und das Mädchen bei der Tat ergriffen. Vor den Augen einiger Leute, die sich inzwischen gesammelt hatten, verabreichte er dem Kinde eine derbe Büchse und warf es dann zur Thür hinaus. Stimmen des Unwillens wurden vor dem Laden laut, während dies geschah, und nicht lange dauerte es, so nahm die Menge, die sich von Minute zu Minute vermehrte, gegen den Geschäftsinhaber eine bedrohliche Haltung an. Dieser zog sich für einen Augenblick in seine Privatwohnung zurück und kam dann mit einem Revolver heraus, den er zur Abwehr auf das nun natürlich erst recht empörte Publikum richtete. Sei es, daß Seifert sich in Notwehr glaubte, sei es, daß irgend ein unglücklicher Zufall mitspielte, genug, nachdem der Geschäftsinhaber die Waffe mehrfach drohend emporgerichtet hatte, schoß er sie blindlings ab und traf ein unteilbares Kind, die zehnjährige Lucie Morf, die in der Nachbarschaft wohnte, so unglücklich ins Herz, so daß das Kind nach wenigen Augenblicken seinen Geist aufgab. Nunmehr kamte die Wut des Publikums keine Grenzen mehr. Alles was im Geschäft nicht nicht und ungesichert war, wurde in Stücke geschlagen, den Geschäftsinhaber jedoch richtete die Menge furchtbar zu und brachte ihn dann auf die Reviertwache in der Müllerstraße, wo man ihn in Hast behielt. Erst lange nach dem entsetzlichen Vorgang legte sich die Wut des Publikums. Die Leiche des erschossenen Kindes soll beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht sein.

**Mit einem erdichteten Lotteriegewinn beschwindelt ein Mann,** der taubstumm ist oder sich wenigstens so stellt, viele Geschäftsleute in allen Stadtvierteln. Er zeigt ihnen ein Schriftstück auf den Namen Fritz Hieber oder Fritz Geisler mit der Anzeige, daß er 10 000 M. in einer nachhaft gemachten Lotterie gewonnen habe. Dann schreibt er auf einen Zettel, das Geld sei auf einer Bank hinterlegt, und fügt die Bitte um ein Darlehen hinzu, da er es augenblicklich nicht käuflich machen könne. Dabei begnügt er sich mit jeder Summe, die er bekommen kann. Wenn die Gepleisten sich später erkundigen, da er sich nicht wieder sehen läßt, so erfahren sie zu spät, daß das Schriftstück gefälscht und die ganze Erzählung Schwindel ist.

**Unfälle auf der Straßenbahn.** Zweimal verunglückte gestern nachmittag in der Brunnenstraße der 16jährige Leberbursche Max Paul, der einen Omnibus der Linie Markensideplatz-Brunnenstraße benutzte. In der Nähe der Demminstraße sprang P. von der Plattform des etwa einen Meter vom Straßenbahn-Gelände entfernt fahrenden Omnibus ab, glitt aus und stürzte so unglücklich zu Boden, daß er mit dem Oberkörper auf das Straßenbahn-Gelände zu liegen kam. Auf diesem sauste in einer Entfernung von kaum einem halben Meter ein Motorwagen der Straßenbahn-Linie Kreuzberg-Reinholdershof heran und P. geriet mit der linken Schulter unter das Trittbrett desselben. Der Verunglückte wurde von dem Trittbrett gestreift und erlitt teils hierdurch, teils durch den Sturz eine Verwundung der linken Schulter, Verletzungen am rechten Oberarm und am Ant. Er wurde nach der Unfallstation nach der Stationen-Allee gebracht, woselbst ihm die erste Hilfe zu teil wurde.

Schwere Verletzungen erlitt in der Nacht zum Sonntag der in der Jahnstraße wohnende Arbeiter G e h a r d t. Er passierte gegen 1 Uhr die Wilmannsstraße in Richtung nach W. und wollte vor dem Hause Nr. 16 schnell über den Fahrdamm rennen. G. beachtete nicht die Annäherung eines Straßenbahn-Wagens der Linie Seeferstraße-Prig und lief blindlings gegen die Seitenwand des Wagens und zwar mit solcher Gewalt, daß der Mann zurückprallte und zu Boden fiel. G. erlitt einen Bruch des linken Unterschenkels sowie klaffende Wunden über dem linken Auge und am Hinterkopf. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Gestern nachmittag gegen 4 Uhr verunglückte der Kaufmann Fritz Kirshman, Brunnenstr. 149 wohnhaft, die Hinterplattform des ersten Anhängewagens eines Straßenbahnzuges der Linie Charlottenstraße-Fogel vor dem Hause Chausseestraße 8 zu besteigen. A. glitt hierbei aus, stürzte zu Boden und wurde von dem zweiten Anhänger erfasst und zur Seite geschleudert. Hierbei erlitt der Kaufmann einen Knochenbruch des rechten Fußes und unigte mittels Droschke nach der Charité gebracht werden.

Ein Zusammenstoß eines Motorwagens der Linie Wilmersfeldt-Prag-Wilmersstraße mit der Droschke Nr. 5048 fand Sonntagabend gegen 10 Uhr vor dem Hause Aderstr. 77 statt. Der Aufsitzer der Droschke verlor kurz vor dem in voller Fahrgeschwindigkeit herankommenden Straßenbahnwagen das Gleichgewicht zu freuzen. Dem Führer des Motorwagens gelang es nicht, auf so kurze Entfernung den Wagen zum Stehen zu bringen und der letztere fuhr mit solcher Gewalt auf die Droschke auf, daß von der letzteren das rechte Hinterrad zertrümmert wurde. Der Aufsitzer wurde auf den Straßenbahn gelandert, kam jedoch ohne Schaden davon. Gegen wurde der Fahrgast, Kaufmann Scholz, Riehmannstr. 26, innerlich schwer verletzt, so daß er nach dem Lazarus-Krankenhaus überführt werden mußte.

Ein Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahnwagen gab es Montagmorgen um 8 1/2 Uhr an der Ecke der Koch- und Markgrafenstraße. Ein Motorwagen der Linie Behrenstraße-Hakenbeide saßte auf der Kreuzung der beiden Straßen den Anhängewagen eines Zuges Behrenstraße-Treptow der städtischen Straßenbahn. Beide Wagen flogen aus dem Geleise. Menschen kamen nicht zu Schaden. Der Anhängewagen wurde an der vorderen Plattform stark beschädigt und außer Betrieb gesetzt. Die Kuppelung brach.

**Von einem Eisenbahnzuge angefahren** wurde gestern abend um 8 Uhr der 26 Jahre alte Postbote Wilhelm Seglig aus der Chausseestraße 28, der bei dem Postamt auf dem Stettiner Bahnhof angestellt ist. Um sich den Weg abzukürzen, wollte er von seiner Wohnung durch die Schwarzwilfstraße über das Bahngelände nach seiner Dienststelle gehen. Dabei sah er die Maschine eines ein-fahrenden Zuges und warf ihn zurück, so daß er mit dem Kopfe bestig ansetzte und bewußtlos liegen blieb. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Eichenborfstraße gebracht und dort mit einem Kopfschalen Rettungswagen der Charité zugeführt, da er eine schwere Schädelverletzung erlitten hat.

**Feuerbericht.** Eine ungewöhnlich hohe Anzahl Alarmierungen hatte die Wehr am Sonntag zu verzeichnen. Früh gegen 4 Uhr wurde sie nach der Müllerstr. 171 gerufen, wo im zweiten Stock des Quergebäudes Wammolle, Fische, der Kuhboden u. Feuer gefangen hatte, dessen Ablöschung längere Zeit in Anspruch nahm. In der Reuen Schönhauserstr. 2, wo am Freitagabend ein größerer Fabrikbrand beseitigt werden mußte, hatte sich der auf den Hof geworfene Brandschutt wieder entzündet, so daß die Wehr noch einmal dort eingreifen mußte. Kleidungsstücke und Möbel gingen eine Stunde später in der Blumenstr. 31 in einer Schlafstube in Flammen auf, während sich in der Alexanderstr. 74 Kohlen auf dem Hofe von selbst entzündet hatten. Nach dem Karplatz wurde die Wehr gerufen, weil hier ein Automobil in Brand geraten war, der Inhaber vom 15. Juge bald abgelöst wurde. In der Wallner-Theaterstraße 18 hatte die Wehr in einem Keller ein Feuer zu beseitigen, das allerlei Gerümpel und Verpackungsmaterial ergriffen hatte. Viel Arbeit machte der Wehr ein Brand, der Sonntagabend 10 Uhr in der Stralowerstr. 48 ausgebrochen war. Rissen und Verpackungsmaterial fanden im zweiten Stock in Flammen, die bei Anbruch des ersten Lösungsuges auch schon die Treppenverwahrung sowie die Decke zum dritten Stock erfasst hatten. Zugleich war auch eine starke Verqualmung der Treppe eingetreten. Die Wehr ging daher über eine mechanische Leiter hinweg mit zwei Schlauchleitungen vor und beseitigte dann die Gefahr in verhältnismäßig kurzer Zeit. Zur selben Zeit wurde die fünfte Compagnie nach Spittelmarkt 15 gerufen. Hier war in der Auditorium von Dobrit nach Geschäfts-schluß durch einen defekt gewordenen Gummischlauch Gas ausgeströmt

und hatte sich entzündet und Papier, Tapeten, die Holzverkleidung u. in Brand gesetzt. Es gelang jedoch der Wehr, die Flammen bald zu ersticken, so daß größerer Schaden nicht entstanden ist. Abends 6 Uhr mußte in der Kreuzstr. 49 ein Feuer abgelöst werden, das auf dem Boden entzündet war, während Alt-Woab 19 Gar-dinen und Wäschestücke in einer Wohnung Feuer gefangen hatten. Nachmittags 3 Uhr war in der Liesenstr. 4 ein Brand ausgebrochen, der den Fußboden und die Balkenlage hauptsächlich beschädigte. Einen Balkenbrand hatte die Wehr kurz darauf in der Fehrbellinerstr. 100 zu beseitigen. Außerdem liefen im Laufe des Sonntags noch Feuer-meldungen von der Jussalidenstr. 46 und von der Webersstr. 13 ein, die indes nur unbedeutende Brände betrafen.

**Ein volkstümlicher Heurich Heine-Abend** findet am Donnerstag, den 23. d. M., abends 8 Uhr, im Königshof, Wilowstraße 37, statt. Mitwirkende sind: die Damen Margarete Witz vom Deutschen Theater, Ubele Otto-Marano, welche im letzten Sommer Vertreterin erster Partien bei den Festspielen in Bayreuth war, Gertraud Neumann-Habendorff vom Stadttheater in Hamburg, der Baritonist Gerhard Fischer und Kapellmeister Fritz Otto. Billets a 40 Pf. einschließlich Programm sind im Königshof und an der Abendkasse zu haben.

**Vom Berliner Verkehrsregiment** ist im Verlage von Max Schil-berger die Winterausgabe zum Preise von 30 Pf. erschienen. Zur Orientierung im Berliner Straßenverkehr leistet das Büchlein vortreffliche Dienste, ebenso enthält es eine gute Uebersicht des Eisenbahnverkehrs.

## Aus den Nachbarorten.

**Einen eigentümlichen Weg zur „Fleischnot-Bekämpfung“** hat der Magistrat in Spandau eingeschlagen. Und wird dazu geschrieben: Bekanntlich haben die Spandauer Stadtverordneten vor einigen Wochen mit knapper Majorität einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, welcher den Magistrat aufforderte, sofort bei dem Reichstag und Bundesrat geeignete Schritte zur Verringerung der herrschenden Fleischnot durch Deckung der Grenzen zu thun. Zwei glänzend besuchte Volksversammlungen, die bald darauf stattfanden, forderten zudem den Magistrat in einer Resolution dringend zur Ausführung des Stadtverordneten-Beschlusses auf. Doch der Spandauer Bürger denkt und der Magistrat lenkt. Diefem erschien nämlich der Beschluß „politisch“ angehaucht; der § 35 der Städte-Ordnung bietet ja eine willkommene Handhabe, und so stimmte der Magistrat dem Beschluß der Stadtverordneten nicht zu. Um aber nicht den Vorwurf einer argen Pflichtvernachlässigung gegenüber den ausgepöbelten Fleischkonsumenten auf sich zu laden, beschloß der Magistrat gleichzeitig, selbst einen überaus verheißenden Versuch zur „Bekämpfung der Fleischnot“ in der Weise zu unternehmen, daß er das Infanteriematerial über die im Spandauer Schlachthofe vorgenommenen Schlachtungen dem — Herrn Regierungspräsidenten in Potsdam (dessen Guld ja dem Spandauer Magistrat schon so oft gelacht hat) „mittellos“ und bei diesem in der Sache „vorsteig“ wurde. Gleich-zeitig aber beschloß der Magistrat noch ein „übriges“. Am 1. November feiert die städtische Sparkasse in Spandau nämlich ihr fünfzigjähriges Jubiläum! Ein Jubiläum ohne Feste? Gar nicht ausgenommen! Ergo beschließt Magistrat, es sollen 2000 M. für ein solches „Fest-mahl“ käuflich gemacht werden. Mit den vorher vom Sparkassen-vorstande geforderten tausend Mark glaubte der Magistrat nicht auskommen zu können. In gemeinsamer Sitzung bewilligten die Stadtverordneten am Freitag aber nur 1000 M. Wir fragen: Ist das nicht eine recht sinnige Art der Fleischnotbekämpfung?

**Die Schwanenberger Gemeindevertretung** lehnte in ihrer letzten Sitzung die unentgeltliche Vergabe von Räumen zur Errichtung des vom Hauspflege-Verein geplanten Kinderheims ab, weil das Unternehmen finanziell nicht gesichert erscheint und die von der Gemeinde in Privatpflege gegebenen Baisen gut untergebracht sein sollen. Das humane Unternehmen durch regelmäßige Subventionierung zu sichern und dadurch — was beabsichtigt war — auch andre arme Kinder der privaten Ausbeutung und schlechten Erziehung zu entziehen, fiel der rein bürgerlichen Gemeindevertretung nicht ein.

Die freiwillige Feuerwehr findet leider nicht die zur Sicherheit des Ortes notwendige Unterstützung durch die erforderliche Anzahl aktiver und passiver Mitglieder. Die vernünftigen Herren Hausgärtner insbesondere befinden nur ein unzulängliches Interesse. Die Gemeindevertretung setzte deshalb eine Kommission ein, mit der Aufgabe, die gemachten Vorschläge zur Bildung einer Pflicht-feuerwehr vorzubereiten.

Für die Gemeindeschul-Aula wurden die Kosten einer Beleuchtungsanlage bewilligt. Für das Schulbrausebad aber, das schon seit 1 1/2 Jahren fertig ist und trotz des Beschlusses vom Rat dieses Jahres noch nicht in Betrieb gesetzt worden ist, interessiert sich immer noch kein Gemeindevorstand und der Gemeindevorstand setzt sich nichtachsend über den Beschluß der Gemeindevertretung hinweg. Wann wird endlich dem Volke gegeben, was des Volkes ist?

## Verfammlungen.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Am 10. Oktober fand die ordentliche Generalversammlung statt. Den Vorsitz übernahm Herr Bern-hard, für Rede-Redung und Natur-Erkennntnis Herr Dr. Rudolf Steiner und für Gedächtnis Herr M. Schütte als Lehrer gewonnen seien. Der Schule gehören zur Zeit 312 Mitglieder (41 Damen und 271 Herren) an. Davon waren gewerkschaftlich 105, politisch 12, gewerkschaftlich und politisch 80 Personen organisiert. Es wurden zwei Ausflüge und eine Dampfpartie unternommen. Bei dem Aus-fluge nach Arnauers-Neudorf fand zugleich eine Besichtigung der Werkstätte statt. Dem Massenbericht des Genossen Königs zufolge be-trug die Einnahmen für Juli-September 176,85 M., die Ausgaben 327,85 M. sodah ein Verlust (inkl. Betrag vom 1. Juli 251,00 M.) von 174,00 M. verbleibt. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. William giebt bekannt, daß die Bibliothek 1534 Bände enthält; daß der neue Katalog fertig gestellt und zum Preise von 20 Pf. zu haben ist. — Hierauf unterbreitet der Vorsitzende der Versammlung den Antrag, daß vom 19. Oktober ein Exkursus für Redebildung stattfinden soll. An demselben sollen zehn bis 12 Personen teilnehmen. Dem stimmt die Generalversammlung zu. Als Revisoren wurden Reitzner, Müller und Lehmann, als erster Bibliothekar William und als Hilfsbibliothekar Niedlinger gewählt.

**Wahlverein Bezirk Pankow.** In der General-Versammlung am 14. Oktober berichtete der Vorsitzende Eißler, daß das beschlossene Jahr für den Verein recht günstig war. Die Mitgliederzahl ist in Pankow, sowie in Niederschönhausen und Mühlentee erheblich gestiegen und beträgt gegenwärtig circa 330. Der Bezirk Nordend ist an den Wahl-verein Reinaldenhof übergegangen. — Nummeriert bezieht über die Klasse. Das System der Bezirksklassen hat sich gut be-währt. Die Einnahmen betragen einschließlich 323 M., Aufwand 940,37 M., die Ausgaben 617,04 M., sodah ein Bestand von 472,73 M. vorhanden ist. Er schlägt vor, den Satz von 20 Proz. der an den Kreis abzuführenden Beitragselder auf 50 Proz. zu erhöhen. Nach lebhafter Debatte wird beschlossen, die Delegierten zur Kreiskonferenz zu beauftragen, in der Konferenz darauf hinzuwirken, daß der freierwillige Beitrag auf 33 1/2 Proz. festgesetzt werde. Es wird ferner beschlossen, sofort 100 M. besonders an den Kreis abzuführen. Auf Antrag der Revisoren wird der Kassierer entlastet. — Gewählt werden: An Stelle des Genossen Eißler, der wegen seiner Posten im Kreis und als Gemeindevorstand von seiner Wiederwahl abzusehen bitter, Hilfe-Pankow zum 1. Bezirk Niederschönhausen zum 2. Vor-sitzenden, Nummer zum Kassierer, Gustav Sonntag und Stadie zu Schriftführern, Otto Sonntag und Stecher zu Revisoren, Eißler, Freimald, Rieble zu Revisoren. — Der Vertrauensmann Aubig be-richtet, daß seine Einnahme 771,03 M., seine Ausgaben 556,94 M.



betragen haben, so daß 414 M. abgeführt werden konnten. Die Organisationsversuche in Franz Buchholz und Schönwalde sind bisher erfolglos geblieben. Nach erfolgter Entlastung wird Kubiak als Vertrauensmann wiedergewählt. Ebenfalls wiedergewählt werden nach einem Bericht des Gen. Werner die Mitglieder der Vollkommission: Fensler und Berner für Pantow. Zur Kreiskonferenz werden Hille, Krehold, Stabrie, Stecher delegiert. Auf Antrag des Gen. Hoffmann wird beschlossen, daß die Vereinsversammlungen ferner im Lokale von Rietze, Berliner Straße 52, Ecke Mühlenstraße stattfinden. Zu einer Erörterung einer Angelegenheit der Kämpfer erklärt sich die Versammlung nicht für zuständig. Zum Schluss teilt der Vorsitzende mit, daß das Stiftungsfest des Vereins am 8. November in den Kurfürstentälern von Ebersbach in der Berliner Straße veranstaltet wird.

**Au die Mitglieder der Central-Krankenkasse der Tabakarbeiter Deutschlands. (Berlin II.)**

Die am 8. Oktober stattgehabte außerordentliche Mitgliederversammlung hat nach eingehender Debatte mit Majorität beschlossen, für die Aufrechterhaltung der Kasse in bisheriger Form einzutreten.

Soll jedoch der Wille der Berliner Mitglieder, denn die Mitglieder von Berlin I sind einstimmig für die Beibehaltung in der jetzigen Form eingetreten, zur vollen Geltung kommen, so ist es absolut notwendig, daß sämtliche Mitglieder, welche für Weiterführung der Kasse in der bisherigen Weise sind, auch zur nächsten Mitgliederversammlung am 22. Oktober, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Kumann, Brunnenstr. 155, erscheinen und dem Kollegen Dehndt ihre Stimme geben als Abgeordneten zur General-Versammlung nach Hannover am 6. November er.

Kollege Dehndt, welcher für die jetzt bestehende Form eintritt, steht zur Erklärung mit dem Kollegen Kerber-Franzstr. a. D., welcher für Umwandlung in eine Zusatzkasse eintritt. Mitglieder! Erscheint alle am Mittwoch bei Kumann und gebt dem Kollegen Dehndt eure Stimme. (Siehe Inserat.)

**Die Ortsverwaltung.**

**Centralverband der Konditorgehilfen und verwandter Berufe.** Morgen, Mittwoch, den 22. Oktober 1902, abends 9 Uhr bei Eber (Hamburger Haus), Mühlstr. 28 (am Koppenplatz), Mitgliederversammlung. Gäste willkommen.

**Eingelaufene Druckschriften.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 3. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes geben wir hervor: Boerenbesuch und Jollitarz. — Anschließung zum Prosech Polyzolo. Von Oda Elberg (Genua). — Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche. Von R. Kautzka. 3. Proletariat und Kirche. — Die Expansionspolitik der Vereinigten Staaten in Südamerika. Von G. Kesselmann (San Luis). — Die genossenschaftlichen Wollereien in Holland und ihre Arbeiter. Von M. Kalsbeek (Warga in Friesland). — Sozialpolitische Umschau. Von Emanuel Barm.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von M. 25 pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probestimmungen stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Heft Nr. 1 für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz Verlag), ist soeben die Nr. 22 des 12. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aufruf

der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands. — Die Gleichheit. — Die Frauenbewegung in Italien. Von Dr. Robert Reichel. — Vom Debattementend. II. Von Marie Kumer. — Aus der Bewegung. — Penultion: Ein Kind. Skizze von Paul Becker. (Schluß). — Josephine Döring. — Notizen: Genossenschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Soziale Gesehigkeit. — Vereinsrecht der Frauen. — Genossenschaftsbewegung. — Frauenbewegung. — Ethikzeitung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1902 unter Nr. 3051) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 Pf., unter Kreuzband 35 Pf.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die Nr. 22 seines 10. Jahrganges erscheinen lassen. Dieselbe enthält einen Aufsatz von Kurt Eider über Emile Zola, nebst einem gut gelungenen Porträt Zolas, das nach einer Photographie hergestellt ist, sowie ein dem Andenken Zolas gewidmetes Gedicht.

Aus dem Inhalt der Nummer heben wir soeben die beiden farbigen Bilder „Die fleischliche Germaniens“ und „Centrumsdemagogie“ hervor, sowie die Illustrationen „Für Thron und Altar“, „Deutscher einst und jetzt“ und „Die englische Fremdschiffahrt“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Die letzte Garde“, „Sieg!“ von Erich Nöthig, „Kirchenschwänzer“, „Fächtenpiegel“ von Ludwig Frank, „Zukunftskreuzer“, „Wiesbadener Erlebnis“, „Das neue Dogma“, „Der Roland“, „Der Zeitungsschreiber“, „Auszug“ sowie außer einer Anzahl kleinerer literarischer Beiträge noch die Illustrationen „Eine wahre Geschichte“ und „Wede des nationalliberalen Abgeordneten Willibald Pflaumenweih“. Der Preis der 10 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

**Die Frauenbewegung in der Schweiz.** Erich Vorklage. Zürich 1902. 14. S. 100.

**Vermischtes.**

**Hänfischer Mord.** In Damerlow, Kreis Stolp i. P., schlug der Arbeiter Vantin mit einer Art die Witwe Dona tot. Als er ihr Geld rauben wollte, kam Frau Grunt mit drei Kindern hinzu. Alle vier erschlug Vantin und entfloß alsdann. Bis jetzt konnte er noch nicht verhaftet werden.

Ein Eisenbahn-Unfall, bei dem zwei Beamte verunglückt wurden, hat sich im Rheinlande zugetragen. Die amtliche Meldung lautet: Der Personenzug 309 ist auf freier Strecke zwischen Wiesbaden und Biebrich-Rosbach bei Kilometer 3,7 mit Maschine und sechs Wagen entgleist. Der Lokomotivführer wurde leicht, der Heizer schwer verwundet. Von den Reisenden wurde niemand verletzt. Die eingeleistete Strecke war fünf Stunden gesperrt. Die Dampflokomotive wurde über die Strecke hinweg auf der Weiche zwischen Biebrich und Thal. Der Maschinenführer erlitt eine leichtere äußere Verletzung im Gesicht, der Heizer, welcher abtransportiert, einen bösen Unterkieferbruch. Von den übrigen Insassen des Zuges wurde wunderbarerweise, obwohl die ersten Wagen schräg liegen, niemand verletzt.

Ueber die letzten vulkanischen Ausbrüche am 15. und 16. d. M. wird jetzt aus Kingstown (St. Vincent) gemeldet, daß die Ausbrüche die Stadt mehr denn je vorher heimgesucht hätten; weite Strecken Landes, die bisher als außerhalb der Gefahr angesehen wurden, sind zerstört; die auf der Seite der Insel über dem Binde gelegenen Strohen nach Georgetown sind unweegsam; hier ist die Lage hoffnungslos; auf der entgegengesetzten Seite ist verhältnismäßig weniger Schaden angerichtet.

**Briefkasten der Redaktion.**

**H. K.** Das Haus gehört einem privaten Besitzer; die Räume sind in Miete genommen.

**H. Z.** Für den Inhalt der Inserate können wir dem Publikum gegenüber keine Verantwortung übernehmen.

**G. H.** Sowohl im Circus Schumann als im Circus Busch hat die Manege 13 Meter im Durchmesser.

**H. 26.** Die Zeitschrift von Jahrschiffen hat für die praktische Weiterbildung in einem Handwert fast gar keinen Wert. Wenn Sie aber kunstgewerbliche Anregung für Ihr Fach wünschen, dann ist Ihnen die jedemmann zugängliche Bibliothek des Kunstgewerbe-Museums zu empfehlen. Unter den dort ausliegenden Schriften werden Sie das für Ihre Zwecke geeignete finden.

**H. G.** Mitglied der Deputation für die kaiserliche Jockeyriege ist Genosse Bruns, SO., Kahlstr. 2.

**H. 2.** Einen Grundbesitzer-Verein der erwähnten Art giebt es nicht. **Gewerbegericht** und **W. M.** 1. Reiz. 2. Ja. — **T. Ebing.** Sie müssen sich an den Regierungspräsidenten wenden. — **Neue Hochschule.** Die Regierung ist zuständig. — **W. Werner.** Der vereinbarte Lohn ist zu zahlen; die Herrschaft ist keineswegs berechtigt, ohne Zustimmung des Besizers des Lohn herabzusetzen. — **Konzeption.** Das ist kein Grund für eine Kommissionsverigerung. — **W. T., Alter Absonner.** Ja. — **C. 2. 22.** Verjährung liegt nicht vor. — **H. Nieck.** Der Saal muß selbstverständlich den dortigen baupolizeilichen Vorschriften entsprechen. — **M. R. 3000 R.** — **H. G.** 6 bis 20 R. — **N. 1006.** 1. Wenn Sie sich an Ihren Anwalt. Entschieden ist der uns unbekannt. **Lehrin der Rechtsprakt.** 2. Nur auf Dispend. — **18. Oktober, H. Z. Reiz.** — **H. G.** 1. Reiz. 2. Über das ist absolut gleichgültig. — **M. R. 93.** Ja.

**Witterungsübersicht vom 20. Oktober 1902, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (°C) = (°F)	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (°C) = (°F)
Wismar	763	SSW	2	heiter	4	Dapunda	770	SHW	—	wolkig	—5
Hamburg	762	SSW	1	bedeckt	6	Betersburg	757	SHW	—	1 Dunst	8
Berlin	764	SSW	1	wolkig	6	Gosf	766	S	—	wolkig	8
Königsbr.	764	SSW	2	bedeckt	5	Aberdeen	—	—	—	1	—
München	766	SSW	4	bedeckt	6	Paris	763	SSW	3	wolkig	10
Wien	767	SWW	—	ht. bed.	7						

**Wetterprognose für Dienstag, den 21. Oktober 1902.**

Zunächst wärmer, jedoch ziemlich trübe mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden; später wieder aufklarend und etwas kühler. Berliner Wetterbureau.

**II. Wahlkreis.**  
Am 18. Oktober verstarb nach langer Krankheit unser treuer Parteigenosse  
**Ferdinand Kleinert.**  
Seine letzten Wünsche:  
Die Beerdigung findet am **Mittwoch, den 22. d. M., nachmittags 3 Uhr,** vom katholischen Kirchhofe in Zähringen statt.  
Um recht zahlreiche Beteiligung ersuchen  
**Die Vertrauensleute.**

**Wahlverein**  
des **II. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
Am 18. d. verstarb nach langem Leiden unser treues Mitglied, der Zeitungs-Expeditur  
**Ferdinand Kleinert.**  
Seine letzten Wünsche:  
Es ist Pflicht, sich an der Beerdigung zahlreich zu beteiligen.  
**Der Vorstand.**

am 19. Oktober, morgens, verstarb nach langem, schwerem Leiden mein geliebter Mann und Vater, der **Adelant** 29196  
**Karl Lemke**  
im 57. Jahre.  
Frau Antonie Lemke  
verw. Kitzing nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet **Mittwoch, 22. Okt., nachm. 1/2 Uhr,** auf dem Friedhof der Emmaus-Gemeinde, Hermannstraße, von der Leichenhalle deselbst aus statt.

**Kranz- und Blumenbinderei**  
von **Robert Meyer,**  
nur **Mariannen-Straße 2.**  
Bereits-Anzüge, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlandes usw. werden fein u. preiswert geliefert.  
**Englisch. Unterricht**  
(Stouwer) für Anfänger und Fortgeschrittene 53462  
**Gertrude Swienty**  
geb. **Liebknecht,**  
57 Sedanstraße, **Schöneberg.**

**Emile Zola \***  
Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart

Von den Werken des durch ein tragisches Geschick so rasch aus dem Leben geschiedenen berühmten französischen Schriftstellers sind in unserm Verlage erschienen in — **einzig autorisierter deutscher Uebersetzung** —

**Das Geld.** Roman. 10. Auflage. 2 Bände. Gebf. M. 6.—, in einem Band gebunden M. 6.—

**Der Zusammenbruch.** (Der Krieg von 1870/71) Roman. 18. Auflage. 3 Bände. Gebf. M. 5.—, gebunden M. 8.—  
Illustrirt von Adolf Wald, Fritz Bergen u. Chr. Speyer. In Original-Einband M. 12.—

**Doktor Pascal.** Roman. 2. Auflage. 2 Bände. Gebf. M. 5.—, in einem Band gebunden M. 8.—

**Lourdes.** Roman. 4. Auflage. 3 Bde. Gebf. M. 6.—, in 2 Bände gebunden M. 8.—

**Rom.** Roman. 9. Auflage. 3 Bände. Gebf. M. 6.—, in 2 Bände gebunden M. 8.—

**Paris.** Roman. 10. Auflage. 3 Bände. Gebf. M. 6.—, in 2 Bände gebunden M. 8.—

**Fruchtbarkeit.** Erster Teil der „Bier Evangelien“. Roman. 10. Auflage. 2 Bände. Gebf. M. 6.—, gebunden M. 8.—

**Arbeit.** Zweiter Teil der „Bier Evangelien“. Roman. 7. Auflage. 2 Bände. Gebf. M. 6.—, gebunden M. 8.—

**Wahrheit.** Dritter Teil der „Bier Evangelien“. Der neueste, vom Verfasser vollendet zurückgelassene Roman erscheint gegenwärtig in der Halbmonatsschrift: „Das fremde Jagen“. Monatlich 2 Hefte à 50 Pfennig.

**Der Siegeszug der Wahrheit**  
Die Affäre Dreyfus. Gebf. M. 2.—, geb. M. 3.—

**Madame Sourdis — Nantas.**  
Novellen. (Romanensammlung „Teva“ 16. Band.) Gebf. 50 Pfennig.

**Der naturalistische Roman in Frankreich.** Gebf. M. 4.—, gebunden M. 6.—

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen, auch direkt von der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Ein Doppelbett mit Kopfkissen und Bezüge und Waschbecken billig veräußert Göttingerstraße 45, I rechts.

**Verkauft werden.** Gold, wie Brillanten j. Art, gold. u. silb. Uhren, Ketten, Ringe, sauber u. schön, in spottb. vert. Alter Gold, Silber in gelautet u. in Zahlung gen. in der Handl. Pringstr. 28 I, Ecke Ritterstr.

**Winterkartoffeln.** sehr gute, sind zu Kartoffeljahre im Angebot.

**Patentanwalt Dammann,**  
Mortizplatz 52.  
Ankunft bis abends neun. (5220) L\*

**Berliner Ulk-Trio.**  
Felix Scheuer U  
Illustration: I.  
Stempel-Fabrik von (52372)  
**Robert Hecht,**  
Berlin S.,  
Crasierstr. 112,  
liefert schnell und billig alle Arten  
Stempel  
in bester Ausführung.  
Santiqui-Lucken-Verfert.  
zum Zusammenleben einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an.

**Waarenhaus Hermann Tietz**

Saison 1902/3. **Dienstag, 21. bis Sonnabend, 25. October** Der neue Preiscurant für Lebensmittel ist erschienen

**Erster Sonderverkauf in Conserven etc.**

zu Vorzugspreisen.

**Gemüse. Conserven.**

	1/4	1/2
Suppenspargel	63	37
Bruchspargel mit Köpfen	80	45
Pa. Bruchspargel mit Köpfen	90	50
Pa. Stangenspargel	80	45
Stangenspargel 32/36 Stück	1 35	—
Diner-Spargel 20/24 Stück	1 65	88
Pfefferlinge	45	—
Steinpilze	85	48
Karotten	48	30
Feine junge Gemüseschoten	50	30
Feine junge Dinerschoten	80	45
Feine junge Kaiserschoten	1 15	68

**Fruchteconserven**  
in dünnem Zucker.

	1/4	1/2
Kaiserkirschen ohne Stein	1 00	55
Weichselkirschen ohne Stein	1 10	60
Kirschen mit Stein	85	48
Reineclauden	85	—
Mirabellen	60	40
Birnen, franz., weiss und rot	85	48
Pfirsiche, 1/2 Frucht	1 40	78
Apricosen, 1/2 Frucht	1 40	75
Preiselbeeren	75	—
Pflaumen in Essig und Zucker	70	38

Obiges Sortiment Früchte = 1/2 Dosen  
Mark **9.25**

**Fischeconserven.**

Elbinger Neunaugen	pr. Dose 6 Stück	<b>90</b> Pf.
Anchovis in Dosen	1/2 Dose <b>60</b> , 1/4 Dose	<b>40</b> Pf.
Gabelbissen in Dosen, (Matjes)	1/2 Dose	<b>65</b> Pf.
Nordsee-Krabben	1/2 Dose <b>60</b> , 1/4 Dose	<b>33</b> Pf.
Hummer Pa Krone	1/2 Dose <b>1,75</b> , 1/4 Dose	<b>95</b> Pf.
Sardellen in Gläsern	ca. 1/4 Pfd. Inhalt	<b>70</b> Pf.
Sardinen Philippi & Canard	1/4 Dose <b>1,05</b> , 1/2 Dose	<b>1,00</b>
Sardinen Saupigne, Nantes	1/4 Dose <b>85</b> Pf., 1/2 Dose	<b>1,45</b>

**Für Restaurateure**  
1/4 Dose Sardinen (Cigonyne) **1,05**

Pa. Wachsbohnen  
Pa. Perlbrechbohnen 1/2 Dose **45** Pf.

**Rheinisches Aepfel-Gelée**  
(Rheinisches Kraut)  
1 Pfd.-Dose **55** Pf., 2 Pfd.-Dose **1,00** **450**  
10 Pfd.-Dose

**Bismarck-Hering**  
**Brat-Hering**  
in ovalen Dosen  
per Dose **45** Pf.



